

***Kritiken und Debatten
zu den Publikationen von
“Gegen die Strömung”
1989 - 1993***

Inhaltsverzeichnis

* Nummern *

Zur GDS-Nr. 47 vom Januar 1990

"Die proletarische Weltrevolution und die Revolution in Westdeutschland"

Teil 2 der Dokumente der 1. Parteikonferenz von »Gegen die Strömung«

* Eine berechnigte Kritik von Genossinnen und Genossen eines Antifa-Kollektivs

S. 4

Zur GDS-Nr. 48 vom Februar 1990

"Tod dem westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!"

Teil 3 der Dokumente der 1. Parteikonferenz von »Gegen die Strömung«

* Kritik von Genossinnen und Genossen eines Antifa-Kollektivs

S. 7

Zur GDS-Nr. 50 vom Mai 1990

"Gegen die Einverleibung der DDR"

* Kritik des Lesers K.M. aus der EX-DDR

* Kritik eines Lesers aus dem Umfeld der MLPD

S. 7

S. 10

Zur GDS-Nr. 52 vom Februar 1991

"Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!"

* Eine berechnigte Kritik einer Leserin

* Einen Leserbrief zur Diskussion gestellt: Ist das Regime im Irak faschistisch?

* Kritik eines Genossen aus Österreich

S. 12

S. 13

S. 14

Zur GDS-Nr. 53 vom März 1991

"Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen!"

* Kritik eines Genossen aus Österreich

S. 17

Zur GDS-Nr. 54 vom April 1991

Zur Analyse der Kommunistischen Internationale (Teil II)

Die aktuelle Bedeutung der Richtlinien des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale

Zur nationalen und kolonialen Frage

- Gemeinsame Stellungnahme der Redaktionen von "Rote Fahne" der MLPÖ, "Westberliner Kommunist" und "Gegen die Strömung" -

* Kritik des Genossen aus Österreich

S. 19

Zur GDS-Nr. 56 vom September 1991

"Die Verbrechen des west/deutschen Imperialismus am kurdischen Volk müssen aufgedeckt und bekämpft werden!"

* Kritik von Genossinnen und Genossen von "Spartakus"

S. 21

Zur GDS-Nr. 57 vom Oktober 1991

"Pogrome!"

* Eine berechnigte Kritik von Genossinnen und Genossen von "Spartakus"

* Kritik eines Genossen

S. 22

S. 23

Zur GDS-Nr. 58 vom Dezember 1991

"Die Entwicklung der SED - ein Teil der »deutschen Misere«"

* Kritik eines Genossen

S. 25

Zu "Über die Schulung der marxistisch-leninistischen Theorie" in GDS-Nr. 9

* Kritik eines Genossen

S. 27

* Flugblätter *

Zum Flugblatt vom Juni 1989

"Die kapitalistisch-revisionistischen Machthaber in China zeigen ihre blutige Fratze

Die einzig richtige Antwort: Revolution!"

* Eine berechnigte Kritik

S. 28

Zum Flugblatt vom Juli 1989

"Entlarven wir die Europa-Pläne des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!"

* Kritik eines Lesers

S. 29

Zum Flugblatt vom März 1990

"Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus!

Gegen die Einverleibung der DDR!"

* Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion

S. 30

Zum Flugblatt vom Oktober 1990

"3. Oktober 1990: Ist die Einverleibung der DDR und Westberlins abgeschlossen?

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen....!"

* Kritik eines Genossen aus Westberlin

* Kritik eines Genossen aus Österreich

* Stellungnahme der Leitung von GDS zur "Einverleibungsdebatte"

* Ein weiterer Beitrag einer Genossin

S. 32

S. 34

S. 42

S. 43

Zum Flugblatt vom November 1990

"Die Doppeltaktik des westdeutschen Imperialismus entlarven!

Solidarität mit den gerechten Kämpfen des palästinensischen Volkes!"

* Kritik eines Genossen aus Österreich

S. 44

Zum Flugblatt vom Dezember 1990

"Ein Herz für Rußland? Kriegsvorbereitung!

Die Heuchelei, Verlogenheit und Demagogie des west/deutschen Imperialismus kennt keine Grenzen!"

* Kritik eines Genossen aus Westberlin

S. 46

Zum Flugblatt vom 10. Januar 1991

"Statt »nationaler Opfer« und Beteiligung an der imperialistischen Kriegstreiberei

Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus!"

* Kritik des "Kurdistan-Komitees"

S. 47

Zum Flugblatt vom April 1991

"Die Arbeiterklasse aller Länder muß den Kampf der kurdischen Werktätigen im Irak unterstützen!"

* Kritik eines Genossen aus Österreich

S. 48

Zum Flugblatt vom Mai 1991

"Das imperialistische Weltssystem ist die Ursache der »modernen Völkerwanderung«!"

* Eine berechnigte Kritik eines Lesers

S. 50

Zum Flugblatt vom August 1991
"Kriegsverbrecher Friedrich II. als Vorbild?"
** Kritik eines Genossen* S. 50

Zum Flugblatt vom Oktober 1991
"Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/Grünen, die seit langem eine Politik der »Abschreckung« verkünden: Pogrome!"
** Eine berechtigte Kritik eines Genossen* S. 52
** Eine berechtigte Kritik einer Genossin aus Westberlin* S. 52
** Kritik eines Genossen* S. 53
** Kritik eines weiteren Genossen* S. 54

Zum Flugblatt vom November 1991
"Die Entwicklung der SED - ein Teil der »deutschen Misere«"
** Kritik des Lesers L.A. aus der Ex-DDR* S. 59
** Kritik des Lesers Ha.G. aus der Ex-DDR* S. 61
** Brief des Lesers A.N* S. 62

Zum Flugblatt vom Dezember 1991
"Die Macht der bürgerlichen Medien brechen!"
** Eine Kritik zur Diskussion gestellt* S. 64

Zum Flugblatt vom Februar 1992
**"Zur Wannsee-Konferenz 1942
 Nichts vergessen!"**
** Eine berechtigte Kritik von Genossinnen und Genossen eines Antifa-Kollektivs* S. 65

Zum Flugblatt vom Januar 1993
**"Gegen Verfälschung und Verkürzung
 Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen!"**
** Ein Leserbrief* S. 66

*** Veröffentlichungen des Buchladen Georgi Dimitroff ***

Zur im Oktober 1992 erschienenen Broschüre
"Dokumentation zu den Ereignissen in Rostock"
** Selbstkritik der Redaktion von »Gegen die Strömung«* S. 67

Zur Ausgabe 6/1992 des Pressespiegels
"Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr'n"
** Bemerkungen zum Pressespiegel* S. 67

Zur GDS-Nr. 47 vom Januar 1990

Die proletarische Weltrevolution und die Revolution in Westdeutschland

Teil 2 der Dokumente der 1. Parteikonferenz von »Gegen die Strömung«

Eine berechtigte Kritik von Genossinnen und Genossen eines Antifa-Kollektivs

1.) Seite 4, 2 Absatz lautet:

"Ausgehend vom proletarischen Internationalismus muß die proletarische Revolution als Kettenglied der proletarischen Weltrevolution begriffen werden."

Eine Kleinigkeit bei der Formulierung: Nach "proletarische Revolution" müßte eingefügt werden: "in Westdeutschland", also "... muß die proletarische Revolution in Westdeutschland als Kettenglied der proletarischen Weltrevolution begriffen werden."

2.) Seite 8, 2. Absatz lautet:

"Die Kette des Weltimperialismus kann da oder dort reißen, daß Proletariat eines jeden Landes darf nicht "abwarten", sondern muß sich im Kampf gegen jegliche Theorie des "Abwartens" allseitig auf die Schaffung der nötigen Bedingungen für den Sieg der Revolution vorbereiten."

In dieser Passage wird die Theorie des "Abwartens" ohne Ausnahme ("Kampf gegen jegliche Theorie des Abwartens") abgelehnt. Als Diskussionspunkt ist es allerdings wichtig zu beachten, daß es in einigen speziellen Situationen, unter besonderen und außergewöhnlichen Bedingungen, doch eine Ausnahme von der ansonsten grundsätzlichen Position, die Theorie des "Abwartens" abzulehnen, geben kann.

Wir war beispielsweise die Situation in England während des zweiten Weltkriegs. (Ich meine die Zeit von 1941 - nach dem Überfall auf die Sowjetunion - bis 1945), als das Land im Krieg gegen Hitlerdeutschland stand? War es in dieser konkreten Situation - England, ohne Zweifel ein imperialistischer Staat, steht im Bündnis (aus welchen Motiven spielt hier eine untergeordnete Rolle) mit der auf Leben und Tod mit dem Nazi-Faschismus kämpfenden Sowjetunion - nicht von Seiten der KP in England notwendig, "abzuwarten", die proletarische Revolution in England vorübergehend nicht unmittelbar "auf die Tagesordnung setzen" und alle Kräfte gegen den Nazi-Faschismus zu mobilisieren? Hätte nicht ein Bürgerkrieg in England in dieser Zeit den Ausfall oder zumindest die enorme Schwächung des Landes im Kampf gegen Hitlerdeutschland bedeutet, was unter Umständen den Sieg Hitlerdeutschlands über die Sowjetunion, damit die Vernichtung der zu diesem Zeitpunkt weltweit einzigen Diktatur des Proletariats und die Vormachtstellung Nazideutschlands in Europa möglich gemacht?

Unter diesen Gesichtspunkten war es notwendig und richtig, die proletarische Revolution in England vorübergehend "zurückzustellen"

Zusammenfassend: Es ist notwendig, die Theorie des "Abwartens" grundsätzlich zu bekämpfen. Die proletarische Revolution in einem einzelnen Land ist Teil der proletarischen Weltrevolution, woraus sich ergibt, daß im Interesse der proletarischen Weltrevolution mit der Revolution in einem einzelnen Land "abgewartet" werden muß.

Daher der Vorschlag, obige Passage aus der Parteikonferenz-Nummer in dieser Hinsicht zu konkretisieren.

3.) Seite 10:

"Aus der Spaltung der Welt in unterjochte und unterjochende Nationen ergibt sich die Existenz zweier Hauptkräfte der proletarischen Weltrevolution innerhalb des direkten Einflusses des Weltimperialismus - das internationale Proletariat und die unterdrückten Völker - sowie die Notwendigkeit ihres engen Bündnisses."

Mit dieser Passage wird der Eindruck erweckt, internationales Proletariat und unterdrückte Völker seien gleichwertige Hauptkräfte der proletarischen Weltrevolution. Unserer Meinung nach, gibt es für die proletarischen Weltrevolution nur eine Hauptkraft - das internationale Proletariat. Die unterdrückten Völker sind Bündnispartner, direkte Reserve des internationalen Proletariats. (Vgl. z.B. Stalin "Über die Grundlagen des Leninismus", S. 96 - chin. Ausgabe) Im Prozeß der proletarischen Weltrevolution existiert daher nur eine Hauptkraft (das internationale Proletariat). Man kann sicherlich über die sprachliche Bedeutung des Ausdrucks "Hauptkraft" streiten; dennoch bleibt unserer Meinung nach auch beim mehrmaligen Lesen der Eindruck, der Sachverhalt wird zumindest mißverständlich ausgedrückt, weshalb eine Korrektur vorgeschlagen wird.

4.) Seite 18:

"...daß in Rußland unter Führung Lenins und dann Stalins..."

Eine kleine Formulierungssache, Vorschlag: "... daß in Rußland und der Sowjetunion unter Führung Lenins und dann Stalins..."

Genossinnen u. Genossen
eines Antifa-Kollektivs

Lieber Freund,

vielen Dank für Deine /Eure Kritik an Dokumenten der 1. Parteikonferenz. Da ich mit einigen anderen Genossinnen und Genossen beauftragt sind, diese Dokumente für die zweite Parteikonferenz zu überarbeiten, möchte ich in die Diskussion mit Dir über das Kritikpapier einsteigen.

Ich gehe davon aus, daß Du mit anderen schon diese Kritik diskutiert hast. Unabhängig davon schreibe ich MEINE Meinung.

Zu 1) Hier würde ich einfügen "IN JEDEM LAND" nicht Westdeutschland, denn es ist ein Prinzip für jedes Land und sollte zunächst auch einmal in seiner Allgemeinheit verstanden werden. Ok?

2) Dieser Punkt ist schwierig. ich denke, daß Du im UNRECHT bist: Die proletarische Revolution in England während des 2. Weltkrieges stand ganz praktisch nicht zum "abwarten" an, da die kommunistische Bewegung sehr unterentwickelt war. Die KP gewann teilweise an Kraft in dieser Zeitspanne, aber ein ernsthaft Krise, "daß die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen", eine revolutionäre Situation war nicht da. WÄRE sie da gewesen, hätte die KP Englands die proletarische Revolution durchführen müssen...dies hätte dem Kampf gegen die Nazifaschisten ein vielfaches an Durchschlagskraft gegeben.

Die Schwierigkeit war für die KP Englands sehr groß, wie auch in der USA, da jahrelang für die Eröffnung der zweiten Front agitiert wurde. Jedenfalls hatte so oder so die richtige Haltung einer revolutionären KP NICHTS, aber auch gar nichts mit einer Theorie des Abwartens zu tun, sondern mit Besonderheiten des Herankommens an die proletarische Revolution in den USA und England.

Deine /Eure Kritik halte ich für prinzipiell falsch. Ich meine, daß die alte Passage bestehen bleiben sollte. Zusätzlich haben wir zwar all diese Fragen schon sehr lange und umfangreich vor 10 Jahren diskutiert -- es gibt viel Material dazu in unserem Archiv -- aber im Rahmen der Komintern-Analyse wollen wir diese Frage auf gewissem Niveau abklären. Es wäre schön, wenn Du Dich für diese Fragen interessierst, daß Du mal unser Material aus dem Archiv durcharbeitest und in diese Fragen einsteigst. Allerdings vorsichtig, es sind sehr komplizierte Fragen, ein sehr schmaler Steg und man kann rasch links oder rechts abstürzen!!

3) Zur Frage der zwei Hauptkräfte... Hier finde ich, daß Du einen Schwachpunkt getroffen hast.

a) das INTERNATIONALE Proletariat existiert -- wenn es sozialistische Länder gibt, nicht nur innerhalb des Einflusses der imperialistischen Länder.

Allerdings denke ich, daß Eure Logik: "Hauptkraft" also kein Bündnispartner NICHT prinzipiell richtig ist:

In der chinesischen Revolution im demokratischen Stadium waren die Bauern die Hauptkraft, die Arbeiter die führende Kraft.

b) Ich persönlich würde den ganzen kritisieren Absatz ersatzlos streichen, da er indirekt -- und noch falsch -- auf die Polemik jener eingeht, die faktisch kritisieren, daß eine der Hauptkräfte der proletarischen Weltrevolution -- (da geht man von der Möglichkeit mehrere Hauptkräfte aus) die unterdrückten Völker sind. Dagegen haben wir mit Lenin polemisiert, daß die unterdrückten Völker sehr wohl einer der Hauptkräfte sind, neben dem Proletariat in den imperialistischen "Mutterländern". Hier im Text jedenfalls kommt es in der Tat falsch und theoretisch unsauber heraus.

Da diese Polemik heute eh nicht unmittelbar aktuell ist, denke ich persönlich, daß man sich den Absatz sparen kann, in der Diskussionsnummer auf die Ungereimtheiten der "alten Fassung" hinweist. Dabei kann man dann evt. nochmal aus der Polemik-Nummer zur proletarischen Weltrevolution und unsere Kritik an der KP Spaniens/ML zitieren oder referieren.

Allerdings bitte ich Dich, noch mal GDS Nr. 14, ab S. 21 [Auszug des Inhaltsverzeichnis, siehe im Anhang] durcharbeiten und mir zu schreiben, ob Du die dortigen Positionen teilst. Vielleicht gibt es doch einen größeren ideologischen Widerspruch, weil Du meinst

- a) man dürfe immer nur von "EINER Hauptkraft" sprechen,
- b) Hauptkraft wäre immer auch führende Kraft.

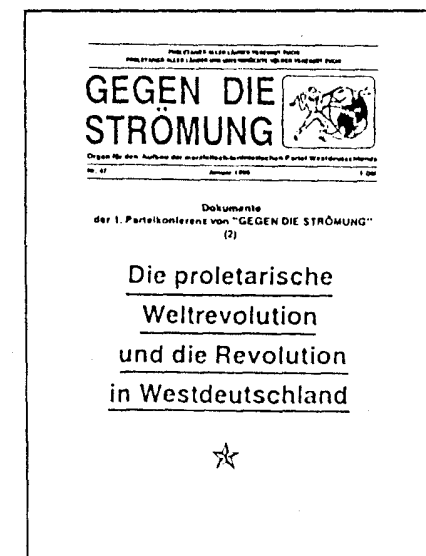
Beides halte ich nicht für zwingend. Die Zusammenfassung S. 52 [siehe Anhang] ist richtig, die Formulierung in der ersten Parteikonferenz falsch.

4) Diese Kritik ist korrekt...besser noch "in Rußland und später der Sowjetunion..."

...

In Erwartung Deiner/Eurer Antwort.

ts



ANHANG

Auszüge aus der GDS-Nr. 14:

"Kräfte und Verlauf der proletarischen Weltrevolution."
(Gemeinsame Erklärung von MLPÖ, WBK und GDS)

I.) INHALTSVERZEICHNIS (Auszug)

II. Die Entwicklung der proletarischen Weltrevolution und die Aufgabe der Schaffung und Schmiedung des Bündnisses der Hauptkräfte der proletarischen Weltrevolution	S. 21
1. Die chauvinistischen Positionen der modernen Revisionisten gegenüber den national-revolutionären Befreiungsbewegungen	S. 21
2. Richtige Entgegnungen der KP Chinas auf die revisionistische Überheblichkeit der KPdSU-Führung gegenüber den national-revolutionären Befreiungsbewegungen	S. 23
3. Unzulängliche und falsche Positionen der KP Chinas gegenüber der Demagogie der modernen Revisionisten	S. 24
4. Lenin und Stalin über Ziele, Verlauf und Kräfte der proletarischen Weltrevolution	S. 26
a) Der Marxismus-Leninismus als einheitliche Theorie und einheitliches Programm der proletarischen Weltrevolution	S. 26
b) Die proletarische Weltrevolution als Zusammenfassung einer Reihe verschiedenartiger und ungleichmäßiger Prozesse	S. 27
c) Der proletarische Charakter der Weltrevolution und die daraus folgende grundlegende Strategie	S. 30
d) Jeder Versuch, eine internationale Reihenfolge der Revolutionen festlegen zu wollen, führt zur "Strategie des Abwartens"	S. 31
e) Der fundamentale Unterschied zwischen dem <u>internationalen</u> Proletariat als Hegemon der proletarischen Weltrevolution und dem Proletariat der kapitalistischen Länder als einem Teil der proletarischen Weltrevolution - gerade im Verhältnis zu den nationalen Befreiungsbewegungen	S. 34
f) Die Bedeutung der Spaltung der imperialistischen Welt in unterdrückende und unterdrückte Nationen für den Gang der Weltrevolution und die zweifache Erziehung im Geist des proletarischen Internationalismus	S. 36
g) Das Reißen des schwächsten Kettengliedes und die fundamentalen Unterschiede zwischen dem Gang der Weltrevolution und dem Gang der Oktoberrevolution	S. 38

h) Der Kampf Lenins und Stalins gegen das pseudorevolutionäre "Europäertum" Trotskis	S. 41
i) Der Kampf Lenins und Stalins gegen den europäischen Chauvinismus	S. 45
j) Konzentration des ideologischen Kampfes auf die Herstellung eines Bündnisses des Proletariats der kapitalistischen Länder mit den unterdrückten Völkern	S. 49

II.) Zusammenfassung (S. 52)

1.) Die Tatsache der einheitlichen Weltwirtschaft ist die objektive ökonomische Wurzel des internationalen Charakters der Revolution.

2.) Aus der Tatsache der überragenden Rolle des Weltproletariats, des Totengräbers des Kapitals, als Erbauer des Weltkommunismus, das im Mittelpunkt unserer Epoche steht, ergibt sich der proletarische Charakter der Weltrevolution, die Führung durch das internationale Proletariat und gegebenenfalls die Unterordnung aller Teile der proletarischen Weltrevolution unter die Sache des internationalen Proletariats, die Sache des Weltkommunismus.

3.) Aus der Tatsache des Wirkens des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus und der von ihm abhängigen Länder ergibt sich die Ungleichzeitigkeit der Revolution in den einzelnen Ländern, wobei kein "Plan", keine Vorhersage, kein Schema "erst Europa, dann die anderen Länder", kein Schema: "erst die kapitalistisch schwach entwickelten Länder, dann Europa" richtig ist, da die Kette des Weltimperialismus überall reißen kann und das Proletariat eines jeden Landes nicht "abwarten" darf, sondern sich allseitig auf die Schaffung der nötigen Bedingungen für den Sieg der Revolution vorbereiten muß und kann. Der Leninismus ist ein Feind jeglicher Theorien des "Abwartens".

4.) Aus der Spaltung der Welt in unterjochte und unterjochende Nationen ergibt sich die Existenz zweier Hauptkräfte der proletarischen Weltrevolution innerhalb des direkten Einflusses des Weltimperialismus und die Notwendigkeit des engen Bündnisses zwischen proletarischer Revolution in den kapitalistischen Ländern bzw. dem Proletariat dieser Länder einerseits und der national-revolutionären Bewegung bzw. den unterdrückten Völkern in den Kolonien und abhängigen Ländern andererseits, wobei alles bekämpft werden muß, was dieses Bündnis für die proletarische Weltrevolution behindert, diese Kräfte gegeneinander ausspielt, statt sie zu vereinigen.

Zur GDS-Nr. 48 vom Februar 1990

Tod dem westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!

Teil 3 der Dokumente der 1. Parteikonferenz von »Gegen die Strömung«

Kritik von Genossinnen und Genossen eines Antifa-Kollektivs

Bei dem Punkt "Wichtige Einschnitte bei der Einschränkung demokratischer Rechte in Westdeutschland" (GDS Nr. 48, S. 34) fehlt die Erwähnung der bei Demonstrationen in Westdeutschland ermordeten Demonstranten.

Die bei Demonstrationen von westdeutschen "Sicherheitskräften" ermordeten Demonstranten (Philipp Müller, Günther Sare, Conny Wissmann u.a.) sind ein ganz wesentlicher Einschnitt bei der Beschränkung demokratischer Rechte und Kennzeichen der zunehmenden Faschisierung in Westdeutschland, sie hätten daher als gesonderter Unterpunkt - neben den anderen Einschnitten (FDJ/KPD-Verbot, Notstandsgesetze, Ermordungen von RAF-Kadern, GUPS/GUPA/DES SOL-Verbot) - aufgeführt werden müssen.

Genossinnen u. Genossen
eines Antifa-Kollektivs

Lieber Freund,

...

Auch die Einschnitte bei der Einschränkung demokratischer Rechte durch die Ermordung auf Demos sollte man überdenken, die Gefahr ist, daß man ZU genau wird...Diesen Punkt kann man sich jedoch ernsthaft überlegen und möglicherweise teilweise berücksichtigen. Angesichts der Fülle der Morde heute, kann man nicht bei jedem Nazi-Mord von neuem Einschnitt reden, aber das, denke ich, ist eh klar.

In Erwartung Deiner/Eurer Antwort.

ts

(aus: GDS - Informationen, 4-5/93, S. 3)

Zur GDS-Nr. 50 vom Mai 1990

Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus! Gegen die Einverleibung der DDR!

Kritik des Lesers K.M. aus der EX-DDR

Eurer Kennzeichnung der DDR als "Neue Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse durch die neue Bourgeoisie" kann ich nicht ganz folgen.

Richtig ist, daß sich die DDR von einer bestimmten Zeit an nicht mehr zielgerichtet auf eine sozialistische Gesellschaft zu entwickelte. Die Führung hat sich m.E. durch den unablässigen Druck aus dem Westen abdrängen lassen. Der Druck war übermächtig, weil er nicht nur von der BRD ausging, sondern insbesondere den USA, mit Care-Paketen und Marshall-Plan beginnend, bis zu den Pariser Verträgen und immer bei total offenen Grenzen.

Die SU konnte infolge der Kriegszerstörungen und Menschenopfer den DDR-Deutschen nicht helfen. Sie hätte eher Reparationen bekommen müssen. Aber die Deutschen sahen die "Hilfe" der US-Amerikaner. Man kann das Abdrängenlassen als Opportunismus bezeichnen, aber das ist zu einfach.

Nun - erstens - zum CHARAKTER DES STAATES. Ihr geht in Nr. 50/90 vom Verhältnis zu den Produktionsmitteln aus. Ich meine, man muß von den Produktionsverhältnissen ausgehen, die allerdings das Verhältnis zu den Produktionsmitteln einschließen.

Bourgeois wird einer erst durch Privateigentum an den Produktionsmitteln und die private Aneignung der Ergebnisse der Arbeit. Das hatten die Funktionäre der SED und der DDR nicht.

Das Volkseigentum war, weil die Sachlage nicht durchdacht war, als Staatseigentum institutionalisiert. Das habt ihr richtig gesehen. Aber es wurde nicht privat angeeignet. Die Arbeiterklasse konnte daher auch kein "Eigentümergefühl" entwickeln und nach guten Anfängen auch kein neues (sozialistisches) Arbeitsethos. Die Triebkräfte des Sozialismus - so sehr sich die SED-Wissenschaftler auch mühten - konnten daher weder richtig erklärt noch zur Wirkung gebracht werden. Also: Privateigentum an Produktionsmitteln und private Aneignung gab es nicht.

Aber man muß untersuchen und genau kennzeichnen, was das für Produktionsverhältnisse waren und für eine Herrschaftsform. Es gab ja, besonders von westlicher Seite auch die Argumentation, dies sei eine Art Feudalismus gewesen, weil die Leute nicht reisen konnten, ein Rückgang von der Freizügigkeit auf eine Art Leibeigenverhältnisse. Das ist auch falsch.

Die Ansätze zum Sozialismus verkümmerten immer mehr. Es trat eine Entartung, Fehlentwicklung ein.

Übrigens konnte auch das genossenschaftliche Eigentum (LPG, PGH) sich nicht mehr als Form sozialistischen Eigentums entwickeln, weil den Genossenschaften immer häufiger Produktionsauflagen erteilt wurden und die genossenschaftliche Demokratie auf verschiedene Weise beeinträchtigt wurde.

Nochmals: man muß untersuchen und prüfen, was das für eine Herrschaftsform war:

- a) vom ökonomischen, von den Produktionsverhältnissen, der Basis her und
 - b) vom politischen u.a. Elementen des Überbaus her.
- Den Begriff "Neue Bourgeoisie" halte ich terminologisch für unsauber und für eine unzulässige Vereinfachung.

Zweitens: Nicht außer Acht lassen kann man einen anderen Aspekt: den infernalischen Haß des deutschen Imperialismus und seines Staates BRD auf die DDR. Das war und ist Klassenhaß, Teil des Klassenhasses des Imperialismus auf eine Welt, die ohne Privateigentum an Produktionsmitteln bestand und - trotz aller Fehler und Mängel - funktionierte, in der keine Menschen verhungerten!

Die ständige Überlegenheit der Produktivität des imperialistischen Systems hat den Haß nicht besänftigt. Nicht verwunderlich, denn die Existenz dieser Gesellschaftsordnung barg die Gefahr in sich, daß sie nach Überwindung ihrer Mängel und Fehler doch besser und stärker werden könne und Beispiel für die Unterdrückten des Imperialismus. Besonders in der Zeit des Zerfalls des klassischen Kolonialsystems zeigte sich diese Gefahr ganz augenfällig.

Deshalb mußte sie aus imperialistischer Sicht vernichtet werden. Der Imperialismus hat die Frage "Wer - wen?" mit aller Konsequenz gestellt und für sich entschieden, ja - er arbeitet daran noch immer, gegen alle Reste der DDR.

Der Imperialismus will ausschließen, daß jene Errungenschaften der Arbeiterklasse, die Elemente einer sozialistischen Gesellschaft sein könnten, die von den Forderungen der revolutionären Arbeiterklasse her stammen und in der DDR realisiert waren, überkommen:

- Recht auf Arbeit, - Recht auf Gesundheit und Erholung.
- Recht auf Bildung, - Recht auf soziale Sicherheit.

Daß die Arbeiterklasse sich diese Errungenschaften aus der Hand schlagen ließ, ist

a) ein Zeichen, daß sie die DDR nicht mehr als ihren Staat erlebte und b) daß dies Klassenkampf der Bourgeoisie der BRD ist.

Da liegt eine schwere Schuld der Herrschenden in der DDR. Mit der Bezeichnung "neue Bourgeoisie" ist dies unpräzise, ahistorisch und vereinfacht und nicht gewonnen.

Das macht die Schuld der DDR- und Parteiführung nicht geringer, eher schlimmer, schädlicher, denn sie kannten die Traditionen und Forderungen der Arbeiterbewegung und haben sich davon abdrängen lassen.

Drittens Man darf das alles nicht nur auf subjektive Fehler reduzieren. Das könnte für den Aufbau einer neuen Strategie und Taktik verderblich sein. Hier ging eine ganze Epoche revolutionären Kampfes verloren, eine Niederlage, die nicht nur auf subjektiven Fehlern beruhen kann.

In euren Untersuchungen habt ihr eine Reihe von Ursachen und Bedingungen berührt. Aber es sind Grundfragen zu diskutieren. Lenin sagte, daß der Sozialismus durch höhere Arbeitsproduktivität siegt - oder er siegt nicht. Er siegte nicht, weil er die höhere Arbeitsproduktivität nicht erreichte.

Mit Dneprostoi, Magnitogorsk und der Kollektivierung war dies zielstrebig begonnen. Mit wissenschaftlichen Höchstleistungen wie Atomforschung, Weltraumflügen u.a. fortgeführt. Aber die höhere Arbeitsproduktivität wurde nicht durchgängig bewältigt. Da lag ein Grund, sicher der Grund der Niederlage.

Die Ulbricht-Lösung vom "Überholen" hatte da ihren Grund, richtete das Augenmerk aber zu sehr auf den Konsum statt auf die Produktivität.

Eine andere wichtige Frage war die Sicherung der sozialistischen Demokratie. Die Diktatur des Proletariats ist die breiteste Form der Demokratie. Aber das demokratische Element dieser Diktatur, das Lenin's Element wurde formalisiert und ausgehöhlt und dadurch die Kraft der Revolution gebrochen.

Das alles sind keine vollständigen Darstellungen, nur Hinweise. Ein richtiges Bild erlangen wir sicher nur nach weiteren Diskussionen und Untersuchungen. Und - die andere Seite schläft nicht.

K.M.

ANTWORT AUF DIE KRITIK

...

Ich will mir drei zentrale Punkte herausgreifen.

1) Richtig stellst du fest, daß einer erst zum Bourgeois wird, wenn er Privateigentum an den Produktionsmitteln besitzt. Du denkst, daß es Privateigentum an Produktionsmitteln in der DDR nicht gab. Als eine Begründung bringst du, - so versteh ich es - daß es in der DDR Staatseigentum gab. Doch durch Verstaatlichung allein ist nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben. Da sind wir uns doch bestimmt einig. In Westdeutschland z.B. ist die verstaatlichte Industrie ganz klar eine Form des Privateigentums. Um herauszukriegen ob Privateigentum an Produktionsmitteln in der DDR die herrschende Produktionsweise war müssen wir also unbedingt untersuchen, was für ein Staat in der DDR in den 60 er, 70 er und 80 er Jahren die Produktionsmittel in der Hand hielt - ein reaktionärer, bürgerlicher Staat oder ein sozialistischer, die Diktatur des Proletariats ohne die es kein Sozialismus geben kann. Wir müssen uns also den Überbau anschauen. Folgende Frage ist zentral: Hat der DDR Staat wirklich die Interessen der ausgebeuteten Werktätigen in aller Welt und in der DDR vertreten oder war es ein Instrument der neuen Bourgeoisie? Ich denke letzteres und ich meine man kann diesen Charakter u.a. eindeutig an den reaktionären Taten des DDR Staates, der SED in den 60 er, 70 er und 80 er Jahren erkennen. Denn diese Taten und auch die politische Linie der SED waren in dieser Zeit reaktionär, bürgerlich, also im Interesse einer Bourgeoisie und nicht des Proletariats.

Zwei Beispiele will ich nennen:

1) Die Propaganda des angeblich möglichen "friedlichen Weges" zum Sozialismus, die die SED ab 1956 bis zu ihrem "Ende" zusammen mit den Revisionisten der KPdSU verbreitet hat diente dazu die Kampfkraft des Proletariats zu schwächen, indem Illusionen geschürt wurden. Ein Kapitalismus, der den Aufbau des Sozialismus angeblich zulassen würde ohne Einsatz seiner Militärmaschine, ohne ein Blutbad gegen die revolutionäre Bewegung. Die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution, der Zerschlagung des bewaffneten Apparates der Bourgeoisie durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten wurde damit gelehrt.

Wozu diese Propaganda führte kann man an den Ereignissen in Chile 1973 sehen: Zu einem riesigen Massaker mit Tausenden von Toten, zehntausenden Verhafteten. (Siehe dazu die Chile Nummer) M.M.n. hatte diese Propaganda der SED direkt konterrevolutionäre Funktion.

2) Die DDR Regierung hat das vom, sowjetischen Imperialismus abhängige afghanische Regime unterstützt. Diverse reaktionäre Putsche in Afghanistan wurden als "Revolutionen" verkauft. Die imperialistische Invasion der Sowjetunion in Afghanistan wurde als "Proletarischer Internationalismus" gerechtfertigt. Der Krieg der Sowjetunion wurde auch materiell unterstützt u.a. auch mit Waffenlieferungen.

Diese Taten der DDR haben nichts aber auch gar nichts mit Proletarischem Internationalismus zu tun.

Das sind zwei Beispiele von vielen.

Diesen Komplex sollten wir m.M.n. bei unserer nächsten Diskussion an diesen und anderen konkreten Beispielen unbedingt genau durchdiskutieren.

2) Da du nicht davon ausgehst, daß die DDR spätestens ab den 60 er Jahren ein kapitalistisches Land war, findest du auch unseren Begriff "neue Bourgeoisie" als Bezeichnung für die Herrschenden in der DDR falsch. Ich will kurz erklären warum wir ihn eigentlich sehr treffend finden.

Er macht den Klassencharakter der Herrschenden in der revisionistischen DDR klar: Sie gehören eindeutig zur internationalen Bourgeoisie, sind ein Teil dieser. Außerdem wird mit diesem Begriff auch die Besonderheit dieser Bourgeoisie berücksichtigt. Sie ist nicht identisch mit der traditionellen deutschen Bourgeoisie, wie sie in Westdeutschland besteht, sondern sie ist im Verlaufe der revisionistischen Zersetzung der SED und der DDR aus verbürgerlichten Partei- und Staatsfunktionären entstanden, die ihre Ausbeuterherrschaft mit dem Mäntelchen des "Sozialismus" zu verhüllen versucht haben.

3) Du schreibst der Grund der Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion etc. bestand darin, daß er es nicht geschafft hat eine höhere Arbeitsproduktivität als die des Kapitalismus durchgängig zu bewältigen. Hier verwechselst du Ursache und Wirkung.

Die seit Ende der 50 er Jahre steil absinkende Arbeitsproduktivität in der Sowjetunion kam deshalb zustande, weil dort die Diktatur des Proletariats liquidiert war, die Restauration des Kapitalismus in vollem Gange war.

Die Produktivität wurde in der sozialistischen Sowjetunion in den 30 er und 40 er Jahren bis 1952 - mit Unterbrechung durch den 2. Weltkrieg - in riesigem Ausmaß gesteigert. Nach dem Tode Stalins 1953 schafften es die revisionistischen Kräfte um Chruschtschow in der KPdSU(B) immer mehr ihren Einfluß zu stärken, bis es ihnen schließlich auf dem 20. Parteitag der KPdSU gelang ihre revisionistische Linie zur Parteilinie zu machen, die Macht

innerhalb der KPdSU vollständig an sich zu reißen. Ab diesem Zeitpunkt wurde begonnen die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Produktion systematisch zu zerstören, zu ersetzen durch die Diktatur der neuen Ausbeuter, durch die kapitalistische Produktion. Deshalb sank die Arbeitsproduktivität ab diesem Zeitpunkt immer weiter ab. Ein Beispiel dafür:

Malenkov stellte auf dem 19. Parteitag der KPdSU(B) 1952 fest, daß die sozialistische Sowjetunion schon 1951, also 6 Jahre nach dem Sieg im antifaschistischen Krieg gegen den Nazifaschismus, die Industrieproduktion des Landes auf über das Doppelte von dem Niveau von 1940 gesteigert werden konnte. Die Produktion von Weizen - der wichtigsten Getreidesorte - stieg 1952 im Vergleich zu 1940 um 48 %. (siehe: Malenkov, Rechenschaftsbericht an den 19. Parteitag der KPdSU (B)) Dies wurde erreicht trotz der riesigen Zerstörungen und Verwüstungen, die die Nazihorden von 1941-45 angerichtet hatten!

Bis Mitte der 50 er Jahre war die Sowjetunion ein Getreideexportland. Chruschtschow und seine Clique schaffte es innerhalb von wenigen Jahren die landwirtschaftliche Produktion in so großem Ausmaße durch die Restauration des Kapitalismus zu zerstören, daß die Sowjetunion in den 60 er Jahren zu Getreideimporten gezwungen war.

So weit mal. Bis bald.

mit revolutionären Grüßen,

bx

12.6.92

Kritik eines Lesers aus dem Umfeld der MLPD

Hallo Genosse(n)!

Ich habe ja im letzten halben Jahr öfter Eure Veröffentlichungen empfangen und habe mit Eurer Antwortpostkarte auch weitere (aktuelle Flugschriften, unter Beilagen von Briefmarken bestellt. ...

Meine Meinung bezieht sich im Wesentlichen auf Eure Flugblätter "Gegen die Einverleibung", "Oder-Neisse...", "Westberlin..." und auf die "Gegen die Strömung"-Nr. mit der Kritik am "Rakikalen Linken"-Aufruf drin. Letzteres fand ich übrigens sehr gut gemacht, auch graphisch. - Wenn Ihr wollt, könnt Ihr meine ähnliche, z.T. andere, 5-seitige Kritik, die ich auf dem "Radikalen Linken"-Kongress verkauft habe (46 Mal), zugeschickt bekommen.

Ich bin mit allen Hauptaussagen einverstanden; Ihr benutzt dabei jedoch eine ziemlich hölzerne, "dogmatische" Sprache, die auch für fortschrittlichere Teile der Masse heutzutage befremdlich bis abstossend wirken muss. So etwas fängt mit dem leichtfertigen Umgang mit dem Wort (Anti-)Imperialismus an: Statt mal im Wechsel mit den Wörtern Großmachtstreben oder Weltherrschaftsdrang und ähnlichen zu arbeiten, oder "Im Kästchen" immer wieder zu erklären "warum wir eine bestimmte Macht imperialistisch finden", setzt Ihr im Grunde die Kenntnis beim Leser voraus. ...

Ist massenfremde Sprache allgemein wohl Ausdruck ultralinken Politik und selbstisolierender Gruppendynamik (s.a. Autonome, Antimps), so neige ich bei Euch, die Ihr ja immerhin Eure Politik (Schriften) proklamatorisch auf das Proletariat ausrichtet und der Roten Fahne (MLPD), die schon manche Verbesserung (...) hinter sich hat, dazu, diese hartnäckigen "Fehler" dadurch zu erklären, daß ihre Ausführung lustvoll ist: Wenigstens in Worten intellektuell hoch stehend, den Feind ver-/beurteilen;...

Mit Eurer Kritik am Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD liegt Ihr nach meinen Informationen richtig, was ich jedoch zu der MLPD nicht sagen kann. Diese als Nationalisten hinzustellen, gar als im Fahrwasser der NEONAZIS ! entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Ich habe vor Jahren die Broschüre über Verbrechen an deutschen Kriegsgefangenen der Westalliierten selbst gelesen und es war letztlich eine Kritik an imperialistischen Methoden im Gegensatz zu denen der damaligen Sowjetunion! Euer Urteil kann man nur durch zerreißen des Zusammenhangs, durch Unterschlagen der MLPD-Hauptaussagen - die Euren gleich sind! - erreichen. Warum macht Ihr sowas? Kann man das mit Hass erklären? - eine Rivalität, die dem gemeinsamen, z.Zt. vor allem "antigrossdeutschen" Ziel (Einheitsfront o.ä.) ungemein schädlich ist, die die Lage der marxistischen Linken "isoliert unter einer Art Käseglöcke" stabilisiert (oder ist

es nur eine Dinstglocke?). Im Grunde habt Ihr damit eine solche krasse Handlung begangen, womit man Euch selbst zu den Rechten einordnen könnte oder müsste.

Wie könnt Ihr, bloss weil die MLPD oberflächlich betrachtet ein Urteil mit den Faschisten teilt, diese als rechts verurteilen nach der gleichen Logik wie die Revisionisten, die, wenn ich in der Friedensbewegung etwas über die Grossmachtstrategie der SU sagte, das z.B. auch der Einschätzung F.J. Strauss' entsprach, mich dann als Rechten oder Reagan-Freund schimpften, wie sie es auch mit der MLPD taten, sie sogar als Verfassungsschutz- oder CIA-Agenten schimpften!

Nach der gleichen "Logik" könnte man auch wegen der Kritik der Faschisten am Völkermord der USA an den Indianern (was eine beliebte Methode ihrer nationalistischen Demagogie ist) diese Kritik überhaupt als reaktionär bezeichnen oder eben umgekehrt die Faschisten als fortschrittlich...

Wenn Ihr fortschrittlich, revolutionär oder marxistisch sein bzw. bleiben wollt, erwarte ich eine öffentliche Erklärung und auch eine Entschuldigung von Euch!! So geht's ja nicht.

xy

— — —

B.) Die Antwort auf die Kritik:

Lieber Freund,

vielen Dank für Deinen Brief vom 2.9.

Ich will jetzt nicht lang auf Deine Kritik an unserem hölzernen Stil eingehen. Da gibt es bestimmt viel bei uns zu verbessern und wir sind für jeden konkreten Vorschlag dankbar. Dann wird man auch sehen, ob es nur um einen anderen Begriff geht oder ob auch inhaltliche Widersprüche dahinterstecken..

Viel wichtiger finde ich Deine Kritik an unserem Artikel "Die 'MLPD' im Fahrwasser der Neonazis". Du meinst einerseits, daß wir Stellen aus dem Zusammenhang reißen, zum anderen, daß man solch einen Vorwurf nicht machen dürfe, bloß weil in einem Punkt sich eine Auffassung der 'MLPD' mit denen der Neonazis deckt.

In mehrfacher Hinsicht bin ich in dieser Frage mit Dir nicht einverstanden: Von GDS wird an den 'MLPD'- Publikationen kritisiert, daß von der systematischen Vernichtung deutscher Kriegsgefangenen die Rede ist, daß das Potsdamer Abkommen angegriffen wird und daß die damalige Sowjetunion in der Frage der Behandlung deutscher Kriegsgefangenen besonders schädigendes Verhalten gezeigt hätte.

Es ist nicht so -wie Du schreibst-, daß es bei der 'MLPD' um "Kritik an imperialistischen Methoden im Gegensatz zu denen der damaligen SU" geht. Nein, es geht in allen drei genannten Kri-

tiken um verheerend falsche Positionen und nicht, wie Du nahelegt- um richtige Positionen der MLPD, die sich nur punktuell mit Aussagen der Nazis decken!

Meinst Du nicht auch, daß es eine Geschichtsfälschung und letzten Endes Verharmlosung der Verbrechen der Nazifaschisten ist, wenn im Zusammenhang mit Nazisoldaten und Kriegsverbrechern von deren "systematischen Vernichtung" die Rede ist? Ich verstehe auch nicht, daß Du unsere Kritik am Dickhut-Buch verurteilst (wo die Haltung der Sowjetunion zur Ostgrenze angegriffen wird), während Du gleichzeitig schreibst, daß Du das Flugblatt vom WBK zur Oder-Neiße-Grenze gut findest. Du bist meiner Meinung nach zuwenig auf die inhaltliche Seite unserer Auseinandersetzung mit Linie und Politik der 'MLPD' eingegangen. Wenn unsere Vorwürfe richtig sind, dann muß man sie auch scharf vorbringen. Und es geht uns dabei nicht um Haß gegenüber der 'MLPD', sehrwohl aber um Haß und Abscheu gegenüber solchen Auffassungen.

In dem Zusammenhang will ich noch auf eine weitere Kritik von uns an der 'MLPD' eingehen (in derselben Nummer, S.28): und zwar wie die 'MLPD' auf den Slogan "ich schäme mich, ein Deutscher zu sein" eingeht. Du hast wahrscheinlich gelesen, welches Marx-Zitat wir zu diesem Thema angeführt haben und wie die 'MLPD' den Slogan als "abgrundtiefen Schwachsinn" etc. abtut.

Wir gehen eigentlich davon aus, daß der Vorsitzende der 'MLPD' die Haltung von Karl Marx kennt, ebenso auch die Auffassung der KPD von 1945 zur Mitverantwortung des deutschen Volkes. Aber was ist in einer der letzten Nummern der 'Roten Fahne der MLPD' zu lesen: "Ich brauche mich nicht zu schämen, ein Deutscher zu sein, nur weil in diesem Namen die schlimmsten Verbrechen verübt wurden." (Nr. 31/90). Da bleibt einem doch die Spucke weg. Da ist einer Vorsitzender einer sich ML nennenden Partei (natürlich schon immer chauvinistisch für ganz Deutschland) und hält es nicht für nötig, die Lehren von Marx und der deutschen Arbeiterbewegung auch nur anzuführen (von den internationalen Erfahrungen red ich schon gar nicht). Stattdessen werden im selben Interview Marx und Engels nur angeführt, um auf Deutschland stolz sein zu können. Schlimmer kann man Marx und Engels nicht in den Dreck ziehn. Ja, ich hör jetzt lieber auf, bremsen mich, sonst bekomme ich wieder meinen Haß...

Auf Deine Antwort bin ich/sind wir sehr gespannt. Natürlich sind wir auch an Deiner 5-seitigen Kritik an der "Radikalen Linken" interessiert.

In der Hoffnung, bald Deine Meinung zu erfahren,

WH

16.9.90

(aus GDS - Informationen, 9/90, S. 37 ff.)

Zur GDS-Nr. 52 vom Februar 1991

Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!

Eine berechtigte Kritik einer Leserin

Eine Leserin, die sich ansonsten sehr positiv zur Broschüre äußerte, insbesondere gelungen fand, wie sowohl der US-Imperialismus, aber auch der Irak und vor allem der west/deutsche Imperialismus in richtiger Gewichtung angegriffen wurde, kritisierte folgendes:

... *"Es fehlt im Grunde ein besonderes Kapitel zu einem sehr wichtigen Thema: Ungerechte Kriege, die nicht von zwei imperialistischen Großmächten geführt werden. Denn der Abschnitt über den imperialistischen Krieg mit Hinweisen auf den ersten Weltkrieg ist zwar sehr wichtig ... denn solche Kriege wie der der USA plus Alliierte gegen Irak bereiten natürlich größere Kriege zwischen den imperialistischen Großmächten vor. Aber sie sind es noch nicht.*

Und hier entstehen ja auch ideologisch andere Probleme. Meiner Meinung nach hätte also nach der Analyse des Golfkrieges und vor dem Kapitel über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg überhaupt ein Abschnitt hineingehört, der die Besonderheiten jener Kriege lokalen Charakters beschreibt, in der eine oder mehrere imperialistische Großmächte ein kleines Land mit reaktionärem Regime überfallen. Das Beispiel des Falklandkrieges. Tschad, Grenada, vor allem aber wohl das erste Beispiel, der Krieg der imperialistischen Großmacht England gegen das von einer faschistischen Militärjunta regierte Argentinien, wäre auszuwerten gewesen.

Mit revolutionären Grüßen ...

Antwort der Redaktion

Diese Kritik erscheint uns vollauf berechtigt. In der Tat ist der Teil über den imperialistischen Krieg hinten nicht wirklich innerlich verbunden mit den vorangegangenen Teilen, es wirkt wie ein Bruch, als ob ein Kapitel ausgelassen worden wäre.

Bei einer zweiten Auflage müßte wirklich auch theoretisch genauer auf die Besonderheiten dieses Krieges eingegangen werden. Wenn auch, wie bei jedem Vergleich, die Bedingungen beim Falklandkrieg in vielerlei Hinsicht anders waren, sind wir Deiner Meinung, daß gerade die Auswertung dieses Aspekts weiter hilft.

Zur Zeit des Falkland-Krieges hat unsere Geschwisterorganisation in Österreich (MLPÖ) in ihrer **Roten Fahne** eine hervorragende Analyse des Falklandkrieges publiziert. Wir hoffen durch den nachfolgenden Abdruck einiger markanter Passagen aus dieser Analyse aus dem Jahre 1982 einen Schritt in die von Dir geforderte Richtung zu leisten.

Dabei konzentrieren wir uns auf jene Abschnitte, die herausarbeiten, warum der Krieg seitens der faschistischen Machthaber Argentinienesebenso wenig gerecht sein kann wie von Seiten einer imperialistischen Großmacht. Denn die gleichen hier angeführten Gründe, warum ein solch reaktionäres Regime nicht unterstützt werden kann, treffen auch auf das Regime im Irak und den Golfkrieg zu.

Aus dem Artikel der **Roten Fahne** zum Falklandkrieg*:

Wollte man der Propaganda der in **Argentinien** herrschenden faschistischen Generäle glauben, so ging es bei der militärischen Besetzung der "Malvinas" (Falkland-Inseln) einfach um die legitime Zurücknahme eines Archipels, der von England kolonialistisch annektiert worden war, historisch rechtmäßig und geographisch aber zu Argentinien gehöre. Die faschistischen Generäle, die das argentinische Volk blutig unterdrücken, es grausam ausbeuten, und hemmungslos an jeden beliebigen ausländischen Imperialismus verkaufen, wenn dieser der Militärjunta an der Macht zu bleiben hilft, werfen sich damit in die heuchlerische Pose von Verteidigern der nationalen Interessen, von Kämpfern gegen historisches Unrecht, von begeisterten Patrioten.

Glaubt man dagegen der Propaganda **Englands**, so mußte die britische Flotte in den Südatlantik entsandt werden, um die Bewohner der Falklands gegen eine argentinische Aggression zu schützen, mußte England einen "Anschlag auf die britische Ehre" zurückschlagen usw. So wie drüben die faschistischen Generäle, spielen sich also auch die englischen Imperialisten herüber als Verteidiger der "nationalen Ehre", des historischen Rechts, des "Vaterlandes" und seiner "höchsten Güter" auf.

Der Falkland-Konflikt ist somit ein weiteres anschauliches Beispiel dafür, wie in einem von beiden Seiten her reaktionären, ungerechten Krieg. In einem Verbrechen zweier erzreaktionärer Ausbeuterklüngel gegen das eigene und gegen ein anderes Volk, die Drahtzieher und Veranstalter dieses Krieges ihre Völker betrügen, wobei sie sich insbesondere der nationalistischen Hetze bedienen.

Für Marxisten-Leninisten ist die Haltung zum Falklandkrieg ganz klar:

Weder von Seiten Argentiniens **noch** von Seiten Englands ist das ein gerechter Krieg. Das Geschrei vom "Kampf um Ehre und Gerechtigkeit" aus dem Munde der Herrschenden **beider** kriegführenden Länder ist nichts als nationalistische Demagogie und chauvinistische Hetze, um die schmutzigen reaktionären und imperialistischen Ziele zu bemänteln, welche die britischen Imperialisten und die faschistischen Machthaber Argentiniens in Wirklichkeit verfolgen. Die Marxisten-Leninisten verurteilen diesen **von beiden Seiten ungerechten Krieg**. Sie unterstützen sowohl in Argentinien als auch in England den antimilitaristischen und revolutionären Kampf der Arbeiter und der anderen unterdrückten Volksmassen gegen die im jeweiligen Land herrschende Macht.

Diesen Standpunkt setzen wir **gegen jede Parteinahme für die räuberischen Ziele der britischen Imperialisten**, mag diese offen und unverschämt vertreten werden oder sich hinter der verlogenen Lösung "Falkland den Falkländern!" verbergen.

Diesen Standpunkt setzen wir gleichermaßen **gegen die Parteinahme für die reaktionären Ziele des argentinischen Faschistenregimes**, mag sie unverhüllt vertreten werden, wie das die Faschisten in der "Nationalzeitung" tun, oder mag sie sophistisch verbrämt vorgebracht werden, wie das die Revisionisten im Kieler Wasser der russischen Sozialimperialisten machen.

Wie gesagt, für Marxisten-Leninisten ist dieser Standpunkt ganz eindeutig und klar, kann es davon nicht die geringste Abweichung geben.

* "Der Falklandkrieg und das Elend mit der PdA Albaniens", "Rote Fahne", Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs, Nr. 206, 1982

(...)



Ein Leserbrief zur Diskussion gestellt: Ist das Regime im Irak faschistisch?

Bei der Erstellung unserer Erklärung, unserer Nummer und unserer Flugblätter zum Golfkrieg entstand in unseren Reihen eine kontroverse Debatte darüber, ob es berechtigt sei, das Regime im Irak als faschistisch zu bezeichnen.

Ausgelöst durch die militärische Aggression gegen den Irak und die gesamte damit verbundene politische Entwicklung erhielten bereits früher debattierte Fragen besondere aktuelle Bedeutung:

Können vom Imperialismus abhängige Länder als "faschistisch" bezeichnet werden, die den Wechsel der Staatsform der bürgerlichen Demokratie zu offen terroristischer, eben faschistischer Diktatur nicht kennen und ihrem Inhalt nach nicht einfach als Diktatur des Finanzkapitals bezeichnet werden können?

Aktueller als diese zwar nötige, aber mehr theoretische Abklärung dieser Fragen war die Debatte darüber, welche konkreten Gefahren es mit sich bringen kann, den Irak in der heutigen Situation als faschistisches Land zu bezeichnen.

Angesichts der verlogenen imperialistischen Meinungsmache, die Saddam Hussein als den "neuen Hitler" ausgab, wurde eine Kennzeichnung des Regimes im Irak als "faschistisch" kritisiert und abgelehnt. Denn mit einem riesigen Propagandafeldzug, der die imperialistische Aggression begleitete, versuchten die Imperialisten unter dem Tummantel des Antifaschismus ihre militärische Aggression zu rechtfertigen als angeblich berechtigten antifaschistischen Kampf

einer angeblichen Einheitsfront aller demokratischen Kräfte und Länder, um das "faschistische Regime" im Irak zu stürzen und der "Demokratie" zum Sieg zu verhelfen. Mit der so inszenierten Karikatur des Antifaschismus beanspruchten die imperialistischen Großmächte nun das Recht, alles in der Welt nach ihrem Geschmack und Interesse "zu ordnen".

Ein Genosse setzte sich in einem **Leserbrief** mit dieser Problematik auseinander:

Mir hat sehr eingeleuchtet, daß das Herausstellen des faschistischen Charakters des irakischen Systems in einem Moment, wo eine offensichtlich im Inneren (nach außen sieht es da anders aus) nicht einfach als faschistisch zu klassifizierende imperialistischen Großmacht den Irak überfällt, gänzlich falsch herauskommen kann, zumal der Vergleich Hitler-Hussein ja als Prokriegsargument in Mode kam.

Insofern akzeptiere ich sehr, daß gerade bei Losungen in diesem Zusammenhang die Charakterisierung "faschistisch" fatale Folgen haben kann.

Zwar nicht völlig überzeugt, aber durchaus beeindruckt hat mich, daß in der Tradition der Komintern (ob durchgängig, weiß ich nicht) faschistisch und bürgerlich-demokratisch als Begriffspaar auftraten, insofern hat dieser Begriff in einem Land wie Afghanistan keinen rechten Platz.

Nun verwenden wir schon sehr lange für Chile und die Türkei, wo zumindest in der Türkei etwa eine KP so gut wie nie legal arbeiten konnte. Aber große Probleme macht es mir nicht, wenn die Genossinnen und Genossen in der Türkei das Regime als "faschistisch" bezeichnen.

Auch wenn die Genossinnen und Genossen im Irak, die revolutionären Kräfte, aber auch die kurdisch-nationalistischen Kräfte (5.000 Menschen wurden an einem Tag vom irakischen Regime vergast) dieses Regime als faschistisch bezeichnen, weil sie um die tagtägliche Folter in den Gefängnissen, um die Machenschaften während acht Jahren Krieg gegen den Iran wissen, weil sie um die historisch bewiesene Zusammenarbeit der Baath-Partei mit der NSDAP wissen und darauf hinweisen etc., dann stört mich das als "Abklassifizierung" nun schon mal gar nicht. Zumal gerade im Irak schon einmal eine KP existierte und gewisse Möglichkeiten hatte, die durch ein schlimmes Massaker beendet wurden. Daß jegliche revolutionären oder gar kommunistischen Kräfte im Irak blutigstem Terror ausgesetzt sind, unterliegt gar keinem Zweifel.

Ich will damit sagen: Das Wort "faschistisch" (ob es uns paßt oder nicht) hat inzwischen zwei Bedeutungen, wobei die erste überwiegt:

Erstens: Eine Art Schimpfwort für ein konterrevolutionäres, auf Mord und Terror aufbauendes Handeln für das verabscheuungswürdige Verhalten politischer Regimes überhaupt.

Zweitens: In der Tradition der Komintern eine klare Einschätzung, daß ein Regime "offen terroristisch" die Diktatur des Finanzkapitals errichtet hat mit einer Fülle für die Taktik wichtiger Konsequenzen.

Die zweite Bedeutung ist in der wissenschaftlich exakten Diskussion von entscheidender Bedeu-

tung, und in diesem Sinn müssen wir natürlich auch aufpassen, wenn wir es im ersten Sinne verwenden.

☆☆☆

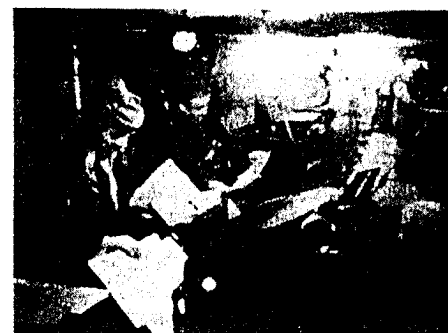
Auf dem 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurde von Dimitroff zusammenfassend zum Klassencharakter des Faschismus festgestellt:

"Der Faschismus - das ist die Macht des Finanzkapitals selbst."

(Dimitroff, "Gegen Faschismus und Krieg", Ausgewählte Reden und Schriften, Leipzig 1982, S. 51)

In der Tat kann diese klassenmäßige Charakterisierung etwa des Nazifaschismus nicht einfach auf ein vom Weltimperialismus abhängiges Land wie den Irak übertragen werden. Zwar herrscht das Finanzkapital international, hat sich alle Länder unterworfen und in den imperialistischen Weltmarkt integriert und es besteht in solchen von den imperialistischen Ländern abhängigen Ländern eine vom Finanzkapital der imperialistischen Mächte abhängige Diktatur. Jedoch muß diese oft ihrer Klassenbasis nach als Diktatur der im Land herrschenden reaktionären Klassen der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer eingeschätzt werden.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist, inwieweit der Faschismus, die faschistische Herrschaftsform als Gegenstück zur bürgerlichen Demokratie, zur bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform aufzufassen ist.



Kurdische Druckerei im Untergrund im Irak



Trotz Bombardierung werden die kurdischen Kinder im Lesen und Schreiben ausgebildet

*) Siehe: "Der ganz falsche Vergleich des reaktionären irakischen Regimes mit dem Nazi-Faschismus" in der GDS-Nummer "Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen", GDS-Nr. 52, Februar 1991, S. 39 ff)

Hierbei wurde ebenfalls auf die entsprechende Passage in der Analyse Dimitroffs auf dem 7. Weltkongreß verwiesen:

"Der Machtantritt des Faschismus ist nicht die einfache Ersetzung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offene terroristische Diktatur."

(Dimitroff, ebenda, S. 52)

Für die halbkolonialen und abhängigen Länder ergibt sich damit das Problem, inwiefern tatsächlich ein Wechsel der Staatsform von einer bürgerlichen Demokratie zur offen terroristischen, eben faschistischen Diktatur stattgefunden hat, bzw. überhaupt stattfinden kann.

Eine vom Imperialismus unabhängige bürgerlich-kapitalistische Entwicklung, gar eine von der nationalen Bourgeoisie geführte bürgerliche Revolution im "klassischen" Sinne (etwa wie in England oder Frankreich), die der bürgerlichen Demokratie den Weg ebnet, ist in diesen Ländern bereits nicht mehr möglich. Denn der Kapitalismus hat sich in diesen Ländern nicht von innen heraus, sondern durch das Eindringen der imperialistischen Mächte, des imperialistischen Kapitals zur vorherrschenden Produktionsweise entwickelt. Der Imperialismus verband seine Herrschaft vielfach mit halbfeudalem Despotismus und konservierte zudem halbfeudale Verhältnisse.

Wenn in diesen Ländern also von der Existenz von bürgerlicher Demokratie nicht die Rede sein kann, dann kann offensichtlich auch nicht von der Ablösung bürgerlich-demokratischer Herrschaftsformen durch faschistische Herrschaftsformen gesprochen werden.

Das bedeutet aber nicht, daß damit die Verwendung des Begriffs faschistisch für diese Länder von vornherein falsch ist. Denn typisch für die abhängigen und halbkolonialen Länder ist die Konservierung mittelalterlicher, halbfeudaler, patriarchalischer Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse verbunden mit einer im Interesse und im Dienste der Herrschaft des Finanzkapitals stehenden terroristischen Unterdrückung der

Arbeiterbewegung und jeglicher fortschrittlichen und revolutionären Kräfte.

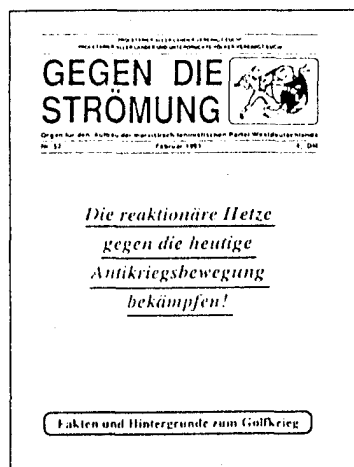
Die Ausbeutung der breiten Massen der Arbeiter und Bauern hat in diesen Ländern ein solches Ausmaß, eine solche Intensität, daß in der Regel terroristische, eben faschistische Herrschaftsformen notwendig sind, um die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse "stabil" zu halten.

Zur Entwicklung des Faschismus in kolonialen und halbkolonialen Ländern äußerte sich G. Dimitroff:

"In den kolonialen und halbkolonialen Ländern entwickeln sich, wie in der Diskussion festgestellt wurde, ebenfalls gewisse faschistische Gruppen, aber natürlich kann es sich hier nicht um einen solchen Faschismus handeln, wie wir ihn in Deutschland, Italien und anderen kapitalistischen Ländern zu sehen gewöhnt sind. Hier muß man die ganz besonderen wirtschaftlichen, politischen und geschichtlichen Bedingungen studieren und berücksichtigen, entsprechend denen der Faschismus eigenartige Formen annimmt und annehmen wird."

(Dimitroff, "Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus", 1935, Schlußwort zur Diskussion zu seinem Bericht auf dem 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, "Protokoll des 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", Band II, S. 726)

☆☆☆



Kritik eines Genossen aus Österreich

Zur Broschüre: "Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!"

Eure Broschüre habe ich interessant gefunden (besonders Gut die Wertlegung auf die Bekämpfung der Verbrechen der eigenen Bourgeoisie), habe aber einige Probleme damit:

Das zentrale Problem scheint mir in der Gewichtung zu liegen:

Zu den Faktoren die den Krieg zwischen Irak und USA, GB, Frankreich, Italien samt Anhang geführt hat, meint ihr S. 27, daß "die Rivalität der imperialistischen Großmächte, ihre Politik in diese Region ausschlaggebend ist". Leider wird die "Rivalität der Großmächte" (in Bezug auf diesen Krieg) in der gesamten Broschüre eher als ein Faktor unter anderen behandelt, ihre "auschlaggebende" Seite aber nicht hervorgehoben (ausser in den erwähnten Satz) und nachgewiesen.

Diese Konkurrenz der Imperialisten sehe ich in diesem Fall so:

Das irakische Regime war und ist völlig reaktionär, vom Imperialismus abhängig, hat also nie den Imperialismus (als System) gestört. Jede seiner Handlungen passt durchaus in den Rahmen des imperialistischen Systems. Dies gilt also auch für den Einmarsch in Kuwait (dadurch wurde der Imperialismus in keiner Weise von Kuwait vertrieben). M.M.n. bedeutete dieser Einmarsch für den Imperialismus hauptsächlich eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Konkurrenten (u.a. der BRD auf Kosten GB und der USA.) in einer strategisch wichtige Region.

Die US Imperialisten konnten dies auf keinen Fall zulassen, brauchten auch einen Vorwand, um ihre europäischen und japanischen Konkurrenten von der US militärische Stärke zu überzeugen, sowie das eigene Volk von der Wirtschaftskrise abzulenken. Die direkte militärische Kontrolle über die Golfregion wollten sie eh längst ausüben und die Angst vieler reaktionärer Cliques der Region, vom irakischen Regime abgesetzt zu werden, haben sie auch ausnützen können.

Was die britischen Imperialisten betrifft, so haben sie gleich mitgemacht, um ihren Einfluß in Kuwait wiedergewinnen zu können.

Die französischen und italienischen Imperialisten ihrerseits, die durch den irakischen Einmarsch in Kuwait keinen besonderen Schaden gehabt hatten, konnten es nicht zulassen daß die Golfregion zum Tummelplatz der Armeen ihrer Konkurrenten allein wird, wenn sie am Ball bleiben wollten. So erklären sich auch die Versuche Frankreichs, den Krieg auf Kuwait zu reduzieren dadurch, daß es ihren Einfluß in Irak nicht durch US und GB Truppen gefährdet sehen wollte, nichts aber dagegen hatte, Kuwait in Schutt und Asche zu verwandeln, nachdem es von seinen ehemaligen "Schutzherrn" so oder so wiedererobert würde.

Die russischen Imperialisten haben zu Hause solche Schwierigkeiten, daß ihnen nichts anderes übrig blieb als ihren Einfluß in Irak gegen Kredite an den USA zu verkaufen zu versuchen.

Jetzt zu den eigentlichen Verlierern unter den Imperialisten: Japan und BRD. Japan hat nicht die Kraft militärisch im Golf mitzureden, ist aber vom dortigen Erdöl sehr abhängig. Wer den Golf kontrolliert kann auch auf Japan Druck ausüben, zB. bei den GATT Verhandlungen, oder auch um Japan dazu zu bewegen, diese Kontrolle der Golfregion teilweise zu finanzieren (Pervers, nicht?). Die BRD, die am massivsten hinter den Irak stand, konnte sich aber nicht isoliert den US usw. Feldzug entgegensetzen und hat halt versucht den Schaden für sie zu begrenzen. Am US Feldzug so wenig wie möglich teilzunehmen, aber doch genug um diese Isolation durchzubrechen. Geld an den türkischen, jordanischen, ägyptischen, israelischen Regimes, Truppen in der Türkei um den wachsenden US Einfluß in der Gegend einzudämmen usw..

Diese ganzen reaktionären Packeleien und Verbrechen, auf Kosten der Völker besonders der Golfregion!

Ich möchte gerne wissen was ihr sowohl zu meiner Kritik, wie zu meine Einschätzung dieser Seite der Ereignisse meint.

Ein anderes Problem bei der Broschüre scheint mir die Verwendung von pazifistischen Lösungen bei Zwischen Titeln zu sein:

S.6: "Protest- und Widerstandsaktionen gegen den Krieg im Nahen Osten"

S.7: "Aktionen"(...) "gegen den Krieg am Golf" usw.

Ihr seid ja nicht gegen Befreiungskriege, gegen, zB. den Befreiungskampf des kurdischen Volkes. Wäre es nicht besser gewesen, eher das fortschrittliche bei den angesprochenen Aktionen in diesen Titeln zu berücksichtigen und hervorzuheben?

Sonstige Probleme:

- "Nahen Osten" ist ein eurozentristisches Begriff, Westasien oder ähnliches wäre besser.

- Einiges zur Palästina Frage:

S.20 schreibt ihr, daß in Palästina "die Feindschaft zwischen Juden und Palästinensern schon seit den 20er Jahren von reaktionären jüdischen, palästinensischen und arabischen Kräften geschürt wurde", vergesst aber die wichtigste Kraft zu erwähnen, die diese Feindschaft damals (bis 1948) geschürt hat: die britische Kolonialmacht! Zum Krieg von 1948 möchte ich gerne von euch wissen worauf ihr euch stützt bei der Behauptung, daß nur die israelischen, syrischen, ägyptischen und jordanischen Staaten daran beteiligt waren. Wie war es zB. mit dem Libanon? Haben nicht auch US-Offiziere (auf israelischer Seite) und englische Offiziere (auf arabischer Seite) eine Rolle gespielt? Ich finde es nicht richtig zu schreiben, wie ihr es tut, daß Jordanien und Ägypten am Ende des Krieges Teile Palästinas "einverleibten", besetzt haben sie schon, aber eine Einverleibung haben sie nie durchsetzen können (die palästinensische Bevölkerung hat es nicht zugelassen). Im Krieg von 1967 hat Israel Ost-Jerusalem, das Westjordanland, die Golan Höhen und die Sinai Halbinsel nicht "annektiert", sondern militärisch besetzt (wobei ihr vergessen habt, den Gazastreifen zu erwähnen). "Annektiert" hat Israel "nur"

(und erst später) Teile der Sinai Halbinsel, Ost Jerusalem und die Golanhöhen, was aber am Verhalten der UNO nichts ändert.

Zur Libanon Frage (S.20):

Was den Libanon betrifft, stimmt weder daß Israel und Syrien Teile dieses Landes erst 1982 besetzten (so beteiligten sich syrische Truppen Mitte der 70er Jahren an dem Massaker der Bevölkerung des palästinensischen Lager Tal Al Zatar in Beirut) noch daß UNO Truppen erst 1982 im Libanon stationiert wurden. Die im Südlibanon stationierten Truppen hatten 1982 den Befehl die israelischen Truppen bei ihrer Invasion nicht zu behindern. 1982 schickten die USA, GB, Frankreich und Italien Truppen in den Libanon, bzw. Griechenland Kriegsschiffe vor die Küste, aber ohne UNO Mandat oder ähnliches.

-S.21 redet ihr von "das von den USA abhängige Kuwait" (vor dem irakischen Einmarsch). Kuwait war aber auch von GB besonders abhängig, was das Verhalten GB im Krieg (sofortiges Bündnis und militärische Zusammenarbeit mit den USA) klarer macht. Bei eurer Einschätzung der irakischen Aggression gegen Kuwait vergeßt ihr zu erwähnen daß das irakische Regime sich auch aus Angst vor einen Volksaufstand in dieses Militärabenteuer gestürzt hat. Ein Trick bestand darin, dadurch die "Schuldenfrage" des Iraks gegenüber Kuwaits "lösen" zu wollen. Diese Art "Lösung" war für die Imperialisten (diesmal allen) unangenehm, weil sie Völkern auf die Idee bringen könnte, die Zahlung der "Schulden" ihrer Länder an imperialistische Länder mit der Waffe in der Hand zu verweigern (was das irakische Regime nie beabsichtigt hat).

-S.34: "Lybien gegen den Tschad" kann nicht als Beispiel für eine "Niederschlagung und Bekämpfung von Befreiungsbewegungen" durch ein arabisches reaktionäres Regime genommen werden. Im Tschad waren immer reaktionäre an der Macht: entweder Marionetten Frankreichs, oder eben Marionetten Lybiens. "Lybien im Tschad" wäre richtiger gewesen.

Pri

Zur Kritik an der Broschüre: "Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!"

- Zur Frage der Rivalität der imperialistischen Großmächte:

Deiner Kritik, daß die ausschlaggebende Seite der Rivalität der imperialistischen Großmächte in der gesamten Broschüre eher als ein Faktor unter anderen, statt als ausschlaggebend behandelt wird (du verweist auf Seite 27), kann ich nicht zustimmen. Ich möchte nur verweisen auf die, der Seite 27 folgenden Ausführungen, die ja gerade den Krieg Iran-Irak, die Rolle Israel, und der Türkei im Zusammenhang mit der Rivalität der imperialistischen Großmächte behandeln, ebenso wird diese Rivalität bei der Einschätzung der Haltung des west/deutschen Imperialismus im Abschnitt "Die Doppeltaktik des west/deutschen Imperialismus" ausführlich behandelt.

Meiner Meinung nach liegt also kein Problem der Gewichtung vor, sondern hast du eine EINSCHÄTZUNG, die so in unserer Stellungnahme nicht enthalten ist.

Ich meine deine Einschätzung, daß die Besetzung Kuwaits durch den Irak eindeutig eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Konkurrenten zugunsten des west/deutschen Imperialismus bedeutet habe, und daß das Ergebnis des "Golfkrieges" Japan und den west/deutschen Imperialismus nun zu den "eigentlichen Verlierern" unter den Imperialisten gemacht habe.

Beiden Einschätzung kann ich nicht zustimmen, sie erscheinen mir einfach zu schematisch und mechanisch zu sein. Der Irak vor dem Golfkrieg war keinesfalls ein nur oder vor allem vom westdeutschen Imperialismus abhängiges Regime, dessen regionales Vormachtstreben also dann automatisch zu einer Stärkung des Einflusses des westdeutschen Imperialismus in der Golfregion geführt hätte. Der westdeutsche Imperialismus war neben anderen, einer der entscheidenden hinter dem Irak stehenden imperialistischen Großmächte, die um Vorherrschaft auch im Irak miteinander rivalisierten. Auch ist die Schlußfolgerung, daß jetzt also der west/deutsche Imperialismus der "Verlierer" sei, viel zu kurz gegriffen und sieht nicht, daß der westdeutsche Imperialismus eine ganze Reihe von "Kohlen im Feuer" hat, und ganz und gar nicht nur auf den Irak unter Saddam Hussein setzt, wenn es um die Ausdehnung seiner Einflußsphären in der Golfregion geht. Gerade die Entwicklung des letzten halben Jahres zeigt ja immer mehr, daß weltweit, und gerade auch in der Golfregion, der ökonomische, politische und militärische Einfluß des westdeutschen Imperialismus ständig zunimmt.

- Zu den angeblich "pazifistischen Lösungen":

Losungen gegen einen bestimmten, von beiden Seiten ungerechten Krieg einfach als pazifistisch abzutun, ist meines Erachtens falsch. Es wird konkret aufgezeigt, was die Beweggründe der vorwiegend jugendlichen Demonstranten waren, die ja verständlich und berechtigt sind. Entscheidend ist doch für die kommunistischen Kräfte, in solchen Bewegungen die reine Antikriegsstimmung zu hinterfragen, und auf die eigentlichen Ursachen der

imperialistischen Kriege zu lenken, um so dann eine revolutionäre Perspektive zu propagieren. Dies ist Gegenstand der letzten Abschnitte der Nummer. Im übrigen bin ich ganz und gar nicht der Meinung, daß mit diesen "Überschriften" nicht das Fortschrittliche bei den Aktionen berücksichtigt wurde, oder bist du der Meinung, daß die Haltung gegen diesen Krieg, die Aktionen gegen Kriegslieferungen usw. nicht fortschrittlich waren. Doch wohl kaum.

- Zum Begriff "Naher Osten":

Du hast sicherlich recht, daß sich auch in geographischen Begriffen eine eurozentristische Sichtweise verbirgt. Nur wird dieses Problem nicht einfach durch neue Begriffsschöpfungen zu lösen sein, unter denen nicht unbedingt das dann auch verstanden wird, was gemeint ist.

- Zu den von dir angeschnittenen Fragen bezüglich Palästina/Israel:

- Zur Frage, warum ein Zusammenleben von Juden und Palästinensern 1948 in einem Staat nicht möglich war, ist m.M.n. tatsächlich sehr wichtig, daß die reaktionären jüdischen, palästinensischen und arabischen Kräfte und ihr ideologischer Einfluß auf die Volksmassen dies verhinderten. Zwar ist die nationale Feindschaft durch die britischen Imperialisten in der Geschichte entscheidend mit geschürt worden, wäre dies jedoch die hauptsächlichste Seite, dann wäre ja mit der Beseitigung der direkten Kolonialmacht in der Region ein Zusammenleben möglich geworden. Daß sich dies als Perspektive aber nicht realisieren ließ, verhinderten alle imperialistischen Großmächte, die USA Imperialisten nicht zu vergessen, aber gerade auch die "einheimischen" Reaktionäre.

- Von einer Beteiligung Libanons am Krieg von 1948 ist mir nichts bekannt.

- Zur Frage der Kriegsteilnehmer 1948: Wir haben nicht geschrieben, daß "nur" diese Staaten am Krieg teilnahmen. Im übrigen ist es aber auch ein Unterschied, ob Staaten selbst unmittelbare Kriegsteilnehmer sind, oder ob sie Offiziere als Berater auf einer Seite teilnehmen lassen.

- Überhaupt nicht nachvollziehen kann ich deinen Einwand gegen die Feststellung, daß Jordanien und Ägypten erhebliche Gebiete von Palästinas in ihr Staatsgebiet einverleibten. Dies ist wohl nicht zu bezweifeln. Es ist doch gerade so, daß Ägypten und Jordanien dies heute bestreiten.

- Die Unterscheidung von "militärisch besetzt", und "annektiert" im Hinblick auf die Israel faktisch einverleibten Gebiete Palästinas ist doch mehr eine Frage der juristischen Form. Tatsächlich herrscht der israelische Staatsapparat in diesen Gebieten und beabsichtigt keinesfalls, den Palästinensern diese Gebiete wieder zu überlassen, ganz im Gegenteil.

- Zur Frage der Besetzung Libanons durch syrische Truppen, bzw. durch UNO-Truppen: Hier kenne ich mich nicht so genau aus, um

sagen zu können, wann die ersten Truppen Syriens im Libanon zum Einsatz kamen. Aber wir haben nicht geschrieben, daß diese "erst" 1982 das Land besetzten. Aber es ist auch dann noch voneinander zu unterscheiden, daß syrische Truppen im Libanon eingesetzt wurden in den 70iger Jahren, und daß sie später tatsächlich einen Teil des Landes besetzten, faktisch kontrollierten und die Rolle der Staatsmacht in diesem Teil übernahmen.

- Kuwait war sicherlich nicht nur von den USA abhängig, aber wohl vor allem. Neben England hat auch Italien z.B. großen Einfluß in Kuwaits ölgeschäften.

- Sicherlich richtig dein Hinweis, daß konkret die reaktionäre Seite in einem solchen Krieg zwischen imperialistischen Großmächten einerseits und einem vom Imperialismus abhängigen Land andererseits vor allem auch in Bezug auf das abhängige Land konkret herausgearbeitet werden muß, damit der ungerechte Charakter des Krieges von beiden Seiten eben auch so konkret und verständlich wie nur möglich nachgewiesen wird.

- "Lybien gegen den Tschad" ist sicherlich kein glückliches Beispiel, da ein solch knapper Hinweis nicht aufzeigen kann, wie die Einflußnahme Lybiens im Tschad scheinbar auf Seiten der Befreiungsbewegung letztlich ebenfalls zu deren Niederschlagung beigetragen hat.

G. 28.10.91

Zur GDS-Nr. 53 vom März 1991

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen!

Kritik eines Genossen aus Österreich

1). Die GDS Nr.53 hat mir sehr gut gefallen, was die Verteidigung solcher großer Revolutionäre wie Rosa und Karl, sowie, was die solidarische Herangehensweise an ihren kritisierten wichtigen Fehlern betrifft. Besonders gefallen hat mir auch die Verteidigung Lenins und Stalins.

- Mir fehlt aber eine Einschätzung der Haltung Rosa und Karls zur Frauenfrage. Im Programm der KPD(Spartakusbund) von 1918, das unter ihrer entscheidenden Mitwirkung erstellt wurde, steht dazu auch etwas falsches, und zwar als eine der "sofortigen Maßnahmen zur Sicherung der Revolution": die "Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz" (bei eurem Nachdruck S.8). Dies steht im Widerspruch zu der angekündigten "Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter"(S.9). Die Bewaffnung der Arbeiterinnen ist nicht minder wichtig als die der Arbeiter!

- S.5 ist euch ein kleiner Fehler passiert: "Rosa Luxemburg hat ihre grundsätzliche Haltung zum Staat auf dem Parteitag der SPD 1898 dargelegt: 'Im übrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß.'" Ich kenne diese Rede Rosas nicht, aber der von euch zitierte Satz ist keine "grundsätzliche Haltung zum Staat" überhaupt, sondern nur zum damaligen reaktionären Staat in Deutschland ("dieser Staat"). Also enthält z.B. keine Stellungnahme zum sozialistischen Staat.

2). Abgesehen davon finde ich manche Stellen über revisionistische Angelegenheiten zumindest unklar:

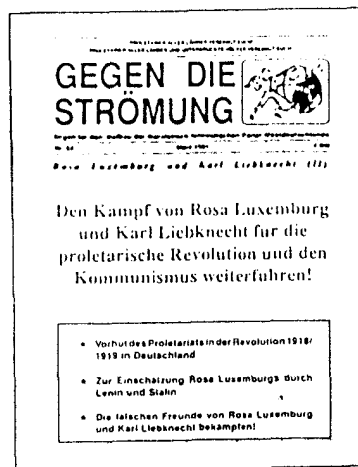
- So S.3 wo ihr wirklich ein wahres Kunststück von einem Satz zusammengebracht habt, daß m.M.n. das Verständnis der angesprochenen Tatsachen sicher nicht erleichtert: "Angesichts des Bankrotts der revisionistischen Staaten Osteuropas, in denen die Verräter am Marxismus-Leninismus und am Kommunismus in den fünfziger Jahren unter sozialistischer Maske einen Kapitalismus der revisionistischen Bourgeoisie restaurierten, triumphiert heute die Weltbourgeoisie erneut und erklärt den Marxismus-Leninismus für tot und für endgültig erledigt." Ich bin nicht mit allen Geheimnissen der deutschen Grammatik befreundet, erlaubt mir also einige Verständnisfragen: Kann euer Satz nicht auch "bedeuten", daß die angesprochenen Staaten schon vor den fünfziger Jahren revisionistisch waren, bzw. es schon mal gewesen waren? "revisionistischen Staaten" "in denen" "in den fünfziger Jahren" "einen Kapitalismus" restauriert

wurde, Bzw. ein Kapitalismus "der revisionistischen Bourgeoisie" der RESTAURIERT wurde!? Ich meine, daß es nirgendwo auf der Welt vor den fünfziger Jahren revisionistische Staaten gab. Auf jeden Fall wird nicht klar worauf sich das heutige Triumphgeheul der Weltbourgeoisie stützt, nämlich auf den Schwindel daß die ganze revisionistische Politik eine kommunistische und keine kapitalistische sei. Auf den Schwindel, daß das Elend der Volksmassen in Osteuropa eine Folge einer sozialistischen Realität und nicht einer kapitalistischen Realität sei.

- Falsch finde ich den Satz S.3: "Damals wie Heute hat die kommunistische Arbeiterbewegung eine schwere Niederlage erlitten." Wenn ich es richtig verstanden habe, bezieht sich das "Damals" auf den Verrat der zweiten Internationale 1914. Die einzige nach 1914 vergleichbare Niederlage der kommunistischen Arbeiterbewegung (sowohl wegen ihrer Form wie wegen ihres Umfang) war der Verrat der überwiegenden Mehrheit der kommunistischen Parteien in den fünfziger Jahren. Höchstens könnte noch die Rede sein von der Niederlage in China nach der "Kulturrevolution" Bzw. der Niederlage nach dem Verrat Hojas und Co. aber "Heute"!? Was wir Heute erleben sind nur die Folgen der Zerschlagung der SU in den fünfziger Jahren usw.. Angesichts des unter den Massen der Werktätigen weitverbreiteten Glaubens, daß der Bankrott der revisionistischen Regimes Osteuropas der Bankrott einer sozialistischen Realität, sei finde ich es umso schlimmer von einer angeblichen "schweren Niederlage der kommunistischen Arbeiterbewegung" "Heute" zu reden.

Mit solidarischen Grüßen.

Pri



Antwort auf die Kritik an GDS Nr. 53 zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

* Zur Haltung Rosa Luxemburgs und des KPD-Programms zur Frauenfrage:

Mit recht verweist du darauf, daß wir nicht näher auf Rosa Luxemburgs Haltung zur Frauenfrage eingegangen sind. Die von dir angeführte Kritik am Programm der KPD haben wir allerdings bereits in der ersten Nummer zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht behandelt (siehe GDS Nr. 51, S. 39). Daneben gibt es sicherlich noch eine ganze Reihe weiterer Themen, auf die man ebenso näher eingehen müßte. Wir standen allerdings auch vor dem Problem redaktionell auszuwählen nach ausgereifteren und weniger ausgereifteren Stellungnahmen, und dann auch z.T. bereits vorliegendes Material in die Nummer nicht aufzunehmen. Eines dieser Themen, das auf diese Weise nur sehr knapp im 1. Teil behandelt wurde, war die Frauenfrage. Wir sind allerdings der Meinung, daß in der beabsichtigten DISKUSSIONSNUMMER u.a. auf dieses Thema eingegangen werden sollte. Vielleicht kannst du ja außer der Feststellung, das "etwas fehlt", auch produktiv dazu beitragen, wenn du uns deine EINSCHÄTZUNG UND MEINUNG mitteilst.

* Deine Kritik an der Passage Rosa Luxemburgs "grundsätzliche Haltung zum Staat auf dem Parteitag der SPD 1898":

Deine Kritik finde ich etwas wortglauberisch, denn aus dem gesamten Zusammenhang und auch aus dem recht knappen Satz geht hervor, daß es hier NICHT um eine theoretische Ausführung Rosa Luxemburgs zum Staat UBERHAUPT (also um eine Stellungnahme etwa sowohl zum Ausbeuterstaat als auch etwa zur Diktatur des Proletariats) geht, sondern UM DIE REVOLUTIONÄRE HALTUNG ZUM STAAT IN DEUTSCHLAND DAMALS im Gegensatz zur reformistischen Haltung der Opportunisten in der SPD.

* Zu deinen beiden Kritiken an der Vorbemerkung Seite 3:

Also ich denke, daß hier kein grammatikalisches Problem vorliegt, deine Verständnisfragen, mir insofern unverständlich sind. Das "heute" bezieht sich (wie du es auch verstanden hast) auf die Niederlagen, die der moderne Revisionismus der kommunistischen Weltbewegung zugefügt hat. Eine qualitativ andere Sache ist (wie es in der Vorbemerkung einige Sätze zuvor auch heißt) der AKTUELLE Zusammenbruch des revisionistischen Kapitalismus in der Sowjetunion und Osteuropas.

Die ungeheure Aufgabe, vor der die wenigen wirklich kommunistischen Kräfte heute weltweit stehen, eben überall praktisch wieder von vorne anzufangen, weil es kein Land gibt, wo die kommunistische Arbeiterbewegung durch den Verrat der modernen Revisionisten und die konterrevolutionären Aktivitäten der Bourgeoisie nicht eine riesige Niederlage, ja eine ganze Reihe von Niederlagen einstecken mußte, muß bewußt gemacht werden:

"Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von VORN anzufangen." (Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland", 1852; MEW Band 8, S. 5)

G, 28.10.91

(aus: GDS - Informationen 11/91, S. 21 ff.)

Zur GDS-Nr. 54 vom April 1991

Zur Analyse der Kommunistischen Internationale (Teil II): Die aktuelle Bedeutung der Richtlinien des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale Zur nationalen und kolonialen Frage

- Gemeinsame Stellungnahme der »Roten Fahne« der MLPÖ, des
»Westberliner Kommunist« und »Gegen die Strömung« -

Kritik eines Genossen aus Österreich

Im großen und ganzen eine sehr interessante und empfehlenswerte Arbeit die den revolutionären Kampf sehr nützlich sein wird. Diese Arbeit beinhaltet aber m.M.n. einige Schwächen und falschen Stellen, bzw. Stellen die mir Unklar sind und die ich gerne diskutieren möchte.

- Lenin betont im Punkt 3., "Ursprüngliche Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage" daß die "Westlichen Demokratien" "noch brutalere und niederträchtigere Vergewaltigungen der schwachen Nationen" begehen können als der Brest-Litowsk Vertrag es war, also als eine nationale Vergewaltigung die durch ein Regime der "Junker und des Kaisers" begangen wurde. Bei euren Erläuterungen dazu S.13 fällt diese Betonung weg: "Die ach so "bürgerlich-demokratischen" Staaten schlossen Verträge wie den von Brest-Litowsk, in dem Rußland große Gebiete geraubt wurden, wie den Versailler Vertrag"(...). Es interessiert mich zu wissen aus welchem Grund ihr diese Betonung so behandelt (Berücksichtigung der Nazi-Demagogie und dergleichen in Österreich über den Versailler Vertrag?).

- Falsch finde ich den Satz S.15: "Überall wo die Ausbeutung herrscht, sind die Unterdrückung und Entrechtung nationaler Minderheiten, der Juden, der Sinti und Roma, die Entrechtung ausländischer Werktätiger, die Diskriminierung durch Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus alltägliche Realität." Erstens gibt es nicht "Überall wo die Ausbeutung herrscht" "Juden, Sinti und Roma", und wo sie sich nicht befinden werden sie auch nicht unbedingt unterdrückt und entrechtet. Ich weiß daß es zB. Antisemitismus sozusagen "ohne Juden" auch gibt, aber so etwas pauschal als eine für allen Ländern geltende Erscheinung zu verallgemeinern finde ich nicht richtig. Gibt es zB. eine Unterdrückung und Entrechtung der Sinti und Roma in, Namibia oder Madagaskar? Zweitens ist im Satz unklar ob ihr die Juden und Jüdinnen, Sinti und Roma als nationale Minderheiten betrachtet. So bilden Sinti und Roma überall wo sie sich befinden m.M.n. nationale Minderheiten. Bei den Juden und Jüdinnen verhält es sich aber anders, auch abgesehen von den Fällen von Juden und Jüdinnen die nur eine

religiöse Minderheit bilden. So gibt es zB. in Polen eindeutig eine jüdische nationale Minderheit, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Israel bildet die jüdische Bevölkerung die Mehrheit (was diese Frage betrifft, spielen die nationalen Unterschiede zB. zwischen Aschkenasen, Sepharaden und Falaschas keine Rolle). Drittens kann keine Rede davon sein daß in Israel "Diskriminierung" durch "Antisemitismus alltägliche Realität" sei. Ich hätte den Satz also so geschrieben daß was verallgemeinert werden kann es auch wird, während in den oben angesprochenen Fällen Beispiele erwähnt werden, die den Kern des Satzes unterstreichen.

- Beim Punkt "c) Die Notwendigkeit des Kampfes gegen mittelalterliche Kräfte und Strömungen"(S.24/25) hätte ich es besser gefunden die "Aufgaben, um das Mißtrauen infolge der jahrhundertelangen nationalen Unterdrückung überwinden zu können" mehr zu berücksichtigen. So wäre es von Organisationen aus Europa taktvoller gewesen nicht nur das Beispiel der reaktionären islamische Geistlichkeit anzuführen, sondern auch ein ähnliches Beispiel aus einer "dem europäischen Kulturkreis" stammenden reaktionären Geistlichkeit ausdrücklich zu erwähnen (katholische Kirche jetzt in Kroatien oder unter Marcos auf den Philippinen usw.)

-S.28 ist mir ein Beispiel aufgefallen, das vielleicht helfen kann besser zu zeigen was eine bestimmte "Schreibweise" für verheerende Folgen in der Praxis haben kann. Es geht um Länder in denen feudale oder patriarchalische und patriarchalisch-bäuerliche Verhältnisse herrschen. Ihr schreibt: "Auch in der "Peripherie" sind nationale Bewegungen keineswegs "grundsätzlich" revolutionär und antiimperialistisch, sondern nur wenn sie wirklich den Imperialismus bekämpfen, wenn sie wirklich Raum bieten für die Bewußtmachung und Organisation der Arbeiter und Bauern." Im Gegensatz zu Euch schreibt Lenin dazu richtigerweise daß es darum geht "die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geist" erziehen und organisieren zu können (LW 31, S.23-bei euch S.27). Diesmal vergißt er also nicht "die andere Hälfte des Himmels", die Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu erwähnen. Mit eurer "Schreibweise" habt ihr ihm da keinen guten Dienst geleistet, den Arbeiterinnen und Bäuerinnen (besonders aus solchen Ländern wie der Iran, Irak, Indien oder Mexiko, wo die patriarchalische Unterdrückung besonders krass ist) auch nicht. Der Fakt daß sich auch Lenin einer solchen "Schreibweise" öfters bedient (so im gleichen Zitat: "wir als Kommunisten" oder auch bei euch S.27: "die Hauptmasse der Bevölkerung in den zurückgebliebenen Ländern besteht aus Bauern") rechtfertigt weder, daß diese "Schreibweise" bei uns Gang und Gäbe bleibt noch, daß wir Lenin (z.B.) den schlechten Dienst erweisen, sie bei ihm nicht zu kritisieren. Das zeigen am besten diese Lenin Zitate selbst, weil es dabei um eine Änderung im besseren an einen seiner Entwürfe geht.

Auf jeden Fall eine tolle Leistung!
Mit solidarischen Grüßen.

Pri

Antwort auf die Kritik an der gemeinsamen Stellungnahme "Zur Analyse der KI (Teil II)"

Vorweg sei gesagt, zudem da es sich ja um eine Nummer von allen drei Redaktionen handelt, daß ich dir im folgenden lediglich meine Einschätzung mitteilen kann.

- Zur Unterscheidung des Versailler Vertrages vom Vertrag von Brest-Litowsk:

Die von dir angesprochene Differenzierung in der Einschätzung der beiden Verträge, die Lenin in seinem Thesen-Entwurf vornimmt, wurde in der Kommentierung nicht herausgestellt, weil dies heute von untergeordneter Bedeutung ist. Entscheidend ist all diesen "Vertragswerken" der Imperialisten, daß die bürgerlich-demokratischen Phrasen von Völkerverständigung und nationaler Gleichberechtigung durch die Tatsachen der vertraglichen Festschreibung der Ausplünderung und Knechtung zu entlarven sind. Demgegenüber ist es heute nebensächlich, daß der vom deutschen Imperialismus Sowjetrußland aufgezwungene Vertrag von Brest-Litowsk unter einer kaiserlichen Regierung zustande kam, ebenso daß aufgrund der besonderen historischen Umstände der Versailler Vertrag noch brutalere und niederträchtigere Vergewaltigungen der schwachen Nationen darstellte als der Vertrag von Brest-Litowsk. Letzteres heute herauszustellen, könnte eher noch in eine ganz falsche Richtung gehen, nämlich den west/deutschen Imperialismus als weniger brutal und niederträchtig auszugeben, was er ja gar nicht war, bzw. gar nicht ist.

- Zur Frage der Unterdrückung und Entrechtung nationaler Minderheiten (als Beispiele Juden, Sinti und Roma):

Die Juden und Sinti und Roma werden hier selbstverständlich als Beispiele angeführt, wie du ja auch selbst sagst. Wie das mit Beispielen eben so ist, kann man diese nicht auf alle nur erdenklichen Fälle anwenden. Insofern hast du recht. Dies ist ja auch bekanntlich gar nicht Sinn und Zweck von Beispielen. Aber die Auswahl dieser Beispiele ist für uns heute, ideologisch und politisch von ganz zentraler Bedeutung und ist deshalb richtig und gerechtfertigt. Ohne nun der Arbeiterklasse in Madagaskar gegenüber überheblich sein zu wollen, ist und bleibt unser zentrales Anliegen, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in unseren Arbeitsbereichen anzusprechen, also werden Beispiele eben auch dementsprechend ausgewählt.

- zur Frage der Geistlichkeit und der sonstigen reaktionären mittelalterlichen Elemente

Es ist sicherlich richtig, daß die Kommunisten alle diese reaktionär-geistlichen Strömungen bekämpfen müssen. Unser Beispiel ergibt sich aus der damaligen Polemik Lenins. Die Frage insgesamt haben wir nicht behandelt, wollten wir auch gar nicht behandeln. Die Frage der Analyse etwa der christlich-reaktionären Strömungen heute ist aber in der Tat eine wichtige Aufgabe.

- Mit deinem Hinweis, daß wir leider noch viel zu oft die männliche Form (Arbeiter) als Synonym für Arbeiter und Arbeiterinnen verwenden, hast du recht. Hier heißt es wirklich Formen des Ausdruck zu finden, die die "eine Hälfte des Himmels" nicht vergißt.

- Auf jeden Fall vielen Dank für deine Zuschrift, auch wenn ich deinen meisten Kritiken und Einschätzungen nicht zustimme.

G, 28.10.91



Zur GDS-Nr. 56 vom September 1991

Die Verbrechen des west/deutschen Imperialismus am kurdischen Volk müssen aufgedeckt und bekämpft werden!

Kritik von Genossinnen und Genossen von "Spartakus"

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich möchte euch meine Kritiken an GDS-Publikationen mitteilen:

Kritik an "Die Verbrechen des west/deutschen Imperialismus am kurdischen Volk müssen aufgedeckt und bekämpft werden!" (GDS-Nr. 56)

Ihr behandelt das Kurden-Problem und sagt:

"Dieses Dilemma erleichtert die Manöver der Imperialisten und der von ihnen abhängigen Kompradorenregimes, die seit langem versuchen, den gerechten Kampf des auf fünf Staaten verteilten und des Rechtes auf eigene staatliche Existenz beraubten kurdischen Volkes auszunutzen, ..." (GDS-Nr. 56, S. 8; bzw. April-Flugblatt, S. 1, 2. Spalte; Hervorhebung von mir)

Meine Kritik lautet, wenn man über das Selbstbestimmungsrecht spricht, dann sollte man nicht vom Recht des kurdischen Volkes, sondern vom Recht der kurdischen Nation sprechen. Denn wie auch in der Polemik mit Bolsevik Partizan herausgestellt wurde (und wie in der Vergangenheit Ibrahim Kaypakkaya gegen den Aydinlik-Revisionismus hervorgehoben hat), ist das Recht des Volkes und das Recht der Nation nicht identisch.

...

Dez. 1991, Gen. von Spartakus

Antwort auf die Kritik

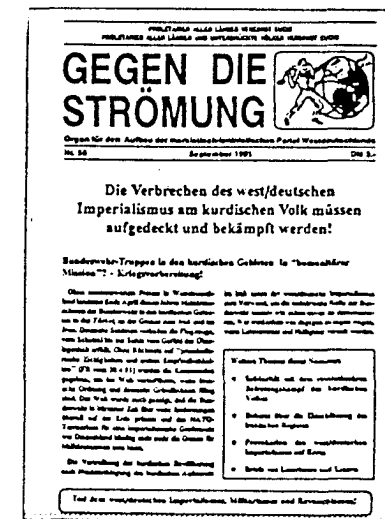
Herzlichen Dank für Eure Kritiken.

...

Mit dieser Kritik sind wir nicht einverstanden, bzw. würden Dich bitten, Deine Kritik zu konkretisieren. Bei Lenin und Stalin ist vom Selbstbestimmungsrecht der Völker die Rede, vom Recht auf staatliche Losrennung. Der Begriff des "Volkes" umfaßt bei Lenin und Stalin in diesen Zusammenhängen auch die Bourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte.

Mir revolutionären Grüßen

Ts.



Zur GDS-Nr. 57 vom Oktober 1991

Pogrome!

Eine berechtigte Kritik von Genossinnen und Genossen von "Spartakus"

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte euch meine Kritiken an GDS-Publikationen mitteilen:

...

Kritik an "Pogrome"
(GDS-Nr. 57)

Hier wird mehrmals der Begriff "in der Bundesrepublik" (GDS-Nr. 57, S. 1, S.2, S.7) verwendet.

Soweit ich die Linie und die Publikationen von GDS kenne, wurde bisher dieser Begriff nicht verwendet.

Ob man von West-/deutschland ausgeht, oder ob man die im großen Umfang vorangetriebene Einverleibung der DDR im großen und ganzen für "erledigt" ansieht, finde ich die Verwendung dieses Begriffes für falsch.

Dez. 1991, Gen. von Spartakus

Antwort auf die Kritik

Herzlichen Dank für Eure Kritiken. Gleich zum problematischeren Punkt:

1) Bundesrepublik?

In der Tat geht bei uns die Diktion seit einiger Zeit in mehrfacher Hinsicht durcheinander: Die Situation ist ja auch nicht sehr klar: Wir gehen davon aus, daß zwar eine staatliche Einheit "Bundesrepublik Deutschland" inzwischen im Prozeß der Installierung begriffen ist, andererseits aber "das letzte Wort noch nicht gesprochen" ist. Insofern trifft die Kritik schon einen wunden Punkt, zumal in den angesprochenen Stellen mal von den letzten Jahren Bundesrepublik die Rede ist, mal von der aktuellen Situation.

Wir werden in nächster Zeit auf die von Dir angesprochenen Probleme noch einmal eingehen und zunächst in unseren Publikationen solche Unklarheiten vermeiden.

...

Mir revolutionären Grüßen

Ts.

Kritik eines Genossen

Vorbemerkung zu meiner Kritik an der Nr. 57

Auf einige problematische, ja falsche Positionen meiner Kritik soll hier verwiesen werden.

1) Im letzten Absatz, S.1 heißt es, daß die Nazis mit dem antisemitischen Pogrom, die Wut der deutschen Werktätigen über die schlechten Lebensbedingungen in Nazi-Deutschland 1938 auf die jüdische Bevölkerung ablenken wollten. Es stellt sich die Frage, ob es eine solche Wut zu diesem Zeitpunkt überhaupt gab. Auf jeden Fall bestand die wichtigste Absicht der Nazis mit dem Pogrom von 1938 darin, die Werktätigen mit Antisemitismus zu verseuchen, um den Nazi-Raubkrieg vorzubereiten. Das wird in meiner Kritik überhaupt nicht erwähnt.

2) Auf S.2, 2.Absatz steht, daß Teile der deutschen Bevölkerung am Niedrbrennen der jüdischen Synagogen beteiligt waren. Das ist übertrieben. 1938 ist es doch so gewesen, daß hauptsächlich SA oder auch SS und Polizei die Pogrome durchführten. Viele aus der Bevölkerung schauten ohne Einzugreifen zu, Widerstand wurde kaum geleistet.

3) Welche Rolle die Aussicht auf "Sozialwohnungen" beim Pogrom in Hoyerswerda spielte ist mir unklar (S.3, 2.Absatz). Viel wichtiger war jedoch die Schürung von Chauvinismus durch den west/deutschen Imperialismus. Weil sie mit Chauvinismus verseucht sind klatschten Hunderte Beifall, deswegen unterstützten Teile der Beifallklatscher die Nazis während dem Pogrom auch ganz direkt. Meine Kritik erwähnt zwar rassistische Hetze als "wesentliches Mittel", um den Pogrom in Hoyerswerda zu schüren, aber nicht von wem sie hauptsächlich ausging. Sie nimmt damit den west/deutschen Imperialismus aus der Schußlinie.

4) Problematisch ist es auch, daß die ganzen Informationen über den Pogrom von 1938 nur aus einem bürgerlichen Buch entnommen wurden. Bei so einem Vorgehen ist es fast unvermeidlich, daß falsche Informationen übernommen werden.

bx

Zu den Unterschieden und den Gemeinsamkeiten zwischen dem Pogrom in Hoyerswerda 1991 und dem Pogrom in Nazideutschland 1938

-Kritik an der GDS Nummer 57-

Auf S. 4 der GDS- Nummer 57 steht folgendes:

"In dieser Atmosphäre...begannen die systematischen, an die Pogrome der Nazizeit erinnernden Ereignisse in Hoyerswerda."

Diese Charakterisierung, ohne klarzustellen in welcher Hinsicht die Ereignisse in Hoyerswerda an Pogrome der Nazizeit erinnern, finde ich mehr als problematisch.

Zuerst will ich folgendes vorausschicken: Ich finde es richtig die Ereignisse in Hoyerswerda vom September 1991 als Pogrome oder als Ereignisse, die an Pogrome erinnern zu bezeichnen. Alles andere wäre eine Verharmlosung und würde den reaktionären Kräften in die Hände spielen, die diese Ereignisse gar als verständliche Reaktion auf die "Asylantenflut" rechtfertigen.

Die Ereignisse in Hoyerswerda erinnern auch tatsächlich an Pogrome zur Zeit des Nazifaschismus, z.B. an den Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland von 1938. Das ist nicht falsch.

Aber es ist m.M.n. entscheidend die Unterschiede des Pogroms von 1938 während der Nazizeit und den Ereignissen in Hoyerswerda herauszuarbeiten. Wird der Vergleich ohne diese Herausarbeitung gezogen, dann wird jenen reaktionären Kräften nichts entgegengesetzt, die auch innerhalb der Bewegung gegen die Naziangriffe im Herbst 1991 durchaus vorhanden waren, die eine Gleichsetzung der Ereignisse in Hoyerswerda mit den Pogromen von 1938 in Deutschland propagieren oder zumindest andeuten. Wenn man schon solche Vergleiche zieht ist es notwendig Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, um der Verharmlosung der Nazizeit den Kampf anzusagen und nicht Formulierungen zu benutzen, die Spekulationen in Richtung dieser Verharmlosung möglich machen.

Ich will aber nicht nur rummäkeln, sondern auch mal versuchen die wesentlichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Ereignissen in Hoyerswerda und den Pogromen in Deutschland 1938 herauszuarbeiten.

1938 war der Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland gerichtet. Sie waren die hauptsächlichlichen Sündenböcke für die Nazis, auf die die Wut über die schlechten Lebensbedingungen der Werktätigen etc. durch Schürung von Antisemitismus, - organisiert durch den Nazistaat - gelenkt werden sollte. Auf die "Arisierung" ihres Eigentums hatten es die Nazis 1938 abgesehen, weil es damals in Deutschland Zehntausende auch wohlhabende Juden gab, mit deren Eigentum sich nicht nur die Nazi-Führer bereichern konnten, sondern auch die Nazibewegung insgesamt materiell korrumpiert werden konnte, sowie auch ein Teil der deutschen Bevölkerung, die noch nicht Nazis oder deren Sympathisanten waren. Sie sollten aufgrund dessen, daß sie in Aussicht gestellt bekamen auch ihren Teil vom "arisierten Eigentum" abzubekommen, enger an die Nazibewegung gekettet werden. Außerdem wurde Teilen der deutschen Bevölkerung durch die "Arisierung" jüdischen Eigentums und der damit verbundenen Verhaftung jüdischer Bevölkerung die Möglichkeit eröffnet einerseits "nachzurücken", z.B. auf eine führende Position im Staatsapparat, im Betrieb etc. andererseits wurde dem deutschen Bäcker oder Kleinhändler die Beseitigung von Konkurrenten in Aussicht gestellt: die jüdischen Kleinbetriebe und Händler. Diese beiden Aspekte setzten die Nazis beim Pogrom 1938 ganz geschickt ein, um auch darüber weitere Teile, besonders des Kleinbürgertums fester an sich zu binden.

Das Ausmaß des Pogroms von 1938 war viel größer als das Pogrom in Hoyerswerda. Es wurden in Deutschland in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 über 100 Juden und Jüdinnen von den Nazis und aufgehetzter deutscher Bevölkerung ermordet, 7500 jüdische Geschäfte und Läden zerstört, geplündert und niedergebrannt. 30 000 ausgesuchte, wohlhabende Juden wurden von SA und Polizei gezielt verhaftet und ins KZ verschleppt, deren Eigentum "arisiert". Viele wurden in den KZ's von der SS sofort ermordet, fast alle anderen wurden, später in den Vernichtungslagern der Nazis durch Giftgas getötet. Die 400 in Deutschland bis 1938 noch nicht zerstörten jüdischen Synagogen wurden unter den Augen der Nazi-Polizei und Feuerwehr - zumeist angezündet durch SA -, unter Beifall und Beteiligung von Teilen der deutschen Bevölkerung niedergebrannt.

(Nach: Der Judenpogrom 1938, Fischer Verlag, 1988)

Das Signal zum Pogrom gab Goebbels, der am 9. November abends vor Funktionären der SA und der Nazi-Partei eine antisemitische Rede hielt und den Tod eines Nazi-Diplomaten in Paris – angeblich von einem polnischen Juden; Herszel Grynszpan, getötet, um auf die Situation der jüdischen Bevölkerung in Nazi-Deutschland aufmerksam zu machen – zum Anlaß und Vorwand nahm, "Vergeltung und Rache" für den Tod des Nazi an den Juden in Deutschland zu propagieren. Im Anschluß an diese Rede schwärmte in ganz Deutschland SA und Funktionäre der Nazi-Partei aus und begannen ein Morden, Brandschatzen, Flündern und Rauben unter Beteiligung deutscher Bevölkerung. Der ganze Pogrom war von seiner Entstehung, über die Ausführung gesteuert und durchgeführt unter entscheidender Beteiligung des Nazistaatsapparates.

Anderes in Hoyerswerda. Klar ist, daß das Ausmaß dieses Pogroms wesentlich geringer war, als 1938. Klar ist auch das es 1991 nicht gegen jüdische Bevölkerung ging, sondern gegen den heutigen "Hauptsündenbock", den Flüchtlingen aus anderen Ländern. Schwierig wird es bei der Einschätzung inwieweit der Staatsapparat direkt das Pogrom initiiert und mit ausgeführt hat. Indirekt durch Nicht-eingreifen der Polizei, durch vorausgegangene Hetze in den Medien des west/deutschen Imperialismus etc. ist die Beteiligung des westdeutschen Staatsapparates ganz klar.

Es ist bekannt, daß der westdeutsche Geheimdienst seine Agenten in der Nazibewegung hat, darüber und über direkten Kontakt zu den Naziführern versucht die Bewegung zu steuern. Inwieweit diese "Kontakte" der westdeutschen Geheimdienste ausschlaggebend waren für die Entstehung des Pogroms ist unklar. Klar ist, daß die Durchführung des Pogroms – wenn überhaupt – nicht offen wie 1938 – durch den Staatsapparat lief, sondern verdeckt. Es war keinesfalls so, daß hauptsächlich durch direkte Beteiligung des westdeutschen Staatsapparates der Pogrom in Hoyerswerda durchgeführt wurde, wie in Deutschland 1938. Das ist ein weiterer wesentlicher Unterschied. Der west/deutsche Imperialismus läßt sich heute zwar ebenso wie 1938 der deutsche Imperialismus die Drecksarbeit von seinen Nazis machen, aber diese sind eben heute nicht an der politischen Macht, Teil des westdeutschen Staatsapparates.

Die Beteiligung deutscher Bevölkerung an dem Pogrom in Hoyerswerda war offensichtlich. Diese Beteiligung lief nicht nur deshalb, weil die Teile der Bevölkerung, die den Nazis Beifall klatschten oder ihnen direkt halfen, chauvinistisch und rassistisch verseucht sind, sondern zu einem Teil auch, weil sie an der Vertreibung der Flüchtlinge aus Hoyerswerda direkt materiell interessiert waren. Denn sie konnten sich ausrechnen, daß durch die Vertreibung der Flüchtlinge die Wohnungen, in denen diese wohnten, zu "Sozialwohnungen" für die deutsche Bevölkerung gemacht werden würden. Die Aussicht auf materiellen Gewinn war beim Pogrom 1938, wie auch in Hoyerswerda ein wesentliches Mittel – neben der rassistischen bzw. antisemitischen Hetze – Teile der Bevölkerung am Pogrom zu "interessieren", sie gegen die jüdische Bevölkerung bzw. die Flüchtlinge aus anderen Ländern aufzuhetzen.

bx

Zur Kritik an der GDS Nr. 57

1.) UNGEBROCHENE TRADITION

A) Meine Hauptkritik richtet sich gegen die Herausstellung der Aufgabe: "es ist m.M.n. e n t s c h e i d e n d die U n t e r s c h i e d e ... herauszuarbeiten." Es geht darum "der Verharmlosung der Nazi-Zeit den Kampf anzusagen".

Entscheidend ist es bei diesem Thema erstmal den historischen Zusammenhang aufzuzeigen, die ungebrochene Tradition mit dem Nazifaschismus in Westdeutschland heute. Es kann nicht stark genug betont werden, daß die Propagandisten des Rassismus und Chauvinismus in Westdeutschland zurückgreifen auf die Ideologie, aber auch auf die gewaltigen Erfahrungen des Nazifaschismus in der erfolgreichen Verseuchung großer Teile der deutschen Bevölkerung einschließlich der Arbeiterklasse.

In der Nr. 57 wurde unter der Überschrift "Das imperialistische Weltssystem ist die Ursache der modernen Völkerwanderung" zu recht, mit Blick auf die aktuelle Situation, herausgestellt:

"Deutscher Chauvinismus und Rassismus, die ungebrochene Tradition des Nazifaschismus tragen ihre giftigen Früchte!" (S.9)

Und weiter konkret angeprangert: "Offene rassistische Hetze, direktes Anknüpfen an die Nazi-Propaganda gegen 'die Zigeuner', die zur Vernichtung von 500.000 Sinti und Roma führte, manifestieren sich auf den Straßen". (S. 20)

Ideologisch geht es aktuell doch in erster Linie gegen die Verharmlosung des Rassismus und deutschen Chauvinismus heute, wozu es unerlässlich sein wird, die Verbindung vom Rassismus/Chauvinismus des Nazifaschismus zum Rassismus/Chauvinismus heute herzustellen.

B) bx ist zuzustimmen, daß die Unterschiede zwischen den November-Pogrom 1938 und dem Pogrom in Hoyerswerda nicht negiert werden dürfen. Konkret dies wurde in den Artikeln der Nr. 57 auch nicht gemacht. Allerdings stellen sich die Artikel in der Nr. auch nicht die Aufgabe, wie z.B. das WBK Flugblatt von November 1992 ("Pogrom 1938 und 1992: Solidarität mit den Opfern!") hier eine Analyse vorzunehmen.

Und natürlich muß eine Verharmlosung des Nazifaschismus bekämpft werden. Jedoch sehe ich aktuell nicht, (und bx nennt sie auch nicht konkret) von welcher Seite in der öffentlichen Debatte um die Einschätzung der Pogrome, auf "die Verharmlosung der Nazizeit" abgezielt wird, in den Vordergrund gerückt wird. Es ist doch eher so, daß mit dem Argument: 1938 darf nicht mit heute verglichen werden, die Situation heute verharmlost, bagatellisiert werden soll. In dem gleichnamigen Flugblatt und in der Nr. 57 wurde daher an die deutsche Geschichte erinnert und dieser Bezug durch die Überschrift des Flugblatts bzw. der Nr. bewußt betont: POGROME!

Mit der Entwicklung der Ereignisse nach Hoyerswerda hat sich die einschätzung in der GDS-Nr. auf furchtbare Weise sehr rasch bewahrheitet.

2.) Kritische Anmerkungen zu dem Material aus bürgerlichen Quellen

Bei der Übernahme von scheinbaren Fakten aus bürgerlichen Quellen stellt sich die Frage, ob hier nicht auch die antisemitische Propaganda der Nazis von den Bürgerlichen oftmals als Tatsache genommen wurde - wie z.B., wenn behauptet wird die Nazis hätten "30.000 ausgesuchte wohlhabende Juden" verhaftet.

a) Bewußt sollte sein, daß der Großteil der jüdischen Bevölkerung im damaligen Deutschland Deutsche waren. Wenn es um die materielle Korruption durch die Nazi-Politik geht, handelt es sich also um die Korruption von Teilen der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung. (Vgl. S. 1 der Kritik, letzter Absatz)

b) Inwieweit es im November 1938 bei den Mitteln der Korruption noch ernsthaft um die Hoffnung auf ein "nachrücken ... z.B. auf eine führende Position im Staatsapparat" gehen konnte, ist kaum vorstellbar. Die "Nürnberger Rassengesetze" von 1935 hatten hier längst für eine "arische Beamtenschaft" gesorgt, soweit dies aus der Sicht der Nazis 1935 überhaupt noch nötig war.

c) Inwieweit das November-Pogrom von 1938 von den Nazis ganz offen als Staatsaktion erkennbar organisiert war, darüber bleibt bx den Nachweis schuldig. Ohne jetzt Dokumente zur Hand zu haben, meine ich, daß das Pogrom von den Nazis als "Volkeswille" dargestellt wurde und eben nicht so offen als staatlich organisiertes Pogrom erkennbar gemacht wurde.

3.) Anmerken will ich zum Schluß noch, auch wenn es in Hoyerswerda "nicht gegen die jüdische Bevölkerung ging", wie die Kritik richtig feststellt, so sollte daraus nicht die falsche Schlussfolgerung gezogen werden, daß sich der rassistisch-chauvinistische Terror nicht auch gegen die jüdischen Überlebenden des Nazifaschismus, die Überlebenden der Sinti und Roma und ihrer Angehörigen richtet. Die Entwicklung nach Hoyerswerda hat uns dies noch einmal drastisch vor Augen geführt ...

D.

Zur GDS-Nr. 58 vom Dezember 1991

Die Entwicklung der SED - ein Teil der »deutschen Misere«

Kritik eines Genossen

DIE POLITISCHE KRITIK, DAS AUFWERFEN DES PUNKTES "ODER-NEIßE-GRENZE IN DEM AUFRUF VOM 11.6.1945". IST EINDEUTIG FALSCH.

Es geht um den Absatz in der GDS-Nr. 58, S. 12:

"Angeschnitten wurde auch die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Mag man sich darüber noch streiten, ob das Fehlen einer eindeutigen Aussage im "Aufruf" kritisiert werden kann. Jedoch ein Zufall scheint das nicht gewesen zu sein..."

Die falsche und fehlerhafte Haltung der KPD/SED zu der Oder-Neiße-Grenze (u.a. Neuer Weg Nr. 3/4 1947 !) muß kritisiert werden. A B E R der KPD-Aufruf vom 11.6.45 als ANKNÜPFUNGSPUNKT für eine solche Kritik (das Fehlen einer eindeutigen Aussage im Aufruf - kein Zufall) ist mehr als unbrauchbar.

Erst fast zwei Monate nach dem KPD-Aufruf vom 6. Juni 1945 wurde auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli - 2. August 1945) die Oder-Neiße-Grenze festgelegt. Die Delegation der UdSSR hat einen ersten konkreten (!) Vorschlag zur Westgrenze Polens wohl am 20.7. 1945 gemacht (siehe "Die Potsdamer (Berliner) Konferenz 1945". S. 275f).

Auf der Krimkonferenz wurde wohl die Ostgrenze Polens festgelegt - die Westgrenze Polens wurde erst nach dem KPD-Aufruf festgelegt.

In den 1986 auf deutsch herausgegebenen Konferenzdokumenten der Sowjetunion wird die Auffassung von Stalin so wiedergegeben:

"In den Beschlüssen der Krimkonferenz hieß es, daß die drei Regierungschefs übereingekommen sind, daß die Ostgrenze Polens entlang der Curzonlinie verlaufe, womit also die Ostgrenze Polens auf der Konferenz festgelegt wurde. Was die Westgrenze betrifft, so hieß es in den Beschlüssen der Konferenz, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß. Es hieß dort weiter: Sie, daß heißt die drei Regierungen, sind der Ansicht, daß die Meinung der neuen polnischen Regierung der nationalen Einheit über den Umfang dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zu vertagen ist." (Ebd. S. 99)

Gegen den beträchtlichen Widerstand der westlichen Alliierten wurde dann gemeinsam die Oder-Neiße-Grenze (zeitlich gesehen, nach dem KPD-Aufruf) festgelegt. So gesehen ist das Fehlern der Oder-Neiße-Grenze im KPD-Aufruf nun wirklich kein Zufall - hier beim Aufruf hat es eindeutig OBJEKTIVE Gründe. Sie wurde erst später im Potsdamer Abkommen festgelegt.

Als Anknüpfungspunkt für die Kritik an der falschen Haltung der KPD(SED zur Oder-Neiße-Grenze ist der KPD-Aufruf nicht brauchbar - zeugt von noch unzureichenden Kenntnissen der historischen Zusammenhänge und ungenauen Arbeiten.

Die Stellungnahmen der KPD und SED in Bezug auch auf die Oder-Neiße-Grenze sollten genauerem durchgesehen werden und fundierter kritisiert werden. (In einer späteren Nummer zur SED sollte überlegt werden, ob ein Kästchen zur MLPD und Oder-Neiße-Grenze kurz hereingenommen wird - im wesentlichen siehe GDS-Nr. 50, S. 27, mit Kurzkomentar: Deutschnationaler stützen sich auch heute noch gerade auf falsche Positionen in der KPD/SED!)

Im GDS-INFO Nr. 2/3-91, S. 5 f ist im Überblickartigen Bericht eine solche Diskussion (Über das Fehlen einer eindeutigen Aussage im Aufruf zur Oder-Neiße-Grenze) NICHT erwähnt.

Der notwendige und berechtigte Punkt der Kritik an der SED/KPD (in Bezug auf die Haltung zur Oder-Neiße-Grenze) wurde unzulässigerweise am falschen Anknüpfungspunkt (KPD-Aufruf) aufgehängt.

W. 19.12.91

Antwort auf die Kritik an der Nr.58 (Auszug)

Mit der Stoßrichtung Deiner inhaltlichen Kritik im Allgemeinen, wie auch der Ausführung im Konkreten bin ich nicht einverstanden:

Unabhängig von den konkreten Beschlüssen der Potsdamer Konferenz hätte eine Verpflichtung der KPD bestanden auf eine neue Festlegung der Westgrenze Polens hinzuweisen. Darüberhinaus gab es schon auf der "Krimkonferenz" im Februar 1945 den sowjetischen Vorschlag zur "Oder Neiße-Grenze":

"2. Erachtet wird, daß die Westgrenze Polens von der Stadt Stettin (für die Polen) weiter nach Süden entlang der Oder und weiter entlang der Neiße (der westlichen) verlaufen soll."
(Konferenzdokumente der SU. Die Krimkonferenz 1945. Pahl Rugenstein, S.109).

Das von Dir gebrachte Zitat scheint auf den ersten Augenschein im Widerspruch dazu zu stehen, aber diese auf Stalin zurückgehende Stelle der Potsdamer Konferenz befaßt sich m.E. mehr mit der Befragung der polnischen Regierung bzw. ist es Ausdruck dessen, daß die sowjetische Delegation schon auf der Krimkonferenz für die Oder-Neiße-Grenze war, diese aber erst in Potsdam durchgesetzt werden konnte. Auf jeden Fall mußte der KPD der Vorschlag auf der Krim-Konferenz ein Begriff gewesen sein.

Also: Der Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 erschien etwa 4 Monate nach der Krimkonferenz, auf der m.E. erstmals die sowjetische Delegation ausdrücklich die "Oder-Neiße-Grenze" forderte

Deshalb sollte die noch vorsichtige Formulierung in GDS Nr.58 eindeutiger in unseren zukünftigen Ausführungen als Kritik formuliert werden!

...

mm.

Zu "Über die Schulung der marxistisch-leninistischen Theorie" in GDS-Nr. 9

Kritik eines Genossen

Warum ML-Schulung ?

Das Studium des Marxismus-Leninismus soll den Teilnehmern in erster Linie die Möglichkeit eröffnen, für sich selbst die Frage zu beantworten, ob der Marxismus-Leninismus eine Wissenschaft ist, die auch heute noch seine Gültigkeit besitzt und ob er geeignet ist, den unterdrückten Völkern den Weg ihrer Befreiung aufzuzeigen. Diese Ausgangsfrage muß meiner Meinung nach der Kernpunkt der ML-Schulung sein. Keinesfalls darf die Schulung nach dem Konzept aufgebaut sein, fertige Lehrgebäude zu vermitteln. Es geht vielmehr darum, durch gnadenloses Hinterfragen, durch eine ständige Kritik den ML entweder für sich selbst aufzunehmen oder ihn zu verwerfen. Es genügt bei der Schulung nicht, vorauszusetzen, daß der Teilnehmer Kommunist bzw. Marxist-Leninist ist, daß es nun darauf ankommt, möglichst viele Zitate auswendig zu lernen oder die Hauptaussagen des ML zu den verschiedensten Fragen herunterspulen zu können, vielmehr muß der Teilnehmer - wenn überhaupt - erst durch die Schulung zum Kommunisten bzw. Marxisten-Leninisten werden.

Zum Aufbau der Schulung

Für den Aufbau der Schulung ergibt sich damit, möglichst sowenig als irgend möglich vorauszusetzen. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die Teilnehmer - wenn auch ungewollt - Vorgegebenes einfach aufnehmen, ohne es zu reflektieren. Und damit würde sich auch schon meine Kritik an Eurem bisherigen Schulungskonzept anschließen, wie Ihr es in GDS Nr.9 (S.49 - 53) erläutert. Ihr argumentiert, mit dem Studium des Leninismus als "dem weiterentwickelten Marxismus" zu beginnen. Warum setzt Ihr voraus, daß Leninismus weiterentwickelter Marxismus ist ? Wieso gelangt Ihr nicht erst durch die Schulung zu dieser Erkenntnis ? Damit ist doch der Grundfehler gegeben, eine im voraus entwickelte These (mehr kann es ja zu Beginn nicht sein) im Verlauf der Schulung unbedingt als richtig beweisen zu müssen, was die Gefahr vergrößert, sie ohne Hinterfragen aufzunehmen. Dabei geht es mir nicht um die oben genannte These vom Leninismus als weiterentwickeltem Marxismus, sie dient nur als Beispiel für die Kritik an eurer Herangehensweise. Daraus folgt die Konsequenz, Thesen nicht einfach in den Raum zu stellen, sondern zu ihnen als Ergebnis gemeinschaftlichen Studiums zu gelangen. Ausgangspunkt sollten bei der Schulung die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin sein. Allerdings habe ich Zweifel, ob es sinnvoll ist, bestimmte Elemente des ML -Ihr nennt die Theorie der Proletarischen Revolution- beim Studium zu "bevorzugen" (vergleiche GDS Nr. 9, S. 49 - 53). Erstens widerspricht eine Bevorzugung bestimmter Elemente des ML meiner Meinung nach seinem Wesen als in sich geschlossener Weltanschauung. Grundsätzlicher jedoch ist mein Einwand, daß, wenn mit der Theorie der Proletarischen Revolution beim Studium begonnen wird, die Konsequenz vor die Analyse der kapitalistischen bzw. imperialistischen Gesellschaft gestellt wird. Es ist natürlich unzweifelhaft, daß die Theorie der Proletarischen Revolution Dreh- und Angelpunkt des ML ist, aber sie ist eben auch die Konsequenz aus der marxistisch-leninistischen Analyse der kapitalistischen bzw. imperialistischen

Gesellschaft. Daraus folgt natürlich nicht, mit den Schriften von Hegel zu beginnen, wohl aber, sich zunächst mit der Analyse der bestehenden Gesellschaft durch den ML zu befassen, sich klar zu werden, warum die Proletarische Revolution notwendig und konsequent ist, ehe man sich mit ihrer "Durchführung" beschäftigt. Soweit mein Versuch, meine grundsätzlichen Einwände an Eurem bisherigen Schulungskonzept kurz darzustellen. Worum es mir dabei ging, war vor allem, durch eine konstruktive Kritik einen kleinen Beitrag zu Frage der ML-Schulung zu leisten. Ich möchte, daher meine Kritik auch als solidarische Kritik verstanden wissen.

Coh

Antwort auf die Frage zum Schulungskonzept

Lieber Freund!

Die Hauptkritik in Deinem Brief war, daß wir in unserem Schulungskonzept mit der Schulung des Leninismus beginnen und nicht beim Marxismus und der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus. Wir meinen, daß Deine Kritik falsch ist und verweisen auf die ausführliche Begründung in GDS Nummer 9.

Marxismus-Leninismus ist eine Wissenschaft und wie in jeder Wissenschaft so gibt es auch im ML eine Weiterentwicklung, wobei die neuen Erkenntnisse auf den früheren aufbauen. Ein Gesetz, das von Marx und Engels als richtig bewiesen wurde, muß nicht jedesmal neu bewiesen werden. Marx und Engels haben die marxistische Theorie ausgearbeitet und viele wichtige Leitsätze (Diamat und Histomat, Gesetz vom Mehrwert, Gesetz von der gewaltsamen Zerstörung des Staatsapparates, ...), die Lenin und Stalin kannten und auf denen sie aufbauen konnten.

Um mit Marx selber zu antworten:

"Die bürgerliche Gesellschaft ist die entwickelteste und mannigfaltigste historische Organisation der Produktion. Die Kategorien, die ihre Verhältnisse ausdrücken, das Verständnis ihrer Gliederung gewährt zugleich Einsicht in die Gliederung und die Produktionsverhältnisse aller untergegangenen Gesellschaftsformen." (Marx, Vorwort und Kritik von "Zur Kritik der politischen Ökonomie" zitiert nach GDS Nr.9, S. 52)

Aus dieser Darlegung können wir unserer Meinung nach lernen, daß das Studium des weiterentwickelten Marxismus, des Leninismus, zugleich auch Einsicht in das Wesen des Marxismus ist. Die im Marxismus zur Zeit Marx nur angedeuteten Gedanken, wie z.B. die Partei neuen Typs, die heute fundamentale Bedeutung erlangt hat, können erst mit Hilfe des Leninismus richtig verstanden werden.

Die zweite Kritik ergibt sich eigentlich aus der ersten: Du kritisierst, daß wir "die Theorie der proletarischen Revolution bevorzugen", daß wir die Konsequenz vor die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft stellen, und nicht beispielsweise mit der Schulung der politischen Ökonomie oder der marxistischen Philosophie beginnen.

In GDS Nr. 9 schreiben wir dazu:

"Zunächst umfassend die Philosophie des Marxismus-Leninismus oder auch die Theorie der Kritik der Politischen Ökonomie usw. studieren zu wollen, würde unbedingt dazu führen, daß man sich in Verästelungen untergeordneter Art verlieren wird, da man nicht die Kriterien zur Hand hat, Wesentliches von Unwesentlichem zu trennen: die Frage der proletarischen Revolution. Denn um die proletarische Revolution zu machen, die von ihr aufgeworfenen Fragen zu lösen müssen wir die Philosophie und ökonomische Theorie des Marxismus studieren."

Das bedeutet natürlich nicht, daß wir die Werke von Marx und Engels gar nicht propagieren und studieren. Ganz im Gegenteil: Im Rahmen unserer Schulung haben wir gerade "Revolution und Konterrevolution" von Engels geschult, auch "Anti-Dühring" Teil I und "Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" haben wir schon studiert. Wir betonen, daß gerade das Studium des "Kapitals" in unserer weiteren Arbeit einen sehr hohen Stellenwert haben wird.

Wir stellen aber an den *Beginn* einer systematischen Schulung des Marxismus-Leninismus dasjenige grundlegende Werk, das zeitlich zuletzt entstanden ist, nämlich "Über die Grundlagen des Leninismus", das 1924 von Stalin geschrieben wurde und einen "gedrängten Konspekt" des Leninismus darstellt.

ky

Zum Flugblatt vom Juni 1989

**Die kapitalistisch-revisionistischen Machthaber in China zeigen ihre blutige
Fratze
Die einzig richtige Antwort: Revolution!**

Eine berechtigte Kritik

"...Den China-Artikel in der Juni-Nummer find ich im Prinzip recht gut. Gerade deshalb (und weil ich das Volkszählungs-Plakat sehr gut fand): Ließe sich nicht 'ne andere Bezeichnung für die heutige KP Chinas finden als 'entartet'? (Rückseite, 18. Zeile) Gerade in dem Zusammenhang halte ich 'ne sprachliche Genauigkeit für sehr wichtig. Zudem bin ich mir nicht sicher, ob 'das Wüten der Militärs' wirklich mit 'faschistisch' auf den richtigen Begriff gebracht ist."

Antwort auf diese Zuschrift:

"Lieber Freund!

Vielen Dank für Deine Bemerkungen zu unserem China-Flugblatt! Du hast in Deinem Brief zwei wichtige Themen angeschnitten.

1) Es ist wirklich problematisch, den Begriff 'entartet' zu verwenden. Was wir ausdrücken wollen, ist, daß die 'KP Chinas' ihre Farbe gewechselt hat, daß sie nichts mehr gemein mit der Kommunistischen Partei Chinas Mao Tse-tungs hat, daß sie den Anspruch auf ihren Namen verwirkt hat, daß sie diesen nur als Tarnung verwendet, um ihr konterrevolutionäres Wesen zu verschleiern.

In diesem Zusammenhang sollten wir nicht von 'entartet' sprechen. Dieser Begriff hat nicht nur etwas 'biologistisches' an sich, sondern wurde auch von den Nazis häufig und in übelster Weise verwendet. Wir stimmen Deiner Kritik zu und nehmen dies darüberhinaus zum Anlaß, zur Nachdenklichkeit über unseren Sprachgebrauch aufzurufen. Sicherlich gibt es noch viele Begriffe, die in der Nazi-Propaganda verwendet wurden und die wir nicht unreflektiert verwenden sollten.

2) Nun zu Deinem zweiten Punkt. Wenn wir das Wüten der Militärs als 'faschistisch' bezeichneten, wollten wir damit keine theoretische Debatte über die Faschismus-Definition und ihre Anwendbarkeit auf die heutige Staatsform in China entfachen. Auch wollten wir damit nicht zum Ausdruck bringen, daß der Terror etwa nicht noch zu steigern wäre.

Wir wollten aber klar zum Ausdruck bringen, daß die blutige Unterdrückung der Volksmassen in China, die Liquidierung elementarster demokratischer Rechte schon eine neue Qualität der Unterdrückungspraxis der herrschenden revisionistischen Verbrecherbande in China darstellt. Wir meinen, daß es sich bei der Niederschlagung durch die Militärs durchaus um offen terroristische Aktionen handelte.

Aber auch von anderer Seite wurde bereits verschiedentlich Kritik an dieser Charakterisierung geübt. Wir haben daher in unserem zweiten China-Flugblatt vom August '89 diese Formulierung nicht mehr benutzt. Damit nehmen wir obige Einschätzung der Terroraktionen nicht zurück, wollen aber durchaus die angeschnittene Problematik berücksichtigen.

Vielen Dank für Deine Kritiken, wir hoffen, daß Du uns weiterhin Deine kritischen Äußerungen zu unseren Publikationen zukommen läßt.

Mit solidarischen Grüßen, el."

Zum Flugblatt vom Juli 1989

Entlarven wir die Europa-Pläne des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Kritik eines Lesers

"...dieser Tage kam, mitten in die allgemeine Hektik rein, Dein Flugblatt zu Europa. Im Grunde ist Dein Aufruf doch wohl erstmal die Feststellung, 'daß das Europa der Konzerne geschmiedet wurde, während wir versäumt haben, das Europa der Menschen zu gründen. Im Prinzip ist ja nix gegen Europa zu sagen, die Tragik liegt ja wohl in der imperialistischen Handhabung durch die Konzerne erstmal. Denn daß in der Folge davon die Sicherheitsapparate eine neue - weil europäische - Qualität gewinnen, liegt ja auf der Hand. In meinem kleinen Archiv habe ich ein Artikelchen der 'Frankfurter Neuen Presse' vom 20. 06. 1987 über das 'Europa der Polizei', und der sagt eigentlich das, was zu diesem Thema zu sagen wäre. Ich überlasse das aufschlußreiche Werk Dir mal zum Kopieren, vielleicht hast Du das Ding ja noch nicht..."

Dazu folgende Antwort:

"Lieber Freund!

Vielen Dank für Deinen Brief! Natürlich ist das 'Europa der Imperialisten' keine neue Sache. Schon Lenin hat geschrieben, daß die Losung der Vereinigten Staaten von Europa 'eine reaktionäre Losung' ist, 'die ein zeitweiliges Bündnis der Großmächte Europas zur besseren Unterdrückung der Kolonien und zum Kampf gegen die sich schneller entwickelnden Länder' bedeutet ('Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa', Werke Band 21, S. 347).

Wir wollten den von den Imperialisten veranstalteten Europa-Rummel aber zum Anlaß nehmen, um die Ambitionen des westdeutschen Imperialismus zu entlarven, seine Vormachtstellung auszubauen.

Du schreibst, daß wir es verabsäumt hätten, das 'Europa der Menschen' zu schaffen. Das finden wir etwas problematisch. Wir sind ja nicht für eine Vereinigung der 'Menschen', unabhängig von der Klassenzugehörigkeit, eine Vereinigung mit den Bourgeois, den Reaktionären, Ausbeutern und Unterdrückern. Wir wollen ja vielmehr den Zusammenschluß der Arbeiterinnen und Arbeiter, der ausgebeuteten werktätigen Massen - im gemeinsamen Kampf für den Sozialismus

und Kommunismus. Doch gerade bei dieser Zielsetzung ist es nicht einzusehen, warum dabei 'Europa' eine besondere Rolle spielen soll, diese Vereinigung gar auf Europa beschränkt werden sollte.

Dies war auch ein weiteres Anliegen unseres Flugblatts: die verschiedenen Spielarten des Chauvinismus aufzudecken und zu bekämpfen. Dabei spielt der europäische Chauvinismus, gerade auch unter den sich 'links' und 'kommunistisch' gebenden Gruppen eine nicht unerhebliche Rolle."

Auch dazu nahm Lenin in der oben zitierten Debatte bereits Stellung, als er schrieb:

"Die Vereinigten Staaten der Welt (nicht aber Europas) sind jene staatliche Form der Vereinigung und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen - solange nicht der vollständige Sieg des Kommunismus zum endgültigen Verschwinden eines jeden, darunter auch des demokratischen, Staates geführt haben wird. Als selbständige Losung wäre jedoch die Losung Vereinigte Staaten der Welt wohl kaum richtig, denn erstens fällt sie mit dem Sozialismus zusammen, und zweitens könnte sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und eine falsche Auffassung von den Beziehungen eines solchen Landes zu den Übrigen entstehen lassen." (a.a.O., S. 345)

Die Bekämpfung des europäischen Chauvinismus, die Konzentration auf Europa als angeblichem 'Nabel der Welt' - das ist unsere Aufgabe. Den Zusammenschluß des Proletariats aller Länder sowie dieser mit den unterdrückten Völkern, diesen Zusammenschluß müssen wir propagieren. Dabei fällt uns in Westdeutschland die besondere Aufgabe zu, insbesondere die vom westdeutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker zu unterstützen.

In diesem Sinne bis zum nächsten Mal und mit internationalistischen Grüßen, el."

Zum Flugblatt vom März 1990

**Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus!
Gegen die Einverleibung der DDR!**

Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion

Anfang April fand eine Versammlung von Leserinnen und Lesern der Zeitschrift "GEGEN DIE STRÖMUNG" statt, auf der u.a. auch das Flugblatt "Gegen die Einverleibung der DDR" diskutiert wurde.

Die Diskussion konzentrierte sich auf folgende drei Fragen:

1. Wie müssen die Verdienste der ersten Jahre der DDR für die Sache der Arbeiterbewegung und des Sozialismus eingeschätzt werden, wie müssen sie heute ideologisch gegen den Antikommunismus verteidigt werden?

Im Vorspann der Stellungnahme "Gegen die Einverleibung der DDR" hieß es:

"Die ersten durchaus auch positiven Ansätze und Versuche direkt nach 1945, in der DDR den Weg des Sozialismus anzuvisieren, endeten jedoch rasch..."

Hierzu wurde zunächst einmal - ganz zu Recht - angemerkt, daß ja wohl besser die Zahl 1949 eingesetzt worden wäre. Denn da erst wurde die DDR gegründet. Durch die Zahl 1945 (und das Überlesen des "in der DDR") könnte der ganz falsche Eindruck entstehen, als gäbe es Positives nur in den Jahren 1945, 46, 47...

Die Frage der ersten Jahre nach 1945, sowie die Frage der ersten Jahre der DDR, also nach 1949, die hier nur sehr knapp (zu knapp, wie kritisiert wurde) angeschnitten wird, erhält ja immer größeres Gewicht, weil die Antikommunisten (von SPIEGEL bis TAZ) ja immer offener dazu übergehen, gerade die großartigen und richtigen Maßnahmen dieser Zeitspanne im Stil der Neonazi-Presse anzugreifen. Da werden die Internierungslager für Kriegsver-

brecher als "KZs" bezeichnet, da werden BDM-Führerinnen (so in der TAZ vom 19.4.1990) zu angeblichen "Opfern des Stalinismus", die "Entschädigung" verlangen und so weiter und so fort.

Es ist eine erstrangige Aufgabe der Marxisten-Leninisten, die positive Tradition der kommunistischen Kräfte in der DDR gegen alle Verleumdungen zu verteidigen, die von vornherein existierenden Fehler und großen Probleme dabei zu berücksichtigen und mit möglichst großer Sachkenntnis, in den richtigen Proportionen überzeugend darzustellen.

Dabei geht es nicht nur um die in der DDR durchgeführte Verwirklichung vieler richtiger Beschlüsse der SED, der Bestrafung der Nazi-Verbrecher, um die Durchführung des Potsdamer Abkommens und in den ersten Jahren nach 1945 natürlich um die Durchführung der Beschlüsse der sowjetischen Behörden.

Es geht vor allem auch um die komplizierte Frage, wie weit der Prozeß der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse nach zwölf Jahren

Nazi-Diktatur für die Ideale des Sozialismus und Kommunismus vorangeschritten war, wie der Weg des Aufbaus des Sozialismus eingeschlagen werden konnte, ob und inwieweit dies in der DDR geschehen ist.

Dies möglichst genau zu analysieren, die gesamte Entwicklung von 1945 bis hin zur heutigen Entwicklung wirklich umfassend zu verstehen - das ist eine vorrangige Aufgabe.

Die Genossinnen und Genossen von "GEGEN DIE STRÖMUNG" werden die zu diesem The-

menkomplex bisher schon erarbeiteten Materialien in den nächsten Monaten auf Konferenzen und Versammlungen unbedingt erneut diskutieren, vertiefen und der komplizierten Lage entsprechend, die Ergebnisse im Kampf gegen Antikommunismus - und dabei ganz besonders auch im Kampf gegen den Revisionismus - verantwortungsbewußt (und sich vor vorschnellen Schlußfolgerungen hütend) propagieren.

☆☆☆

2. Das System in der DDR zur Zeit Honeckers wird als "besondere Form eines kapitalistischen Staates" bezeichnet, als "schlechte Kopie mit 'sozialistischem' Mäntelchen". Kann es nicht so herauskommen, daß die DDR unter Honecker doch noch "sozialistische Errungenschaften" hatte, die nun gegen die Einverleibung der DDR verteidigt werden müssen?

Das ökonomische und politische System der Ära Honeckers in der DDR (und auch schon zur Zeit Ulbrichts, wobei hier es schwierig ist, genau einen bestimmten Zeitpunkt der Wende vom Weg des Sozialismus hin zum kapitalistischen Weg anzugeben) wird von uns eindeutig als kapitalistisches System eingeschätzt.

Dieses Wirtschaftssystem war in diesem Zeitraum, entgegen allen Beteuerungen der herrschenden Klasse in der DDR, dem Wesen, dem Inhalt nach kapitalistisch und keinesfalls sozialistische:

Es herrscht auf ökonomischem Gebiet das Profitsystem. Die Produktionsmittel, das heißt zum Beispiel die Fabriken, aber auch verstaatlichter Grund und Boden, sind nicht im Besitz "des Volkes", nicht im Besitz der Arbeiterklasse. Das vorgeschobene Argument, es handele sich doch um "volkseigene Betriebe", da es Staatsbetriebe seien, könnte ja nur dann richtig sein, wenn dieser Staat in der DDR *wirklich* in den Händen der Arbeiterklasse, der breiten Massen der Werktätigen liegen würde. Es handelt sich also in Wahrheit gar nicht um eine rein ökonomische Frage, erst recht nicht um eine juristische Frage, auf wessen Namen Fabriken, Ländereien etc. grundbuchlich, juristisch eingeschrieben sind. Es handelt sich um die zentrale Frage, wer *wirklich*, in der Reali-

tät das Sagen hat, also wer wirklich die Kommandohöhen in der Wirtschaft und im Staat besetzt hat.

Das Verhältnis zu den Produktionsmitteln scheidet die Klasse der Produktionsmittelbesitzer von denjenigen, die keine Produktionsmittel besitzen. In der DDR gab es eine eigenständige Klasse, eine Bourgeoisie (genauer: eine neue Bourgeoisie, neu in dem Sinne, daß diese Form der Verkleidung von Kapitalisten als "Kommunisten" wirklich eine neue Erscheinung war), die die Entscheidungen über die Produktionsmittel, ihren Verkauf etwa oder auch ihre Verwendung beispielsweise für den westdeutschen Imperialismus, *ohne* und *gegen* die Mehrheit der Arbeiterklasse getroffen hat.

Das Problem aber, das nicht unterschätzt werden darf, ist die *Demagogie* mit den auch heute noch existierenden "sozialistischen" Formen, also die Tatsache, daß Formen und Vokabeln verwendet wurden, die einmal wirklich sozialistischen Inhalt hatten - etwa in der Sowjetunion Lenins und Stalins, oder auch zu Beginn in der DDR durchaus im positiven Zusammenhang gesehen werden müssen. Auch gab es eine Reihe von sozialen Maßnahmen, die für sich genommen gar nichts mit der Frage "Existiert Sozialismus?" zu tun haben, dennoch

aber durch die ersten Jahre der Entwicklung in der DDR im Zusammenhang mit der Orientierung der DDR auf den Weg des Sozialismus stehen.

Um ein ganz einfaches Beispiel zu nehmen: Maßnahmen, die Nahverkehrsmittel ungeheuer billig oder gar umsonst nutzen zu lassen (und andere ähnliche Maßnahmen), können in jedem kapitalistischen Staat als Reform von den Werktätigen durchaus durchgesetzt werden, sind keinesfalls ein Merkmal des Sozialismus. (Solche Maßnahmen müssen heute unter dem Druck der Verhältnisse von jedem hochindustrialisierten kapitalistischen Staat mehr oder minder weitgehend oder begrenzt beschlossen werden; die Lage in Schweden ist da anders als die in Großbritannien und die in Finnland anders als in Frankreich usw.)

Und die Werktätigen werden sich zu Recht wehren, wenn solche Maßnahmen rückgängig gemacht werden, wenn es z.B. Fahrpreiserhöhungen gibt, sei es in Schweden, Holland oder in der DDR.

In der DDR wurden solche und ähnliche Maßnahmen aber zu einem Zeitpunkt eingeführt, als wirklich die reale Möglichkeit existierte, nach der Gründung der DDR die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu begeistern und zu gewinnen, den Weg des Sozialismus zu beschreiten.

Auch als Ulbricht und Honecker (als Synonym für eine ganze Clique, ja Klasse einer "neuen" Bourgeoisie) längst diese reale Möglichkeit zerstört hatten, längst die Produktionsmittel fest in ihren Händen hielten, an wirklich sozialistische Demokratie, an die Diktatur des

Proletariats, also an die Unterdrückung der Reaktionäre und der Konterrevolution längst nicht mehr zu denken war, überdauerten eine Reihe solcher "Errungenschaften" - teilweise bis heute.

Nur - mit "sozialistischen Errungenschaften" - hat dies eben gar nichts mehr zu tun.

Und wenn heute im Gefolge der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus Maßnahmen zur Verschlechterung der Lage der Masse der Werktätigen in der DDR solche Aspekte betreffen, dann ist im Grunde dreierlei nötig:

* Es ist nötig, diesen Kampf als Tageskampf natürlich zu unterstützen.

* Es ist nötig, die Illusion bei solchen Kämpfen zu entlarven, daß es sich angeblich um "Errungenschaften des Sozialismus" handele, und nachzuweisen, daß die letzten Jahre und Jahrzehnte eben nur eine besondere Form des Kapitalismus existierte.

* Es ist nötig aufzuzeigen, daß die aus den ersten Jahren der DDR stammenden positiven Gesetze, Verordnungen, sozialen Absicherungen *damals* im Zusammenhang mit einer echten Möglichkeit standen, den Weg des Sozialismus zu beschreiten. Heute aber gilt es neben den Tageskämpfen gegen die Verschlechterung der Lebenslage, den ganzen Verrat am Sozialismus durch die revisionistische Brut zu verstehen und den Kampf vor allem und vorrangig gegen *alle* Formen des Kapitalismus, eben gegen das System des Kapitalismus überhaupt aufzunehmen und wirklich für eine tiefgehende sozialistische Revolution auf allen Gebieten zu kämpfen.

3. Müßte nicht genauer aufgezeigt werden, daß die heutige aktive Phase der staatlichen Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus eine lange Vorgeschichte der ökonomischen und politischen Einverleibung und auch der ideologischen Durchdringung hatte?

Eine solche Aufforderung ist sehr berechtigt. In der Tat bietet eine Analyse der vorher schon existierenden "Beziehungen" zwischen der DDR

und Westdeutschland eine Fülle von Eindrücken, wie ein Staat, in diesem Fall die DDR, sozusagen "sturmreif" gemacht werden kann.

Bei einer solchen Analyse wären etwa zu nennen:

* Der Umfang der direkt im Auftrag Westdeutschlands durchgeführten Produktion

* Die Milliardenkredite an die DDR als Mittel der Abhängigkeit

Dies genau zu belegen und zu dokumentieren ist in mehrfacher Hinsicht wichtig. Erstens zeigt es die Mechanismen der Einverleibungspolitik des westdeutschen Imperialismus auf. Zweitens beweist eine solche Analyse, daß es gerade die Politik der SED-Revisionisten, der Honecker und Co. war, die die heutige Lage überhaupt erst ermöglicht hat. Dies aber ist insofern nicht unwichtig, da im Zuge der heuti-

gen Politik der Einverleibung der DDR, der rapiden Formveränderung des Kapitalismus in der DDR (in direkt westliche Formen) - mit der Begleiterscheinung, daß sich die Lage der Masse der Werktätigen auf verschiedenen Gebieten verschlechtert, sich auch im nachhinein Illusionen über die Realität der Honecker-Zeit verfestigen können, nämlich die Illusion als wäre dies doch eine Zeit des "Sozialismus" gewesen, der nur einige "Fehler" gehabt habe.

Nein, die DDR war schon vor dem November 1989 kapitalistisch, hat bei sehr großer Abhängigkeit von der sozialimperialistischen Sowjetunion auch schon vor 1989 die Orientierung auf Westdeutschland und "den Westen" überhaupt Stück für Stück verstärkt.

Zum Flugblatt vom Oktober 1990

3. Oktober 1990: Ist die Einverleibung der DDR und Westberlins abgeschlossen? Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen...!

Kritik eines Genossen aus Westberlin

Liebe Freunde,

obwohl Euer Flugblatt "Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen" sehr überzeugend - überzeugender und eindringlicher als wir es in unserem Oktoberflugblatt verstanden - darlegt, warum dies so ist, haben wir Kritik daran, und zwar am Abschnitt 1: "Die Einverleibung der DDR und Westberlins ist noch nicht 'verdaut'. Hier heißt es im letzten Absatz:

"Jede wirklich fortschrittlich zu nennende Bewegung ist daran zu erkennen, daß sie ohne wenn und aber die 'Einheit' mit dem westdeutschen Imperialismus ablehnt, daß sie den Kampf gegen diese Einheit führt. Sie wird unter Ausnutzung aller, keinesfalls schon geklärter, Fragen den Kampf für eine eigenständige Entwicklung der DDR - als Resultat militanter Kämpfe in der DDR gegen den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus und seine DDR-Unterabteilungen - propagieren und durchführen, ohne dabei in einen neuerlichen SED/PDS-Aufguß zu verfallen."

1. An diesem Absatz, in dem wie ich es verstanden habe, eine minimale Anforderung festgeklopft werden soll, nach der die Frage fortschrittlich oder nicht, entschieden werden kann, fällt zunächst auf, daß überhaupt nicht mehr erkennbar ist, von welcher Bewegung in welchem Teil Deutschlands überhaupt die Rede ist. Es mag sein, daß der Einschub "als Resultat militanter Kämpfe in der DDR gegen den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus und seine Unterabteilungen" die Eigenständigkeit der Bewegung in der DDR betonen sollte, aber gerade durch diesen Einschub geht alles durcheinander, ist nichts mehr klar. Gerade weil die opportunistische Gleichung "Einheit der Arbeiterbewegung = Einheit Deutschlands" weitverbreitet ist, muß scharf auseinandergehalten werden, daß der Kampf in Westdeutschland eine, der Kampf in der DDR eine andere Sache ist, daß GDS nach wie vor davon ausgeht, daß es verschiedene revolutionäre Arbeitsbereiche gibt. Eine Abgrenzung in dieser Hinsicht klingt übrigens im ganzen Flugblatt nur undeutlich an, wenn es heißt: "Ja, sie versuchen mitunter, noch schneller zu sein, als ihre imperialistischen Herren."

2. Nun zum wesentlicheren Punkt, der den Komplex "Kampf für eine eigenständige Entwicklung der DDR" betrifft.



a) Auch hier ist Durcheinander, wird nicht unterschieden aus welcher Sicht Stellung genommen wird. Ist es nicht so, daß von Westdeutschland gegen den Anschluß, gegen den Machtzuwachs des westdeutschen Imperialismus gekämpft werden muß, daß also die negative Aufgabe im Vordergrund steht, während aus der Sicht der Aufgaben im "Osten" schon unbedingt mehr gesagt werden muß: für eine eigenständige staatliche Existenz - ist das nun ein Kampf für "nationale Unabhängigkeit", oder was sonst!

b) "Staatliche Eigenständigkeit", das wirft doch Fragen auf, die allein auf der Ebene von Tageskämpfen - selbst wenn sie mit der Spitze gegen die Einverleibung gerichtet sind - nicht zu beantworten sind: wie dem Revanchismus den Boden entziehen, mit welcher Perspektive im "Osten", in Westberlin kämpfen... Fast schon "selbstverständlich" endet das Flugblatt mit einer Ehrenerklärung in Sachen sozialistischer Revolution, Diktatur des Proletariats und Kommunismus. Was jedoch konkret die hier aufgeworfene Aufgabe betrifft, so wird sie lediglich auf der Ebene demokratischer Kämpfe behandelt, wobei dann auch noch vom "Kampf für eine eigenständige Entwicklung der DDR" die Rede ist (und nicht: auf dem Gebiet der DDR, oder so ähnlich) - eine mehr als unglückliche Ausdrucksweise, da die Aufgabe der revolutionären Zerschlagung des Alten gerade nicht herausgekehrt wird. "...ohne dabei in einen neuerlichen SED/PDS-Aufguß zu verfallen" wie es am Ende des Abschnitts heißt, geht in die richtige Richtung, ist jedoch eher eine Andeutung und lange nicht deutlich genug.

Ich verstehe: Massenkämpfe gegen den westdeutschen Imperialismus und seine subalternen Abteilungen in der Zug um Zug liquidierten DDR, auch wenn sie noch nicht auf dem Niveau marxistisch-leninistischer Grundpositionen stehen, würden bereits klar und unübersehbar beweisen, wie richtig es war, nicht die Segel zu streichen, vor den "Fakten", soweit sie bereits geschaffen sind. Hingegen ist es nicht sehr Überzeugend, argumentiert man hinsichtlich des Noch-Möglich-Seins einer eigenständigen Entwicklung in den nächsten Jahren oder den nächsten zehn Jahren, mit der Hoffnung auf eine sozialistische Revolution bzw. die Entstehung einer Arbeiterbewegung unter marxistisch-leninistischer Führung. Aber diese auf mehrere Jahre hinausgehende Hoffnung auf Tageskämpfe, die zeigen, es ist noch nicht alles "geklärt", darf doch nicht zum Verzicht führen, unsere Linie der viel längerfristigen Perspektive zweier, bzw. dreier sozialistischer deutscher Revolutionen zu propagieren, gerade weil dies die beste, die einzig dauerhaft sichere und verlässliche Methode ist, um der Einverleibung der DDR entgegenzutreten.

Soweit die Kritik am Flugblatt, das mir sonst so gut gefallen hat, das eine gelungene Titelseite mit einer populären und einprägsamen Schlagzeile, das am Thema orientiert vielseitig und interessant ist. Das Heartfield-Plakat fand ich, wenn man "asoziativ" denkt, was ja kein Nachteil ist, gut gewählt, wobei es natürlich die völkisch "sozialistische" Demagogie aufs Korn nimmt, während es hier um die nationale Wiedervereinigung ("alle Deutschen ... wieder zusammen") geht. Das ist nicht dasselbe.

Herzliche Grüße, lu.

● Eine erste Antwort auf diese Kritik:

Hallo, zu Deinem Brief zum Flugblatt "Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen...!":

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich den Kern der Kritik verstanden habe: die "... Perspektive zweier bzw. dreier sozialistischer deutscher Revolutionen zu propagieren..."

Für mich beginnt das Problem wirklich schon bei "zwei oder drei". Wird jetzt die Entwicklung Westberlins nicht viel enger mit der der DDR verknüpft sein? Was folgt daraus? Ich weiß es nicht genau...

Ja, es ist doch möglich, für Westdeutschland die Revolution etc zu propagieren, ohne für die anderen Revolutionsbereiche gleiches zu machen. Da komm ich zu den Kritiken, daß wir zweimal nicht deutlich genug waren:

- Es würde nicht deutlich, daß es verschiedene revolutionäre Arbeitsbereiche gibt
- die revolutionäre Zerschlagung des Alten würde nicht deutlich genug.

Ich meine schon, daß der "Kampf für eine eigenständige Entwicklung..." erstmal klar macht, daß es verschiedene Arbeitsbereiche gibt (überhaupt geht es in diesem Abschnitt doch dauernd um die Bewegung in der DDR). Wenig sinnvoll halte ich, dies nochmal extra mit diesen beiden Worten zu betonen. Es schafft nicht mehr Klarheit.

Wenn das Flugblatt eine Neuauflage hätte, kann ich mir vorstellen, unter diesem Gesichtspunkt das letzte WBK-Flugblatt "Keine Bundeswehr in Westberlin" zu propagieren. Das Flugblatt hat mir sehr gut gefallen, weil aus dem ganzen Inhalt die besondere Situation Westberlins klar wird. Und es werden nicht die drei Revolutionen propagiert... Trotzdem wird es, so glaube ich, mehr überzeugen als das letzte Flugblatt, wo die sozialistische Revolution in Westdeutschland, Westberlin und DDR drangehängt wurde, aber weder inhaltlich noch in Worten die Eigenständigkeit betont bzw. erklärt wurde.

Aber, Schluß mit der "Retourkutsche", weiter zu unserem Flugblatt: Die Zerschlagung des Alten wurde doch weitgehend behandelt als in der Kritik angeführt: "...gegen den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus und seine DDR-Unterabteilungen" und gegen SED/PDS-Aufguß. Was ist dadurch nicht abgedeckt? Die Situation bringt es mit sich, nicht deutlicher zu sein.

Ich denke, daß im Flugblatt verschiedene Eckpunkte gesetzt sind gegen den westdeutschen Imperialismus und die verschiedensten Opportunisten und sehe auch keinen Verzicht unserer Linie in diesen Fragen.

(aus: GDS - Informationen 11/90, S. 5 ff.)

Kritik eines Genossen aus Österreich

Vorbemerkung

Auf unsere Nachfrage, ob wir diesen Brief veröffentlichen können, wurde uns dies von Genosse O. aus Österreich ohne Einschränkung gerne gestattet.

Weiter heißt es beim Leserbriefschreiber:

"Man sollte sich aber überlegen, ob es nicht günstig wäre, die eine oder andere Spitze in der Form wegzulassen, die als unfreundlich mißverstanden werden könnte, wenn das den Inhalt nicht verwässert."

Wir haben nach kurzer Diskussion uns dafür entschieden, doch diesen Brief unverändert abzudrucken, da es sehr schwierig ist zu entscheiden, in welchem Punkt eine Veränderung in der Form nicht doch den Inhalt verwässert. Wir hätten da zwar einige Vorschläge gehabt, was weggelassen werden könnte. Doch ein erneutes Hin und Her über diese Fragen erschien uns dann doch zu umständlich.

Also: auch wenn die Form hie und da zu "unfreundlich" erscheint, diese oder jene "Spitze" ebenfalls - es geht um die Sache.

Das Beibehalten dieser oder jener bewußt überspitzen Formulierung erleichtert uns zudem die Arbeit bei der Antwort, da wir mit gewissem Vergnügen auch selbst hie und da gerne überspitzen, lieber etwas drastischer als allzu vorsichtig debattieren.

Wir hoffen, daß auch unsere Leserinnen und Leser mit unserem Verfahren einverstanden sind.

• • •

Angesichts der rasanten Entwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR spielt selbstverständlich gerade der Zeitpunkt einer Meinungsäußerung eine große Rolle. Seit dem Oktober 1990 sind inzwischen 6 Monate vergangen. Dies mag bei der Akzentsetzung eine gewisse Rolle spielen, ändert jedoch nichts an dem eigentlichen Gegensatz, der im folgenden debattiert werden soll.

Redaktion des GDS-Infos

Kritik am Oktober-Flugblatt von GDS

20.1.91

Erst jetzt ist die GDS-Nummer vom Oktober 1990 mit dem Titel "Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen" in meine Hände gelangt, und so kann ich auch jetzt erst was dazu sagen.

Ich meine nämlich, daß es Kritik geradezu herausfordert. Dabei geht es zunächst um den Haupttitel und die von ihm suggerierten Vorstellungen. Die so nachdrücklich betonte Erklärung, das letzte Wort sei noch nicht gesprochen, ist direkt mißverständlich, fast möchte ich sagen absichtlich, vieldeutig und mißverständlich gehalten. Der Leser darf raten, worüber das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Zunächst, vor allem aufgrund des Übertitels, muß er annehmen, es gehe um die Einverleibung der DDR und Westberlins, und darüber sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Das heißt aber, auf deutsch gesagt, die Einverleibung sei noch nicht sicher, noch eine unbeantwortete, offene Frage. Der rhetorische Verschub besteht hier darin, daß die unbestrittene Tatsache, daß die Einverleibung noch nicht abgeschlossen, im Handumdrehen zur Hoffnung gemacht wird, die Einverleibung selber sei noch nicht sicher, sei nur eine Möglichkeit unter mehreren, eine Möglichkeit, die noch zu entscheiden sei. So wird eine richtige Feststellung im Übertitel zur Krücke, auf der die Illusion, die der Haupttitel verbreitet, daherhinkt.

Aber die Autoren haben sich ein Hintertürchen offengelassen, indem sie eben nicht klar sagen, worüber denn das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. Auf S. 2, 3. Spalte oben, steht das plötzlich in ganz anderem Zusammenhang. Hier ist von der Stellung Deutschlands als welthistorischer Sieger die Rede. Das ist natürlich ganz was anderes. Kaum denkt man nun aber: also so ist das mit dem letzten Wort gemeint, es ist strategisch aufzufassen, auf lange, historische Sicht gemünzt, und will dem zustimmen, da geht's auch schon wieder ganz im Stil des Verschubs von Seite 1 weiter. "Die Einverleibung der DDR und Westberlins ist noch nicht verdaut". Wieder richtig und zugleich falsch, wenn es als Beweis dafür verstanden werden sollte, daß über die Einverleibung selber das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. Der Wolf hat das Schaf ganz gierig und hastig gefressen und er kann diesen großen Brocken nur langsam verdauen. Darf man dem Schaf deswegen aber sagen, über seine Einverleibung sei also das letzte Wort noch nicht gesprochen? Muß man für die Feststellung, nun sei das letzte Wort gesprochen, das Ende des Verdauungsakts, also den Stuhlgang des Wolfs abwarten?

Unter Punkt 2 auf Seite 2 gibt es nun sogar zweierlei letzte Worte. Es heißt hier: "Das letzte Wort ist auch auf lange Sicht noch nicht gesprochen". Damit wird klargemacht, daß vorher von einer quasi kurzen Sicht die Rede war, also vom letzten Wort über die Einverleibung der DDR und Westberlins auf kurze Sicht die Rede war. Darauf bezogen aber halte ich die Wendung vom noch nicht gesprochenen letzten Wort für eindeutig falsch, für gefährlich

illusionär, für ein Verschließen der Augen vor den Tatsachen. Genau um dieses Verschließen der Augen vor den Tatsachen zu rechtfertigen, wird in der Nummer ein weiterer rhetorischer Verschub vorgenommen. Es heißt hier: "Kurzum, es wird jahrelang noch keine geklärten Verhältnisse geben. Das alles sind gute Gründe, nicht einfach die von den westdeutschen Imperialisten geschaffenen Tatsachen hinzunehmen." Wirklich, zu dergleichen Demagogie sollte sich GDS zu schade sein.

Worum geht es denn wirklich? Was muß man meiner Meinung nach auseinanderhalten und darf es nicht durcheinander bringen?

Ich glaube, man muß streng unterscheiden:

1. die Tatsache - ganz ohne Anführungszeichen - der Einverleibung der DDR und Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus, also das Faktum der Erstreckung seiner Herrschafts-, seiner Staatsgewalt auch auf dieses Gebiet. Das ist das eine.

2. Das andere ist die Tatsache, daß dieser Brocken zwar geschluckt, gefressen, aber noch nicht verdaut ist, es noch sehr große An- und Eingliederungsschwierigkeiten gibt, und das auf sehr lange Sicht und mit der realen Möglichkeit, daß die Schwierigkeiten nicht systematisch abgebaut werden können, sondern sich fallweise sogar noch wesentlich verstärken.

Übrigens findet sich in der Nummer dazu eine sehr bedenkliche Stelle, ganz auf der Linie der bürgerlichen Propaganda. Es heißt hier: "Diese Probleme werden zunächst größer und nicht kleiner."

Dieser Vorstellung bloß zeitweiliger, mehr oder weniger bald vorübergehender Übergangsschwierigkeiten muß man entschieden entgegentreten. Es ist eine rein bürgerliche Propaganda, die in dieser Richtung gemacht wird, um den Leuten das "Opferbringen", das "Durchhalten", "Durchstehen der Durststrecke" usw. zu erleichtern.

Unsere Haltung zu diesen beiden Punkten, die ich angeführt habe, zu diesen ganz verschiedenen Tatsachen müßte sein:

In Bezug auf ersteres sich keinerlei Illusionen darüber hingeben, daß diese uns ganz und garnicht gefallende Tatsache in absehbarer Zeit beseitigt werden könnte. Sie kann nicht in absehbarer Zeit beseitigt werden, sie ist ein Faktum auf sehr lange Sicht. Nur ein dritter Weltkrieg könnte sie beseitigen, würde ich meinen, aber abgesehen davon, daß er nicht unser Ziel sein kann, kann auch, glaube ich, die Wiederherstellung eines eigenständigen Ostdeutschlands, d.h. eine neuerliche Teilung Deutschlands, natürlich nicht unser Ziel sein. Unser Ziel liegt darin, die proletarische Revolution in ganz Deutschland vorzubereiten und durchzuführen, wozu eine Teilung kaum einen Beitrag leisten könnte. Zumal die Vorstellung einer eigenen Revolution auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mir völlig unrealistisch erscheint.

Was aber den zweiten Punkt betrifft, die Schwierigkeiten der Eingliederung, muß unser Standpunkt sein, unsere Linie sein, diese Schwierigkeiten maximal zum Kampf gegen den deutschen Imperialismus, zu seiner Schwächung, auszunutzen, vor allem sich entschieden um die entstehenden sozialen Bewegungen zu kümmern. Aber auch das ohne die Illusion, daß das die Hauptfront unseres

Kampfes sein oder werden könnte, schon garnicht mit der Illusion, wegen dieser Schwierigkeiten sei der deutsche Imperialismus ein "Koloß auf tönernen Füßen".

Und hier sind wir schon wieder bei einer Stelle, der ich keineswegs zustimmen kann. Auch diese Einschätzung finde ich für sehr illusionär gefährlich daneben. Ein Koloß auf tönernen Füßen ist ein nur scheinbar mächtiges Gebilde, bei dem schon ein ganz kleiner Stoß genügt, es zusammenbrechen zu lassen. Wer sowas ausgerechnet vom deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus glaubt, der ist doch total daneben, ein Illusionär schlimmster Sorte. Ich würde den westdeutschen oder deutschen Imperialismus nicht mal einen Papiertiger nennen, obwohl das schon ganz was anderes wäre, aber doch noch sehr mißverständlich. Die eher scherzhaft gemeinten Worte Stalins, die zitiert werden, über die ohne Dienstvorschrift hilflosen Deutschen, können keineswegs als Beleg für die These vom Koloß auf tönernen Füßen dienen und schon garnicht kann man dem deutschen Imperialismus den Krieg erklären, indem man seine Diestvorschriften und Fahrpläne durcheinander bringt. Das alles wirkt leider reichlich unseriös, realitätsfern, die raue Wirklichkeit verniedlichend und verharmlosend. Ich kann euch sagen, ich habe persönlich erlebt, daß deutsche Militaristen sehr wohl imstande sind, auch ohne Dienstvorschriften genau das Schlimmste, genau das Reaktionärste, genau das zu tun, was dem Hitlerfaschismus angelegen war. Man muß nur jene fragen, die in Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion waren. Dort haben die deutschen Offiziere keine Kriegsangelegenheiten und Dienstvorschriften gehabt und haben trotzdem genau das gemacht, was im Interesse der Reaktion zu machen war.

Die raue Wirklichkeit ist: Der deutsche Imperialismus ist eine ungeheuer gefährliche, gewaltige Macht in Bezug auf ihre Möglichkeiten, in Bezug auf ihre Mittel usw., und das darf keinesfalls unterschätzt werden. Schon garnicht jetzt, in dieser Situation. Darum ist der Kampf gegen den deutschen Imperialismus außerordentlich schwierig und langwierig. Er ist aber deswegen umso notwendiger. Daß in diesem Kampf Teilerfolge möglich sind, er schließlich ganz besiegt werden kann und ganz besiegt werden wird, das ist eine historische Gesetzmäßigkeit, über die wir uns natürlich völlig klar sind.

Aber die Nummer von GDS, von der ich rede, argumentiert garnicht in dieser Richtung, sondern befindet sich offenbar auf einer anderen Linie.

Schon garnichts halte ich übrigens von einer Einsicht, man müsse in der Einverleibungsfrage eine Linie verfolgen, von der man jetzt schon feststellt, daß man sie in 3 bis 4 Jahren ändern bzw. verwerfen werde müssen. Vor allem diese Zeitangabe halte ich nicht nur für völlig willkürlich, sondern für höchst irreführend und Mißverständnisse und Illusionen geradezu provozierend. Was soll sich denn in 3 bis 4 Jahren grundsätzlich ändern? Meiner Meinung nach wird die Eingliederung auch dann noch lange nicht verdaut sein, denn es wird auf zumindest sehr lange Sicht, wenn nicht sogar für immer gewaltige Unterschiede, Disharmonien, Widersprüche, Gegensätze usw. zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands geben, was aber wieder die Quelle von Protesten, Demonstrationen, Streiks, Bewegungen aller Art sein wird, in die wir eingreifen müssen. Stellt man da eine Perspektive von 3, 4 oder meinetwegen auch 5 Jahren auf, so verkennt man total den

zeitlichen Umfang des Problems, ja arbeitet der bürgerlichen Propaganda direkt in die Hände, daß die sogenannten "Östis" halt ein paar Jahre Geduld haben und Opfer bringen müßten, in 3 bis 4 Jahren aber alles schon in Butter sein werde.

Ich meine, daß aus dieser meiner Einschätzung keineswegs folgt, daß sich die beiden Bruderorganisationen sofort vereinen müßten oder sollten. Prinzipiell sollten sie für einen noch offen gelassenen Zeitraum souverän bleiben, denke ich, was insofern kaum Probleme machen wird, weil erstens sie auf gemeinsamer ideologisch-politischer Basis stehen, und zweitens sie doch auf sehr lange Sicht hin große Besonderheiten in ihren Aufgabenstellungen vorfinden werden.

Gleichzeitig aber ergibt sich aus meiner Einschätzung die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit, daß die Bruderorganisationen ihre Tätigkeitsbereiche ab sofort auf den gesamten Osten Deutschlands ausdehnen sollten, wobei eine Arbeitsteilung gemäß den jeweiligen Möglichkeiten, Ansatzpunkten und konkreten Gegebenheiten vereinbart werden sollten. Wie weit und ob im Osten entstehende marxistisch-leninistische Gruppen selbständig sein sollten, scheint mir jetzt keine aktuelle Frage. Das muß man dann konkret klären, wenn es solche Gruppen gibt. Denn für die nächsten paar Jahre, solange diese Gruppen klein und unerfahren sind, brauchen sie meiner Meinung nach sowieso direkte Anleitung und Einbindung in unsere beiden bestehenden Bruderorganisationen.

Soviel also über meine Meinung zu der Oktober-Nummer von GDS.

O.

KORREKTUR ZU EINEM FEHLER IM INFO 2/3-91, S.22 IN DER "KRITIK AM OKTOBER-FLUGBLATT VON GDS"

In dem abgedruckten Leserbrief aus Österreich ist beim Abtippen ein kleiner Fehler unterlaufen. Auf S. 22, Absatz 1 nach dem Zitat aus dem GDS-Flugblatt muß es heißen: "Der Verschub liegt hier darin, daß einfach die Feststellung, die Berücksichtigung einer Tatsache mit ihrem stumpfen hinnehmen, mit einem tatenlosen sich darein fügen gleichgesetzt wird." Wir bitten unsere Leserinnen und Leser diesen Fehler des Sätzers zu entschuldigen.

Info-Redaktion

Antwort der Redaktion des GDS- Infos auf den Leserbrief aus Österreich

1) Worüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen?

Der hauptsächliche inhaltliche Streit geht um die Frage, ob über die Einverleibung der DDR und Westberlins "das letzte Wort" schon gesprochen ist oder nicht. Ohne wenn und aber, ohne "Verschub", "Rhetorik" oder gar "Demagogie" ohne jeden Versuch uns herauszureden sagen wir, damit der inhaltliche Widerspruch klar zum Vorschein kommt, daß wir keinesfalls nur welthistorisch der Meinung waren und sind, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, sondern es geht uns darum, daß über die EINVERLEIBUNG DER DDR UND WESTBERLIN das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Konkret...um beim Bild des "Verdauens" zu bleiben: Wir meinen, daß es noch eine gewisse Möglichkeit gibt, daß die "Einverleibung" der Ex-DDR und Westberlins noch in einem Stadium ist, in dem man den Wolf vielleicht doch noch zwingen kann, die unverdauten Brocken "auszuspuken".

Um es klar einzuschätzen,...es handelt sich um eine unwahrscheinliche, aber nicht unrealistische Möglichkeit.

Gerade hier ist der inhaltliche Widerspruch. Die BEDEUTUNG dieses Widerspruchs liegt darin, ob aufbrechende Kämpfe innerhalb der DDR und Westberlins, die sich GEGEN die Einverleibung richten, von ihrer Stoßrichtung und Erfolgsaussicht her in den nächsten Monaten und Jahren als "illusionär" eingeschätzt werden müssen oder nicht.

Es geht darum, daß der Leserbriefschreiber ohne wenn und aber jede Möglichkeit, daß das noch nicht Verdaute wieder ausgespuckt wird, für illusionär hält, wir aber nicht.

Wir werden Forderungen nach Abtrennung der DDR und Westberlins von Westdeutschland, solange auch noch die kleinste Möglichkeit für die Realisierung existiert, UNTERSTÜTZEN und nicht als "illusionär" bezeichnen. Denn schon der Kampf für eine solche Forderung schwächt auch ideologisch und politisch den west/deutschen Imperialismus. Eine Realisierung der Ziele eines solchen Kampfes (die uns auch im Augenblick eher sehr unwahrscheinlich, aber eben nicht unmöglich erscheint) wäre ein herber Schlag für den west/deutschen Imperialismus.

Dabei müssen wir betonen: Nicht die Frage des ERFOLGES entscheidet über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit von Kämpfen. Auch wenn die Kampfkraft der Arbeiterklasse der DDR und West-Berlin nicht für einen erfolgreichen Kampf ausreichen wird, hat ein Kampf für die erneute Lostrennung, für den "Austritt" aus der BRD große, ja historische Bedeutung.

Klar werden die Demagogen des westdeutschen Imperialismus fragen: "Seid Ihr gegen die Vereinigung?" Was werden wir antworten?

"Es ist halt eine unangenehme Tatsache. Finden wir uns jetzt schon damit ab, kämpfen wir auf diesem nicht mehr rückgängig zu machenden Boden." ? ? ?

So ähnlich müßte der Leserbriefschreiber antworten. Wir aber eben nicht! Sicherlich nicht!

"Ja, Ja und nochmals Ja",

wird UNSERE Antwort sein! Und zwar gegen DIESE eben durchgeführte Vereinigung, bei der uns nicht nur die Art und Weise, sondern die Vereinigung als Einverleibung der DDR und West-Berlins durch den west/deutschen Imperialismus insgesamt "stört"! Und gegen die wir uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bis zum letzten Moment --und der ist noch nicht gekommen, zur Wehr setzen werden!

Dabei sind zwei Dinge klarzustellen:

Erstens ist dies "Rückgängigmachen" nicht die einzige Möglichkeit, auf die wir uns vorbereiten. Sie steht auch nicht gleichrangig neben anderen Möglichkeiten, was die Wahrscheinlichkeit angeht. Es ist die unwahrscheinliche Möglichkeit. Wir müssen selbstverständlich auf "allen vier Hufen" beschlagen sein, also vor allem auch auf die wesentlich wahrscheinlichere Möglichkeit uns und andere vorbereiten, daß trotz gewisse Gegenwehr der westdeutsche Imperialismus es schafft, diese Einverleibung in einigen Jahren wirklich ganz durchzuziehen.

Entsprechend hatten wir schon zu einem früheren Zeitpunkt, auf der ersten Parteikonferenz 1989 angekündigt, daß nach eindeutiger Änderung der Gesamtlage wir auch unsere Linie in Bezug auf unseren "Arbeitsbereich Westdeutschland" bei der Vorbereitung der proletarischen Revolution ändern werden. (Siehe im Anhang der Auszug aus der 1. Parteikonferenz)

Zweitens aber ist von uns verschiedentlich hervorgehoben worden, daß eine Neuauflage des Honecker-Regimes, also eine Neuauflage einer von der sozialimperialistischen Sowjetunion abhängigen revisionistischen DDR nicht nur nicht unser Ziel ist, sondern angesichts der Entwicklung in der DDR und auch in der Sowjetunion diese Form der revisionistischen Diktatur einer neuen Bourgeoisie in der DDR sehr wahrscheinlich nicht erneut entstehen wird, insbesondere auch, da der alte revisionistische Staatsapparat der DDR in weiten Bereichen aufgelöst, umfunktioniert und übernommen wurde.

Zudem ist es so, daß die Kämpfe in der DDR und in West-Berlin, die sich direkt gegen die Einverleibungs/ Verdauungsmaßnahmen und Folgen des westdeutschen Imperialismus richten, auch insofern eine Bedeutung haben, als der Mythos zerschlagen werden muß, daß die Mehrheit der Bevölkerung der DDR und West-Berlins nach wie vor FÜR die Vereinigung sei.

Wenn die Dinge sich so entwickeln, daß in jeder Hinsicht klargestellt ist, dokumentiert werden kann, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse der DDR und West-Berlins GEGEN die Vereinigung ankämpft, zwar mit mehreren Monaten Verspätung, ja über einem Jahr Verspätung durch Kämpfe eindeutig beweist, daß ihre eigene Haltung vorher ganz und gar falsch war, dann wäre dies schon ein großer Teilsieg!

Dies von vornherein abzutun, geht auf keinen Fall! Kann sein, daß in den nächsten Jahren massive militante Kämpfe gegen die gesamte Einverleibungspolitik in der EX-DDR NICHT durchgeführt werden, daß einige ökonomische Streiks nur die Angleichung an westliche

Lebensverhältnisse fordern. Dann erübrigt sich ein Teil dieses Disputes.

Wenn aber die Arbeiterklasse in der Ex-DDR aus der Wut und der Enttäuschung über die nicht gehaltenen Versprechungen einen Schritt weiter geht und sagt:

"Wir lassen uns nicht schlucken, wo man eintritt, muß man auch austreten können, Volksentscheid für den Austritt oder was auch immer (insbesondere etwa, wenn westdeutsche Streitkräfte auf streikende Arbeiter und Arbeiterinnen geschossen haben etc), unser Votum für den Beitritt war falsch!"

DANN wird es spannend. Wir sind ziemlich sicher, daß der Leserbriefschreiber dann in einem solchen Fall seine Meinung nicht aufrecht erhält, einen solchen Kampf nicht als "illusionär" und "spalterisch" abtun wird. Es erscheint uns so, daß es also nicht nur den Streit über den Grad der Verdauung gibt, sondern auch einen Streit darüber, wie weit eine verschärfte Klassenkampfsituation in der Ex-DDR die Parole des "Austritts" hervorbringt, und wie wir uns als westdeutsche Marxisten-Leninisten verhalten müssen!

Unsere Kritik am Leserbriefschreiber:

Er wirft zu früh das Handtuch in DIESER FRAGE und sagt: Die Einverleibung der DDR und Westberlin ist in einem Ausmaß schon vollzogen, daß sie nicht rückgängig gemacht werden kann und im Rahmen einer revolutionären Perspektive wohl auch nicht rückgängig gemacht werden soll. ("kann", heißt es im Brief, "...eine neuerliche Teilung Deutschlands natürlich nicht unser Ziel sein").

Wir sagen:

Gegen die Forderung nach einer erneuten Abtrennung der DDR und Westberlins von Westdeutschland, auch ohne proletarische Revolution, im Rahmen des imperialistischen Systems, würden wir nicht auftreten, denn schon der Kampf für diese Forderung wäre eine Schwächung des westdeutschen Imperialismus, ... wir unterstützen Kämpfe, die dieses Ziel angesichts der heutigen Lage haben, SOLANGE diese Forderung nicht illusionär ist...und noch 5 Minuten länger, um es "überspitzt" auszudrücken, denn es ist eben schwer, genau den Zeitpunkt festzustellen, wann die Einverleibung wirklich als abgeschlossen angesehen werden muß.

Dabei muß vor allem auch der Nationalismus bekämpft werden. Denn eine der faulen Quellen bei den opportunistischen Gruppen in West/Deutschland ist ja die laut oder leise ausgesprochene Vorstellung, daß doch die Einverleibung der DDR und Westberlins in Hinblick auf die "nationale Frage" eine Art "Fortschritt" sei, gegen den man sich nicht stellen dürfe!! Und wir werden dann beschuldigt, nicht anzuerkennen, daß es doch eine deutsche Nation gäbe. Wir zweifeln nicht die Existenz einer deutschen Nation an. Wir bekämpfen aber jede Stärkung des westdeutschen Imperialismus in der Tradition der KPD, die unter den Bedingungen ihres Kampfes gegen den Nazi-Faschismus eindeutig gegen den Beitritt des Saarlandes an Nazi-Deutschland eingetreten war, ohne zu bezweifeln, daß das Saarland Teil der deutschen Nation war.

2) Was sich in drei, vier Jahren grundsätzlich ändern wird

Nichts wird sich grundsätzlich ändern, im Sinne des Charakters dieser Gesellschaftsordnung. Das ist eh klar, in Anbetracht einer nicht zu erwartenden erfolgreichen proletarischen Revolution in diesem Zeitraum. Aber nicht darum geht es. Es geht darum, daß der Leserbriefschreiber, der sich bemüht, die Dinge auseinanderzuhalten und zu differenzieren, bei einer ganz entscheidenden Frage eben unserer Meinung nach falsch differenziert.

ERSTENS, ist es klar, daß juristisch die Einverleibung der DDR besiegelt ist. Dies ist für Kommunisten zwar eine durchaus ernstzunehmende, aber keinesfalls ausschlaggebende Sache.

ZWEITENS hat ökonomisch schon vor dem 3. Oktober die Einverleibung - lange davor - begonnen, nun aber nach der Währungsreform und nach dem 3. Oktober 1990 einen gigantischen, qualitativen Schritt nach vorne getan. Dabei geht es nicht so sehr um die weitere Erschließung der DDR als Absatzmarkt für westdeutsche Waren, sondern es geht darum, daß heute ohne Frage der westdeutsche Imperialismus die Verfügungsgewalt über die wesentlichen Produktionsmittel, über alle Kommandohöhen der Wirtschaft in der Ex-DDR und Westberlin hat.

Dieser Faktor ist von erheblicher, wesentlich größerer Bedeutung. Diese unbestreitbare Tatsache zeigt, wie weit der Prozeß der Einverleibung der DDR schon vorangeschritten ist und scheint,....scheint..., dem Leserbriefschreiber recht zu geben. Aber es gibt noch einen weiteren Faktor, der ebenfalls analysiert werden muß. Und das ist die Frage der Staatsmacht, eine unserer Meinung nach ausschlaggebende Frage.

Bei der Analyse dieser Frage müssen unserer Meinung nach 3 Faktoren hervorgehoben werden:

a) Prinzipiell hat nun die Bundeswehr Zugang zur DDR und Westberlin, konkret wird es aber noch einige Jahre (wir denken 3-4) dauern, bis aus der NVA und neuen Einheiten der Bundeswehr eine vergleichbare militärische Infrastruktur wie in Westdeutschland geschaffen werden kann.

b) Die Präsenz der Sowjetarmee in den nächsten 3-4 Jahren mit mehreren 100 000 Mann kann bei einer möglichen Zuspitzung der Situation innerhalb der Sowjetunion, international, und innerhalb der DDR zu einem nicht genau kalkulierbaren Faktor werden, der im Zusammenspiel mit anderen zwischenimperialistischen Widersprüchen gegen ein "großes starkes Deutschland" und massiver Kämpfe der Arbeiterklasse in der Ex-DDR und Westberlin zum Tragen kommen könnte.

c) Der Polizeiapparat in der Ex-DDR und andere Teile des Repressionsapparates sind erheblich geschwächt - zum Teil auf ein Drittel der vorherigen Soll-Stärke. Der Ausbau auf westdeutsches Niveau wird ebenfalls mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Die konkreten Auseinandersetzungen zeigten, daß diese Schwäche des Repressionsapparates durchaus schon genutzt wurde, WENN es zu Kämpfen kam: So wurde etwa in Berlin/DDR eine Kaserne besetzt...wo wäre das in West/Deutschland möglich gewesen?

Es ist schon klar, daß ein Spannungsfeld existiert: Es dürfen keine Illusionen geschaffen werden, daß etwa der westdeutsche Imperialismus in der DDR gegen die Arbeiterklasse "nicht schließen" wird oder ähnlicher Unsinn. Das haben wir auch nicht getan. Ganz im Gegenteil müssen in den Kämpfen die Arbeiterinnen und Arbeiter auf ein solches Vorgehen der Polizei und des Militärs vorbereitet werden. Aber andererseits darf auch die real existierende Schwächung nicht einfach elegant "übersprungen", zur reinen Phantasie und Illusionsmacherei erklärt werden. Das tut auch der Leserbriefschreiber nicht, aber das Pendel seiner Kritik schlägt eher in dieser Richtung aus.

Zum Kampf ermuntern und anspornen heißt einerseits, die reale Stärke ohne Illusion aufzuzeigen, andererseits die realen Schwachpunkte so konkret wie möglich aufzuzeigen, um erfolgreichen Kampf zu entfachen. Und es heißt, nicht sofort, wenn eine Niederlage WAHRSCHEINLICH ist, schon die Niederlage zu erklären und somit zur Demoralisierung beizutragen!

Um es nochmal auf den Punkt zu bringen:

Wir würden einer Massenbewegung in der DDR gegen die Einverleibung durch den westdeutschen Imperialismus nicht zurufen: Dein Kampf ist gut und richtig, aber dein Ziel ist falsch. Wir sind gegen eine "neuerliche Teilung Deutschlands."

Wir würden sagen: Der Kampf ist gut und gerecht, es wäre großartig, wenn er auch die breiten Massen in Westdeutschland mitreißen und in der weiteren Entwicklung in einer proletarischen Revolution in allen Teilen Deutschlands münden würde.

Wenn aber Euer Kampf weitgehend von westdeutschen Kämpfen isoliert bleibt und dennoch an großer Kraft gewinnt, unterstützen wir selbstverständlich auch als Teilforderung, die für die Völker der Welt verhängnisvolle Einverleibung der DDR und Westberlins rückgängig zu machen, soweit es irgend geht. (auch wenn damit noch nicht der Kapitalismus in der DDR und Westberlin gestürzt werden kann). Dies gilt auch für eine Westberlin nicht einbeziehende Loslösung der DDR. Eure Forderung nach Beendigung der Einverleibung durch Westdeutschland ist richtig, nicht illusionär, sondern unterstützenswert.

Für uns war und bleibt es eine grundlegende Aufgabe, die westdeutschen Revisionisten und Opportunisten genau zu beobachten, zu analysieren und zu bekämpfen. EIN Merkmal aller opportunistischen Gruppen war es eben, in berauschendem Tempo ihren Arbeitsbereich auf die DDR auszuweiten, zumal sie in ihrem Namen eh schon diesen Anspruch verankert hatten. Das war hier in Westdeutschland die konkrete Situation im ideologischen Bereich der sich LINKS verestehenden Gruppen und Organisationen. Unsere Polemik gegen die willfährige Übernahme der Mentalität des westdeutschen Imperialismus kann und muß auch aus diesem Zusammenhang gesehen werden.

Der Leserbriefschreiber meint, wir müßten unsere Linie nach dem 3. Oktober ändern. Wir sagen, ... nicht so schnell, die Stärke des westdeutschen Imperialismus, seine Ausdehnung auf die DDR und Westberlin ist real, aber der Punkt wo wir endgültig von einer "gesamtdeutschen" proletarischen Revolution ausgehen, also auch von einer "gesamtdeutschen" (ein fürchterliches Wort) kommunistischen Partei ist noch nicht erreicht.

Eine Frage an den Leserbriefschreiber

Verblüffend ist der Schluß des Leserbriefes: Dort wird in keiner Weise ein innerer Zusammenhang zwischen der eigenen Feststellung, daß in Hinblick der Einverleibung doch die Sache gelaufen sei, und der Frage der Organisierung EINER KP anerkannt. Mit einer gewissen Unbekümmertheit wird auf diese für UNSERE Diskussion sehr wesentliche Frage eingegangen und ein wenig um den heißen Brei herumgeredet. Hier würden wir gerne nachfragen: Welches Argument soll es GEGEN das Konzept des Aufbaus einer einheitliche KP in ganz Deutschland geben, wenn nach Ansicht des Briefschreibers eh die Einverleibung als "gelaufen" angesehen wird? Es ist eine Sache, korrekt die LINIE zum Parteaufbau, hier konkret den prinzipiell korrekten Arbeitsbereich festzulegen. Es ist eine zweite Sache, auf diesem Boden dann entsprechend der konkreten Situation für die Praxis bestimmte Methoden festzulegen.

Wir sagen, daß in der noch nicht geklärten Übergangsperiode, während des Prozesses der Einverleibung der DDR und West-Berlins unser Arbeitsbereich eindeutig festgelegt ist: Wir bauen die Parteiorganisationen in Westdeutschland auf! Und nicht in West-Berlin und nicht in der DDR. Wir werden daher auch etwa den Titelkopf von "Gegen die Strömung" solange nicht ändern, bis diese Fragen nicht auf Grund der weiteren Entwicklung geklärt werden.

Was auch in 3-4 Jahren nicht "gelaufen" sein wird

Wir sind ganz und gar nicht der Meinung, daß etwa auf ökonomischem Gebiet, in der Frage des "Lebensstandards" die Propaganda des westdeutschen Imperialismus realistisch ist, daß sich hier die Unterschiede in 3-4 Jahren nivellieren.

Diese Unterschiede wird es aus historischer Perspektive, aber auch aus der Geschichte der letzten über drei Jahrzehnte und der letzten 4 Monate noch sehr lange Zeit geben, ähnliche Dimensionen haben wie - um ein Beispiel zu nennen, - die Unterschiede zwischen Norditalien und Süditalien. Der Leserbriefschreiber vermutet, daß wir der Propaganda des westdeutschen Imperialismus in dieser Frage aufsitzen. Er irrt sich.

Uns geht es bei der Behandlung der "3-4 Jahre" um den Ausbau der staatlichen, vor allem militärisch-polizeilichen Oberhohheit der west/deutschen Imperialisten im Zusammenhang mit dem endgültigen Abzug der Sowjetarmee.

DIESE Frage, nicht die angebliche "Angleichung" des Lebensstandards, ist für unsere Debatte über die Möglichkeit, die Einverleibung der DDR und W-Berlins rückgängig zu machen, entscheidend. Einverstanden sind wir mit der Einschätzung des Leserbriefschreibers, daß der Lebensstandard in der Tat in 3-4 Jahren nicht wirklich angeglichen ist. Aber das hatten wir auch nicht behauptet. Auch im Oktober-Flugblatt von GDS nicht.

Jedoch werden auch bei der Einschätzung der Möglichkeiten des westdeutschen Imperialismus, in den nächsten drei bis vier Jahren Etappen der Nivellierung durchzusetzen noch konkrete Auseinandersetzungen bei uns nötig werden. Der Leserbriefschreiber sollte auch die REALE Stärke des westdeutschen Imperialismus auf wirtschaftlichem Gebiet nicht unterschätzen und nicht der Illusion aufsitzen, daß der westdeutsche Imperialismus sozusagen "rein ökonomisch" KEINE Schritte hin zu Nivellierung unternehmen könne.

Es ist auf Grund der vorliegenden Fakten schwer zu beweisen, aber es zeichnet sich ab, daß nach einer Phase ganz massiver Einbrüche im Lebensstandard der Werktätigen der Ex-DDR, vor allem noch in diesem Jahr, bei einer wesentlichen Vergrößerung des Heeres der Arbeitslosen in der Ex-DDR auf mehrere Millionen und deren absoluten Verelendung, ein nicht unerheblicher Teil der Werktätigen der Ex-DDR nach den ersten großen Schlägen mit einer gewissen schrittweisen Verbesserung der Situation 1992/93 rechnen kann. Dabei wird die verschärfte Ausplünderung der Völker der Welt durch den westdeutschen Imperialismus eine erhebliche Rolle spielen, aber auch die Frage, wieweit es die west/deutschen Imperialisten "nötig" haben, angesichts der Kämpfe der werktätigen Massen zu Zugeständnisse an z.B. ca. die Hälfte der Werktätigen der EX-DDR zu machen und gleichzeitig eine relativ breite und stabile Schicht der Arbeiteraristokratie zu festigen, die die Abwürgung der Tageskämpfe weitgehend garantiert.

"Koloß auf tönernen Füßen"

Auch hier müssen wir zunächst mit einer Gegenfrage auf die Kritik reagieren: Aus unserer Sicht war dieses Bild des Genossen Lenin, ähnlich wie das Bild des Genossen Mao Tse-tungs vom "Papiertiger" eben ein Bild mit allen Vorteilen und Nachteilen von Vergleichen, die ja bekanntlich immer irgendwo hinken. Beide Bilder, von Lenin und von Mao Tse-tung, kennzeichnen den revolutionären Optimismus angesichts der großen Gefahr des Defätismus, da die tägliche Praxis ja immer und immer wieder zeigt, wie mörderisch, geradezu übermächtig dieser Koloß jegliche Freiheitsbewegung zerschlägt.

Resignation soll bekämpft werden, es soll gezeigt werden, daß der Imperialismus, auch eine imperialistische Großmacht wie der west/deutsche Imperialismus, heftige Schläge erhalten, ja gestürzt und zerschlagen werden kann. Das ist der Sinn dieser Bilder und der Sinn der Verwendung des Bildes vom "Koloß auf tönernen Füßen".

Warum allerdings gerade der "Papiertiger" noch akzeptiert wird, die "tönernen Füße" aber nicht, würde uns wirklich sehr interessieren. Denn so zerbrechlich Ton ist : Gegen Papier ist es allemal noch stabil. Doch dies mehr am Rande.

Warnungen vor Illusionen sind eigentlich immer richtig, wie bei einer Schrotflinte (ähnlich die Warnung vor dem Revisionismus) haben solche Warnungen immer eine gewisse Trefferquote, gewiß auch gegenüber dem Oktober-Flugblatt von GDS im Oktober 1990, in dem den anstehenden Kämpfen innerhalb der Ex-DDR (Reichsbahnerstreik) Unterstützung gegeben werden, Tendenzen zur Resignation angesichts des Machzuwachses des westdeutschen Imperialismus entgegengetreten werden sollte.

Die Darlegungen des Leserbriefschreibers haben nun, um es vorsichtig auszudrücken, nicht nur das Oktober-Flugblatt von GDS mit der breit gestreuten Kritik getroffen, sondern auch das Bild vom "Koloß auf tönernen Füßen" überhaupt scheint dem Leserbriefschreiber nicht sehr sympathisch. Klar, daß wir an einer Darlegung seiner Einwände am Bild vom "Koloß auf tönernen Füßen" sehr interessiert sind. Meint er daß das Bild nur für das imperialistische System als Ganzes zulässig ist? Meint er, daß es nur in der Situation des 1. Weltkrieges und kurz danach zulässig war, also beim Herannahen revolutionärer Situationen oder in revolutionären Situationen? Eine weiterführende Diskussion DIESER Fragen, über die konkrete DDR-WESTBERLIN-DEBATTE hinaus, erscheint uns doch wichtig.

Zur Verwendung des Stalins-Zitates

Es wird schwer sein diese Frage zu debattieren. Wir wollen JEDE Schwäche des west/deutschen Imperialismus, jeden Erfolg im Kampf gegen ihn propagieren, um die Mentalität der "Allmacht" des deutschen Imperialismus zu zerschlagen.

Stalins Zitat, noch mehr aber natürlich die Praxis des Partisanenkampfes und des "unvorhergesehenen" gigantischen Kampfes der Roten Armee, sind ein Punkt dabei.

Konkret ist es in der Tat angesichts der noch nicht durchorganisierten Infrastruktur des Staatsapparates der Ex-DDR so, daß Lücken, Schwächen, Kompetenzgerangel in erheblichem Ausmaß vorhanden sind..., das soll und muß ausgenutzt werden. Wenn die DDR-Polizei einen neonazistischen Schläger erschießt, dann ist das sozusagen eine Art "Mißgeschick"... für SIE, nicht für uns!

Es ist gewiß eine KUNST, einerseits angesichts der Tradition der Autoritätsgläubigkeit und der "Allmacht" des Staates, alle Schwächen dieses Staates aufzuzeigen, ihn auch lächerlich in bestimmter Hinsicht zu machen, seine Unfähigkeiten, dort wo sie entlarvt werden können, herauszustellen, andererseits aber nicht in Illusionsmacherei zu verfallen. Mag sein, daß dies im Oktoberflugblatt nicht gut genug gelungen ist. Daß dies aber eine grundlegende Aufgabe ist, die vom Ansatz her auch im Oktoberflugblatt seine Berechtigung hat, das erscheint uns doch auf jeden Fall richtig. Dabei geht es auch bei der AKZENTSETZUNG um eine konkrete Einschätzung, welche GEFAHR bei den Leserinnen und Lesern unserer Flugblätter besonders bekämpft werden muß.

Vielleicht liegt hier auch ein Teil der unterschiedlichen Einschätzung, WAS für ein Akzent gesetzt werden muß, da unsere Diskussionen und Erfahrungen mit der "Scene", in der wir unsere Flugblätter verteilen, gewiß andere sind, als die Debatten, die der Leserbriefschreiber in seiner Umgebung führt. (Das angeführte Beispiel aus der Kriegsgefangenschaft überzeugt hier überhaupt nicht, im Gegenteil. Denn es gab ganz im Gegensatz zur Behauptung des Leserbriefschreibers genaue Anweisungen innerhalb der faschistischen Wehrmacht, wie nach einer Gefangennahme auf die Beachtung der Kriegskonventionen zu drängen sei und wie "man" sich gegenüber nicht mehr NSDAP-treuen "Kameradenschweinen" zu verhalten werden soll. Aber dies nur nebenbei.)

Die Richtigkeit des Satz Stalins und seine für die konkreten Schwierigkeiten des west/deutschen Imperialismus heute in der Ex-DDR liegt doch auf der Hand. Natürlich steckt da eine gewisse agitatorische Übertreibung, eine Lächerlichmachung drin. Gerade das aber stört uns nicht.

Zusammenfassung

Die Kritik des Leserbriefschreibers dort, wo davon ausgegangen wird, daß es illusionär ist, von einer Rückgängigmachung der Einverleibung der DDR und Westberlins (eine Art Auskotzen, weil dem imperialistischen Wolf kräftig in den Magen getreten wurde) als reale Möglichkeit und Kampfziel zu sprechen, erscheint uns falsch. Ganz besonders unverständlich erscheint uns vor allem die geradezu stiefmütterlich lässige Haltung zur Frage der Konsequenzen der Einverleibung der DDR und Westberlin für den PARTEIAUFBAU.

Die Warnung vor zu großen Illusionen in Schwächen des gerade erneut erstarkenden west/deutschen Imperialismus hat schon eine gewisse Berechtigung, auch wenn die Details seiner Kritik ("Koloß auf tönernen Füßen"/Stalin-Zitat) nicht überzeugen konnten. In der weiteren Debatte zu klären wäre, wie weit der Leserbriefschreiber selbst allerdings als grundlegende Aufgabe anerkennt, den Hochmut des angeblich "allmächtigen" Imperialismus täglich auch propagandistisch den Krieg zu erklären, um den realen revolutionären Kampf vorzubereiten und zu unterstützen.

Ps :

Es mag sein, daß der Streit, ob nun 1991 oder 1992 die Einverleibung durch harten Kampf rückgängig zu machen ist, weder jetzt noch in drei bis vier Jahren wirklich wissenschaftlich beweiskräftig zu klären ist. Es ist wahrscheinlich so, sehr wahrscheinlich so, daß die Einverleibung wirklich in drei bis vier Jahren endgültig und unwiderruflich abgeschlossen ist. Der heutige Streit über die 1990-94 existierende reale Lage wird dann keine direkte praktische Bedeutung mehr haben. Und dennoch: Wir sind tief davon überzeugt, daß es richtig war und ist, LIEBER LÄNGER als KÜRZER die Endgültigkeit der Einverleibung der DDR und Westberlins anzuzweifeln und den Kampf dagegen NICHT als illusionär zu bezeichnen, lieber LÄNGER als KÜRZER mit der Organisation einer KP im "gesamtdeutschen Rahmen" gewartet zu haben.

Redaktion des GDS-Info

ANHANG :

Die revanchistische Propaganda und Politik der "Wiedervereinigung"

In unserem heutigen Kampf für die sozialistische Revolution in Westdeutschland spielt der Kampf gegen jegliche "Wiedervereinigungs"-Propaganda des westdeutschen Imperialismus eine wichtige Rolle. Denn die Schürung des Gefühls durch die westdeutschen Revanchisten, "den Deutschen sei Unrecht geschehen" und nun gelte es mit allen Mitteln Schritt für Schritt entsprechend der jeweiligen Stärke dieses angebliche "Unrecht", die Existenz zweier deutscher Staaten, die Souveränität der DDR zu beseitigen - das ist eine wesentliche Basis, um die Bevölkerung an sich zu binden und in die Machtpolitik, schließlich die Kriegspolitik des westdeutschen Imperialismus hineinzutreiben.

Wir lehnen jegliche Propaganda und jegliche Politik für die "Wiedervereinigung Deutschlands", sämtliche Schritte auf dem Weg in diese Richtung unter der Führung des westdeutschen Imperialismus grundsätzlich und ohne wenn und aber ab.

Dabei bestreiten wir überhaupt nicht, daß historisch eine deutsche Nation entstanden ist und auch heute existiert, auch territorial ein Kerngebiet entstanden ist, das nicht einfach in 50 oder 100 Jahren seinen inneren Zusammenhang verlieren kann, weil zwei Staaten entstanden sind. Daraus folgern wir aber gerade nicht ein angeblich unter allen Bedingungen gültiges "Recht auf Selbstbestimmung der deutschen Nation". Denn eine Berechtigung hat die Losung der Selbstbestimmung nicht für imperialistische Großmächte.

Solange Westdeutschland, die DDR und Westberlin staatlich getrennt existieren - unbeschadet, daß in den nächsten Jahren, ja Monaten durch den Prozeß der Einverleibung der DDR und Westberlins diese Fragen erneut aufgerollt werden müssen - war und ist unsere Linie:

Ohne eine sozialistische Revolution in der DDR, ohne eine sozialistische Revolution in Westberlin, ohne sozialistische Revolution in Westdeutschland, also ohne *alle* diese Vorbedingungen können wir jegliche wie auch immer gefärbte Politik der "Wiedervereinigung" nur entschlossen und ohne Kompromisse ablehnen.

* * *

Wir sind nur nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in Westdeutschland, nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in der DDR und nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in Westberlin (bzw. - falls eine imperialistische Einverleibung der DDR und Westberlins, die Bildung *eines* imperialistischen Deutschlands stattgefunden hat - nach dem Sieg *einer* sozialistischen Revolution) für die Entwicklung einer sozialistischen deutschen Nation, damit gerade auch in diesem Rahmen allen reaktionären Elementen der deutschen Nation der Krieg angesagt wird und sie vernichtet werden. In diesem Klassenkampf müssen fortschrittliche und sozialistische Elemente aller Völker der Welt studiert und propagiert und auch alle wirklich fortschrittlichen und sozialistischen Elemente der nationalen Geschichte Deutschlands bewahrt und entwickelt werden.

Die Entwicklung einer sozialistischen deutschen Nation muß in der historischen Perspektive zur Vernichtung des deutschen Chauvinismus und Revanchismus, für die Stärkung der Diktatur des Proletariats genutzt werden und bedeutet nur in diesem Zusammenhang keine

reale Bedrohung mehr für die anderen Völker. Die sozialistische Nation wird dann Bestandteil des Prozesses des Aufblühens aller sozialistischen Nationen als Voraussetzung für eine Annäherung und schließlich Verschmelzung aller sozialistischen Nationen der Welt im Weltkommunismus.

Auszug aus GDS Nr. 48:

Der westdeutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus

★ Geklärt wurde auch, daß wir zwar *gegen jegliche Einverleibung der DDR* durch den westdeutschen Imperialismus Stellung beziehen, wir uns aber davor hüten müssen, sozusagen als "Verteidiger" der Revisionistenclique in der DDR dazustehen, wie es in diversen Aktionen der "DKP-Reste" plus Anhang doch zum tragen kam. Daher kann eine Losung wie "Verteidigen wir die Errungenschaften der DDR" ganz gewiß nicht unsere Losung sein, wenn wir ohne jegliche Abstriche die Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus ablehnen und bekämpfen und die zu erwartenden Kämpfe der Werktätigen in der DDR gegen die Verschlechterung ihrer sozialen Lage durch den westdeutschen Imperialismus unterstützen.

★ Dabei wurde - und dies ist gravierend - angesichts der *aktuellen Entwicklung* klar gestellt, daß die imperialistische "Wiedervereinigung" noch nicht vollzogen wurde. Wir müssen sie nach wie vor bekämpfen und an der Linie der eigenständigen Revolution in Westdeutschland festhalten. Dennoch mußte in unserer Resolution bereits berücksichtigt werden, daß die vor unseren Augen vor sich gehende vollständige Einverleibung der DDR und Westberlins sehr wahrscheinlich nicht verhindert werden kann, so daß sich die Aufgabe stellt, dann neue Perspektiven der sozialistischen Revolution in diesem nun entstandenen imperialistischen Deutschland zu bestimmen.

☆☆☆

Auszug aus GDS Nr. 49:

Bericht über den Verlauf der Diskussion zu den programmatischen Resolutionen:

(aus: GDS - Informationen 2-3/91, S. 21 ff.)

Stellungnahme der Leitung von GDS zur "Einverleibungsdebatte"

Editorial

1. Einverleibungsdebatte - wann die Linie ändern?

1)

Die Debatte über die Frage der "Einverleibung der DDR" konzentriert sich aus unserer Sicht immer mehr auf ideologische Fragen des Kampfes gegen den Nationalismus.

Falls in dieser Debatte Ansichten Bedeutung erhalten, die nun gar beginnen in der "nationalen Einheit" positive Aspekte herauszustellen und den neuen Zustand nicht als Rückschritt gegenüber dem vorherigen Zustand begreifen, wie sollte dann der um sich greifende pestartige deutsche Chauvinismus wirkungsvoll bekämpft werden? Die alten Worte Lenins fallen uns ein: Kratze an so manchem Kommunisten, und der großrussische (deutsche) Chauvinismus wird sichtbar!

Es ist gewiss eine Sache, ob die Frage einer möglichen Rückgängigmachung der Einverleibung der DDR von Genossinnen und Genossen als unrealistisch angesehen wird, weil sie schon zu weit fortgeschritten sei, keine Gegenwehr in Sicht, oder aber ob nun anklingt, daß eine solche Möglichkeit ja eigentlich eh gar nicht wünschenswert sei, denn "nationale Einheit" sei eben "nationale Einheit".

Die groß angelegten Treffen der Revanchistenverbände an Pfingsten haben deutlich gemacht (und nicht nur diese Treffen, sie sind einerseits eher nebensächlich, andererseits offener Ausdruck des Revanchismus) haben gezeigt, was für die Nachbarvölker zu erwarten ist: "Deutschland, einig stark und groß, die Scheiße geht schon wieder los" - das kann und muß laut gesagt werden.

2)

Abgesehen von dieser ideologischen Seite der Sache, die sehr ernst genommen werden muß, gibt es jedoch die durchaus wichtige Frage, wann von einer endgültigen Einverleibung der DDR ausgegangen werden muß, und entsprechend auch die LINIE des Parteaufbaus, die PERSPEKTIVE einer Revolution in diesem Deutschland fixiert werden muß.

Jene, die jetzt schon eine Änderung der Linie in dieser Hinsicht mehr oder minder ausdrücklich anstreben, haben unserer Meinung nach die BEWEISLAST, daß sich die Lage schon so qualitativ geändert hat, daß die alte Linie FALSCH ist.

Es handelt sich ja dabei nicht um eine akademische Frage, sondern um eine für unsere Hauptaufgabe, den Parteaufbau elementar praktische Frage.

Wir bekräftigen an dieser Stelle: Vor allem aus ideologischen Gründen und weil uns politisch die Behauptung einer endgültigen Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus nicht ausreichend bewiesen erscheint, gehen wir lieber langsam und vorichtig an diese Frage heran und fordern solange wie irgend möglich den Kampf gegen diese "nationale Einheit" zu forcieren.

3)

Was die praktische Unterstützung revolutionärer Kräfte in der EX-DDR angeht haben wir mit unserer jetzigen Linie wesentlich weniger Probleme mit Jugendlichen Kontakte herzustellen, Aktionen zu unterstützen als jene, die im grunde schon die Parole: "Eine Revolution, eine Partei" auf der Lippe haben.

Denn es ist in sich logisch, daß die revolutionären Jugendlichen in der DDR berechtigtes Mißtrauen gegen die "Einverleibungslinien" aus Westdeutschland haben, die sich dort die Türklücken in die Hand geben. Objektiv wie subjektiv bietet unsere richtige Position "lieber länger warten" hier bessere Ansätze, sich konkret und solidarisch über die Lage zu informieren und Diskussionskontakte herzustellen.

...

GEGEN DIE STRÖMUNG

1. Oktober 1992 ist die Einverleibung der DDR und Westdeutschlands abgeschlossen!

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen...!

Karl Marx' Aufruf ist aktueller denn je:
Krieg den deutschen Zuständen!



Ein weiterer Beitrag einer Genossin

1) Die grundlegende Frage in der Diskussion ist: Muß jetzt aufgrund der Veränderungen infolge der Einverleibung der DDR die Basis der Linie geändert werden.

Als grundlegende Linie in dieser Frage betrachte ich:

"Wir lehnen jegliche Propaganda und jegliche Politik für die 'Wiedervereinigung Deutschlands', sämtliche Schritte auf dem Weg in diese Richtung unter der Führung des westdeutschen Imperialismus grundsätzlich und ohne wenn und aber ab." (GDS Nr. 48, zitiert nach GDS-Info 2-3/91, S. 34)

Von der Linie her identische Ausführungen finden sich in der WBK-Nummer 39:

"Gerade in Westberlin ist dagegen kein konsequenter Kampf möglich, wenn dem westdeutschen Imperialismus auch nur ein Zugeständnis bei seiner Politik der Einverleibung gemacht wird"

Solange der Prozeß der Einverleibung der DDR nicht abgeschlossen ist, bleibt diese Aufgabe bestehen. Solange dieser Prozeß nicht abgeschlossen ist, ist es falsch die Basis der festgelegten Linie zu dieser Kernfrage des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus zu verlassen. Jetzt bereits von der vollständigen "Wiedervereinigung" als einer "historischen Tatsache" auszugehen, welche uns grundsätzlich dazu zwingt, die Arbeit in einem "gesamtnationalen" Rahmen zu organisieren, bedeutet den weiteren Kampf gegen die Einverleibung de facto unmöglich zu machen.

2) Alle an der Debatte Beteiligten sind der Meinung, daß sich der Streit erübrigt, wenn die Einverleibung restlos gelaufen ist. Auch die Papiere, welche bereits jetzt auf den "gesamtdutschen Rahmen" umschalten wollen, bestreiten im Endeffekt nicht, daß der Prozeß der Einverleibung noch nicht abgeschlossen ist.

Und hier kommt nun das zentrale Argument dieser falschen Position, welches sinngemäß lautet: Das alles mag gut und richtig sein, aber der westdeutsche Imperialismus ist so stark, die dagegen ankämpfenden Kräfte sind so schwach, daß ohne wenn und aber von der Tatsache der vollzogenen Einverleibung ausgegangen werden müsse. Alles andere sei ILLUSIONÄR und den westdeutschen Imperialismus VERNIEDLICHEND. Es ist nichts mehr zu machen, komme, was da wolle (außer Revolution, die in der Frist weniger Jahre äußerst unwahrscheinlich ist, oder Weltkrieg).

So kommt doch heraus, daß die Sache insgesamt als völlig entschieden eingeschätzt und behandelt werden müsse und alles weitere Gerede vom "Kampf gegen die Einverleibung" nur Illusionsmacherei, "Verschließen der Augen vor der rauen Realität" usw. sei. Dem immer noch notwendigen Kampf gegen die Einverleibungspolitik wird dadurch faktisch doch die Grundlage entzogen.

3) Die ganze Polemik gegen angebliche Illusionsmacherei hätte meiner Meinung nach nur dann eine Berechtigung, wenn die eine Seite sagen würde: Eigentlich ist noch nicht viel passiert, und das was passiert ist, ist relativ leicht wieder rückgängig zu machen.

Mit dieser verfehlten Polemik wird darüber hinweggeredet, daß TROTZ der unbestritten bereits sehr weit vollzogenen Einverleibung der DDR dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen ist, daß es noch immer notwendig ist, dagegen anzukämpfen, daß der "Zündstoff" und "Sprengstoff" dafür noch immer da ist, gerade auch durch das blitzartige Tempo, die Überrumpelung, mit dem der Anschluß in den letzten Monaten vollzogen wurde. Die Schnelligkeit, mit der vorgegangen werden konnte, ist Ausdruck der Stärke des westdeutschen Imperialismus; die an den Tag gelegte Hektik ist aber auch Ausdruck einer Schwäche, bzw. wurde tatsächlich auch diktiert durch die realistische Kalkulation möglicher Schwierigkeiten bei der Vollziehung dieser Einverleibung, seien sie innerer oder internationaler Art. Das alles darf nicht mit Hinweis auf die Aggressivität und Stärke des westdeutschen Imperialismus weggespielt und lächerlich gemacht werden (als ob jemand annimmt, daß sich die sozialimperialistische Armee auf dem Gebiet der DDR mit den revolutionär kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern solidarisieren würde!!)

4) Möglichkeit und Wirklichkeit, "Erfolgsaussicht"

Ein Argument gegen angebliche Illusionsmacherei ist, daß eine unwahrscheinliche MÖGLICHKEIT als Grundlage der Linie genommen würde. Damit wird scheinbar an einer Polemik gegen den Sozialchauvinismus angeknüpft. Die Drei-Welten-Leute verwiesen bekanntlich auf die MÖGLICHKEIT, daß z.B. Österreich vom russischen Sozialimperialismus besetzt würde, um diesen als aktuellen Hauptfeind hinzustellen, um von der REALITÄT der Herrschaft des österreichischen Imperialismus abzulenken.

In der heutigen Polemik geht es aber nicht um den Gegensatz von Wirklichkeit und Möglichkeit, sondern es geht um MÖGLICHKEITEN der zukünftigen Entwicklung, um die Frage, welche Möglichkeiten überhaupt bestehen, wie wahrscheinlich sie sind usw.

Bei allen Unterschieden soll ein Vergleich zeigen, worum es geht: Ist es völlig undenkbar, unrealistisch und illusionär, daß ein 3. Weltkrieg verhindert werden kann? Ist die "Realität", daß der 3. Weltkrieg unvermeidlich ist, weil der Imperialismus so stark und die Kräfte der Weltrevolution so schwach sind? Nach Lage der Dinge, ist ein großangelegter imperialistischer Krieg, d.h. faktisch 3. Weltkrieg, wahrscheinlicher als die Verhinderung dieses Krieges durch den Kampf des Weltproletariats, durch Revolutionen. Dennoch wäre es falsch, demobilisierend und schädlich, den Kampf zur Verhinderung des 3. Weltkriegs als illusionär, den Imperialismus verniedlichend usw. hinzustellen.

Eine politische Linie muß auf der REALITÄT aufbauen. Das bedeutet aber auch, ALLE Tendenzen dieser Realität in Rechnung zu stellen, nicht nur mit einer Möglichkeit zu rechnen, sondern auch mit einer anderen, wenn diese objektiv tatsächlich besteht.

Das bedeutet: Das Festhalten an der Grundbasis der Linie des Kampfes gegen die Einverleibung bedeutet dann nicht das Aufbauen auf nur einer, noch dazu unwahrscheinlichen Möglichkeit, wenn diese bisherige Linie aufgrund der WAHRSCHEINLICHEN imperialistischen Lösung "relativiert" wird.

Ich meine: Wenn wir konsequent bis zum Schluß die Fahne des Kampfes gegen die Einverleibung hochhalten, wenn wir wirklich in der Agitation und Propaganda massiv deutlich machen: Mit uns nicht, wir machen da nicht mit, wir sind jene Kraft, die dagegen ankämpft bis diese "Barrikade" des Kampfes gegen den "eigenen" Hauptfeind nicht mehr zu halten ist und eine neue Kampfposition bezogen werden muß, dann können wir, wenn wir diese Position nicht ins absurde übersteigern, dabei nur gewinnen.

kin 20.4.1991

Zum Flugblatt vom November 1990

**Die Doppeltaktik des westdeutschen Imperialismus entlarven!
Solidarität mit den gerechten Kämpfen des
palästinensischen Volkes!**

Kritik eines Genossen aus Österreich

Beim Kasten "Diskussionspunkte" habe ich Probleme:

- Bei der Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk gibt es Tendenzen, den Antisemitismus zu akzeptieren, die unbedingt bekämpft werden müssen. Das ist sogar das gefährlichste in einem Land wie Westdeutschland. Es gibt aber auch andere Tendenzen, die der Kompromisse mit dem reaktionären israelischen Staat z.B., nach dem Motto "Land gegen Frieden" für die jetzige israelische Gesellschaftsform (eine Neokolonie, die ähnlich aufgebaut ist wie das Apartheid-Südafrika). Dieses Problem habt ihr aber aus dem Kasten ausgeklammert. Ich finde es nicht richtig, weil ich gemerkt habe, daß es in der Regel fast unmöglich ist, das Vertrauen von Palästinensern und Palästinenserinnen zu gewinnen, wenn nicht auch dieser Punkt geklärt wird.

- Eure Aussagen zu den Hintergründen des Verhaltens der UdSSR zum UNO-Beschluß von 1947 finde ich nicht richtig. Der Vertreter der UdSSR argumentierte am 26. November 1947 vor der UNO, "daß die Juden als Ergebnis eines von Hitler-Deutschland entfesselten Krieges mehr als jedes andere Volk gelitten haben", "daß es in Westeuropa kein einziges Land gab, dem es gelang, das jüdische Volk gegen die Willkürakte und Gewaltmaßnahmen der Nazis zu schützen", daß die palästinensischen Juden und Araber "beide tiefverwurzelte historische Bindungen zu diesem Land aufweisen" und "daß die Juden und Araber in Palästina nicht wünschen oder nicht in der Lage sind zusammen zu leben". Damit wurde die Notwendigkeit der "Teilung Palästinas in zwei freie, unabhängige und demokratische Staaten - einen arabischen und einen jüdischen" klar bewiesen. Ihr tut aber der Sowjetunion von damals und der Klarheit in dieser Sache keinen guten Dienst, indem ihr von dieser Erklärung nur den Hintergrund des Holocaust übernehmt, den Hintergrund, "daß die Juden und Araber in Palästina nicht wünschen oder nicht in der Lage sind, zusammen zu leben" in die "Verbindung der reaktionären arabischen Führer mit dem Nazifaschismus" (was so verallgemeinert sicher nicht stimmt) verwandelt und dadurch verfälscht, während ihr den Rest nicht erwähnt. Juden und Araber waren damals "nicht in der Lage" zusammen zu leben, weil der Chauvinismus unter ihnen weit verbreitet war. Dieser Chauvinismus wurde von der britischen Kolonialmacht (nach dem Motto: Teile und herrsche) sowie von den jüdischen und arabischen reaktionären Führern gesät. So hatten z.B. zionistische Führer schon vor 1947 die Grundlinien des

jetzigen Apartheidsystems schon gezogen und bekannt gemacht, während der Mufti und seine Clique den ärgsten Judenhaß verbreiteten.

- Mit der oben zitierten Erklärung von 1947 habe ich selber ein Problem: Ich finde sie unklar in Bezug auf die nationalen Elemente bei der "Judenfrage". So ist drinnen die Rede vom "jüdischen Volk". Ich bin mit der Behauptung der Zionisten, es gäbe eine jüdische Nation, die alle Juden und Jüdinnen umfassen würde, nicht einverstanden. Polnische Juden und Jüdinnen bilden wohl eine nationale Minderheit oder kaukasische z.B. auch, aber beide nationale Minderheiten gehören nicht zu einer gemeinsamen Nation (haben z.B. verschiedene Sprachen). Insofern weiß ich nicht, ob es richtig ist, vom "jüdischen Volk" zu reden. Ich habe nichts dagegen, wenn alle Juden und Jüdinnen sich auf nationaler Ebene verschmelzen wollen, aber verwerfe solche faschistische Assimiliationsmethoden, wie sie die israelischen Herrschenden z.B. Palaschas gegenüber anwenden.

- Ein Problem, das ihr nicht erwähnt und das nicht unwichtig ist: Was soll mit den Millionen palästinensischen Flüchtlingen geschehen, die im Exil in Syrien, dem Libanon usw. leben? Sie stammen ja nicht alle aus Ostjerusalem, dem Gazastreifen oder der Westbank! Sollen sie z.B. nach Haifa zurückkehren können oder nur in den zu gründenden palästinensischen "Teil" Staat? Ich finde, die Türen Haifas usw. sollten ihnen offen stehen.

- Eure Kritik an der PLO-Charta finde ich nicht richtig. Die PLO ist der Dachverband fast aller palästinensischen Organisationen (Parteien, Gewerkschaften usw.), sie wird von der überwiegenden Mehrheit der Palästinenser und Palästinenserinnen, ob sie in Israel, Gaza, Kuwait oder sonstwo leben, als ihre nationale Organisation empfunden, insofern hat auch die PLO das Recht, ihre Interessen zu vertreten. Nun steht in der PLO-Charta, daß das Ziel der PLO ein demokratischer Staat in ganz Palästina ist. Die PLO hat das Recht, dafür zu kämpfen, daß die Palästinenser und Palästinenserinnen in Palästina (also in Israel wie im Gaza usw.) unter demokratischen Zuständen leben können. Also kann der PLO-Charta nicht vorgeworfen werden, daß sie den aktuellen israelischen Staat nicht anerkennen will (ihr schreibt ja allgemein "israelischen" "Teilstaat", ohne "demokratischen" davor), sondern eben, daß die PLO-Charta die Lösung der Probleme durch zwei DEMOKRATISCHE Staaten in Palästina, einen arabischen und einen jüdischen, ausschließt!

- Im allgemeinen bleibt mir bei diesem Flugblatt so ein komisches Gefühl: Einerseits wird "die Tradition der Zusammenarbeit zwischen arabischer Reaktion und dem Nazifaschismus" betont bis übertrieben (die saudischen Reaktionäre haben z.B. nie besonders mit dem Nazifaschismus zusammengearbeitet), während das israelische Regime im ganzen Flugblatt nicht ein einziges Mal als faschistisch bezeichnet wird. Eine solche "Gewichtung" ist keine Lösung. Wenn ihr von Nazifreunden wie dem Mufti redet, müßt ihr auch das israelische Regime als faschistisch anprangern. Die Lösung ist eben, auch zu betonen, daß Israel eine Neokolonie ist und, daß die Verbrechen des israelischen Regimes nicht gleichzustellen sind mit den Verbrechen einer imperialistischen Macht wie (Hitler- oder West-) Deutschland.

Pri.

Unsere Antwort auf die Kritik am GDS-Flugblatt vom November 1990

Lieber Genosse!

Herzlichen Dank für Deine Kritik.

1) Deine erste Kritik kritisiert nicht das, was dasteht sondern das, was Dir zu fehlen scheint. das ist legitim.

In der Tat können wir in unseren Flugblättern, erst recht nicht in so einem Kästchen ALLE existierenden Abweichungen bekämpfen, sondern müssen uns auf die uns hauptsächlich erscheinende Abweichung konzentrieren. Das ist ein MANGEL, der jedoch im Rahmen unserer größeren Nummern aufgewogen wird. Es ist aber auch möglich, daß hinter Deiner Position der Ablehnung jeglicher Kompromisse mit dem reaktionären israelischen Staat die Ablehnung des Existenzrechtes eines israelischen Staates steckt. Dies geht aus Deinem Text nicht hervor, daher ist es schwierig für uns, klar zu antworten.

2) Deine Kritik ist in sich nicht logisch. Bei Deiner Referierung der Argumente der Vertretung der sozialistischen Sowjetunion verweist Du doch auf die historischen Bindungen. daher stimmt es nicht, daß wir "nur den Hintergrund des Holocaust" sehen.

Zudem ist es uns unklar, welcher arabische Führer den Teilungsplan der UNO unterstützt haben soll?

Deine Bemerkungen über zionistische Reaktionäre und arabische Reaktionäre und über den britischen Kolonialismus teilen wir voll und ganz.

3) Wenn vom jüdischen Volk die Rede ist, so ist das nicht identisch mit jüdischer Nation

Wir sind einverstanden, daß nicht alle jüdischen Verfolgten der Diaspora Teil einer jüdischen Nation sind. Deine Randbemerkung aber, daß sie nicht eine Sprache sprechen (in Polen und Kaukasien) trifft nicht den Kern, da das Jiddische als Sprache existierte, aber selbstverständlich nicht ausreicht, um eine NATION zu konstituieren. (Siehe Stalins Definition einer Nation)

4) Die UNO-Resolution von 1947 mit zwei Teilstaaten sah unseres Wissens klar auch die Möglichkeit vor, daß palästinensische Flüchtlinge im jüdischen Teilstaat sich ansiedeln. Allerdings gab es Vorbehalte in Bezug auf die Proportionen, die durchaus eine Berechtigung hatten.

5) Deine Verteidigung der PLO-Charta hat einen Haken: Die PLO hat ein Recht, auch falsche Positionen zu vertreten, wir aber haben auch das Recht und die Pflicht, diese falschen Positionen zu kritisieren. Wir wollen nicht drumherumreden: Die PLO anerkennt ohne Wenn und Aber nicht den UNO-Beschluß von 1947, wir aber halten ihn für eine Grundlage für die Lösung gerade auch nach den geschichtlichen Entwicklungen insgesamt und nach 1947 bis heute.

Deine Position zur Resolution der UNO 1947 wird uns aus diesem Brief nicht klar.

6) Die Darstellung des israelischen Regimes als "faschistisches Regime" findet in der Tat nicht statt.

Hier rührst Du an eine Diskussion, die gar nicht so viel mit Israel zu tun hat, sondern die Frage aufwirft: Welches Regime der halb- und neokolonialen Länder ist eigentlich NICHT faschistisch, inwiefern nicht, warum nicht? Was ergibt sich daraus?

Müßten dann nicht erst recht die Drahtzieher solcher Regimes USA, BRD, Frankreich als "faschistisch" bezeichnet werden?

Dabei ist zudem noch zu unterscheiden einzelne klar faschistische Aktionen und die Frage der Charakterisierung der Gesamtlage in einem Land und den Folgen für die Taktik der KP. Wir werden auf diese Frage noch zurückkommen.

In der Hoffnung, auf die Schnelle wenigstens eine erste Antwort auf Deinen Brief gegeben zu haben

mit revolutionären Grüßen,

Dein

ts.

Zum Flugblatt vom Dezember 1990

Ein Herz für Rußland? Kriegsvorbereitung!
Die Heuchelei, Verlogenheit und Demagogie des
west/deutschen Imperialismus kennt keine Grenzen!

Kritik eines Genossen aus Westberlin

Liebe Genossinnen und Genossen!

Euer Dezemberflugblatt "Ein Herz für Rußland? ..." hat mir insgesamt gut gefallen.

Gestolpert bin ich jedoch über die Schreibweise des "west/deutschen Imperialismus" (Hauptüberschrift und Zwischenüberschrift) [Gemeint ist der Schrägstrich zwischen "west-" und "-deutschen". Anm. d. Redaktion]. Wolltet ihr die Kontinuität des westdeutschen Imperialismus zum deutschen Imperialismus des Faschismus damit zum Ausdruck bringen? Mag sein. Problematisch darin ist aber, dies (erstmal?) in einer Zeit zu schreiben, wo irgendwann der westdeutsche Imperialismus aller Voraussicht nach wieder gesamtdeutscher Imperialismus sein wird, dies aber zur Zeit sicher noch nicht ist.

Die Leserin, der Leser weiß nicht, ob ihr mit der neuen Schreibweise nun schon sozusagen unter der Hand dabei seid, Eure Linie zu ändern, noch vom westdeutschen/deutschen Imperialismus spricht, um dann später nur noch vom deutschen Imperialismus zu reden.

Wo bleibt da, "Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen"?!?

Viele Grüße, E., Westberlin, 10.1.91

Antwort auf die Kritik (28.1.91):

Liebet(r) E.

Vielen Dank für Deinen Brief vom 10.1.91 mit Deiner Kritik an unserem "Rußlandhilfe-Flugblatt".

Mit der Schreibweise "west/deutscher Imperialismus", die Du problematisch findest, wollen wir nicht in erster Linie auf die Kontinuität des "alten" deutschen Imperialismus hinweisen, das haben wir auch schon früher getan.

Wir wollen mit dieser Schreibweise deutlich machen, daß die jüngste Entwicklung, der Prozeß der Einverleibung der DDR (und Westberlins) nicht spurlos an uns vorübergegangen ist, wir sozusagen weltfremd wären. Denn was für einen deutschen Imperialismus gibt es heute noch außer dem westdeutschen? Gleichzeitig wollen wir aber auch in Erinnerung rufen, daß für uns "das letzte Wort noch nicht gesprochen" ist, daß wir durchaus noch die Notwendigkeit sehen, den westdeutschen Imperialismus besonders hervorzuheben und den Prozeß der Einverleibung noch nicht für abgeschlossen zu betrachten.

Allerdings glaube ich auch, daß wir dann später - über den Zeitraum will ich jetzt nicht spekulieren - auch nur noch vom "deutschen" Imperialismus sprechen und schreiben werden.

Viele Grüße ...

Zum Flugblatt vom 10. Januar 1991

**Statt »nationaler Opfer« und Beteiligung an der imperialistischen
Kriegstreiberei
Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus!**

Kritik von Freundinnen und Freunden des "Kurdistan-Komitees"

Köln, den 8.2.1991

Wir beziehen uns auf Eure Ausgabe vom 10. Januar 1991, genauer auf den Artikel "Die Stationierung der Bundeswehr in der Türkei bekämpfen".

Die Alph-Jets sind in Kurdistan stationiert worden und nicht in der Türkei. Wir fragen uns warum Ihr die Bezeichnung "im Südosten der Türkei" verwendet, denn das ist genau die Ausdrucksweise, die das kolonialfaschistische türkische Regime benutzt.

Ihr schreibt selbst in diesem Artikel, daß die AMF-Truppenstationierung sich gegen die kurdischen Befreiungskampf richtet und ruft alle, die wirklich fortschrittlich, antiimperialistisch und revolutionär sind, auf die Kriegsvorbereitungen zu durchkreuzen und den "Kampf der Völker der Türkei, insbesondere des kurdischen Volkes" internationalistisch zu unterstützen. Wir rufen Euch dazu auf eben als Fortschrittliche, Antiimperialisten und Revolutionäre nicht die gleiche kemalistische Propaganda wie der kolonialfaschistische türkische Staat zu verbreiten und zur Kenntnis zu nehmen, daß das kurdische Volk keines der "türkischen Völker" ist sondern ein eigenes Volk mit eigener Sprache, Geschichte, Kultur etc. und mit einem Recht auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, wofür es seit 1984 einen bewaffneten Befreiungskampf führt, der sich auf eine breiteste Massenbasis stützt, was im Unterschied zu Euch mittlerweile sogar schon bürgerliche Publikationen zur Kenntnis genommen haben.

Wir schicken Euch zu Eurer weiteren Information die Extra-Ausgabe des Kurdistan Rundbrief mit.

mit solidarischen Grüßen

Liebe Freundinnen und Freunde vom Kurdistan-Komitee,

vielen Dank für Eure Antwort auf unser Flugblatt vom 10. Januar 1991 "Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus".

Ihr kritisiert, daß wir im Zusammenhang mit der Stationierung von Bundeswehrtruppen in Erhac vom "Südosten der Türkei" geredet haben. Daß es sich hier um kurdisches Gebiet handelt hätte klarer herausgestellt werden müssen. Das ist ohne Zweifel richtig, denn solche Sprachregelungen geographischer Natur werden von der offiziellen türkisch-kemalistischen Doktrin dazu genutzt, um die Existenz kurdischer Gebiete innerhalb der Staatsgrenzen der Türkei zu verleugnen. Entsprechend werden wir in Zukunft darauf achten.

Nicht einverstanden sind wir mit Eurer weiteren Kritik, wir würden von "türkischen Völkern" reden. Das steht nicht in unserem Flugblatt, auch nicht in Andeutung! Ja, im Gegenteil: Es gibt bei uns darüber bzw. dagegen seit langem eine intensive Polemik. (Einen Überblick über unseren Standpunkt vermittelt Euch die beigelegte Nummer "Internationale Informationen Nr.13"). Die Klärung dieses Punktes liegt uns sehr am Herzen und bitten Euch, darauf einzugehen.

Aber wir vermuten, daß es bei unseren Meinungsverschiedenheiten auch um unterschiedliche Vorstellungen über den Weg der Revolution geht, wobei es Euch vorrangig um die Bildung eines Staates "Kurdistan" zu gehen scheint, während wir meinen, daß es zumindest zwei Möglichkeiten gibt:

Wir meinen, daß der Kampf der Völker der Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins mit der Situation in der Türkei vergleichbar ist:

In Rußland führten die Bolschewiki zur Zeit des Zarismus und nach der Februarrevolution einen gemeinsamen Kampf der Völker, die auf dem Staatsgebiet Rußlands lebten. Sie waren der Meinung, daß diese Völker gemeinsam mit dem russischen Volk die demokratische Revolution und darauf die sozialistische Revolution in Angriff nehmen sollten - gegen den Feind den russischen Zarismus. Gleichzeitig wurde offensiv propagiert, daß all diese Völker das Recht auf staatliche Losrennung haben. Dieser Weg war erfolgreich und der Verrat Chruschtschows, Breschnews, Gorbatschows etc. ändern nichts an der richtigen Nationalitätenpolitik Lenins und Stalins, sondern sie bestätigen sie geradezu aufs Neue!

Diesen Kampf der Völker der Sowjetunion kann man nicht einfach ignorieren, wenn es heute um ähnliche Probleme geht:

Auf dem Staatsgebiet der Türkei gibt es heute die türkische Nation und die kurdische Nation. Darüberhinaus gibt es die verschiedensten nationalen Minderheiten. Warum soll es nicht möglich und vor allem sinnvoll sein, daß die Volksmassen der Arbeiter und Bauern in der Türkei, ob Kurden, Türken, Araber, Lazen, Georgier, Armenier etc. gemeinsam

Zum Flugblatt vom April 1991

für die neudemokratische Revolution in der Türkei (und da meinen wir das jetzige Staatsgebiet, wie früher vom Staatsgebiet Rußland die Rede war) kämpfen? Aber wir betonen, daß es auch die Möglichkeit gibt, daß sich das kurdische Volk für die Lostrennung entscheidet. Welche Möglichkeit verwirklichtbar ist, wird das kurdische Volk entscheiden.

Da sind wir aber schon bei einer wichtigen Frage: Es gibt kurdisches Gebiet bzw. Bevölkerung in 5 Staaten (Türkei, Iran, Irak, Syrien und Sowjetunion). Gibt es eurer Meinung nach die Gefahr oder womöglich die Berechtigung eines Alleinvertretungsanspruchs eines dieser 5 Teile? Seid Ihr überhaupt der Meinung, daß in allen 5 Teilen das Recht des kurdischen Volkes mit Füßen getreten wird? Ibs. interessiert uns da Eure Meinung zur Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in Syrien und der Sowjetunion.

Darüberhinaus haben wir die Frage, welche Stellung Ihr zu den Rechten des armenischen Volkes habt, angesichts der Tatsache, daß das armenische Volk, teilweise in Zusammenarbeit der türkischen herrschenden Klassen und der kurdischen reaktionären Kräfte massakriert und vertrieben wurde. Welche Rechte des armenischen Volkes sind für das Kurdistan-Komitee wiederherzustellen?

Wir verstehen diese Auseinandersetzung als Streit aus dem die bewußte Solidarität gestärkt hervorgehen sollte.

Mit kämpferischen Grüßen an alle gegen Imperialismus und Reaktion kämpfenden Genossinnen und Genossen

GDS

Die Arbeiterklasse aller Länder muß den Kampf der kurdischen Werktätigen im Irak unterstützen!

Kritik eines Genossen aus Österreich

1. Was "wirklich freiheitlich-fortschrittlichen" Entwicklungen wohl sein mögen ist mir schleierhaft. Vielleicht könnt ihr mal erklären, was ihr damit meint.

2. Ihr schreibt: "Wenn die Aktionen des irakischen Regimes gegen die kurdische Bevölkerung als faschistisch bezeichnet werden sollen - was keinesfalls einfach von der Hand zu weisen ist - dann müssen die gesamte Politik und die Kriegsführung der US-Imperialisten gebrandmarkt werden!" Das habe ich nicht verstanden:

- Reaktionäre betreiben eine faschistische Politik bzw. führen faschistische Aktionen durch um ihrer Herrschaft über das Volk zu schützen, wenn sie es mit anderen, eher auf Betrug und "demokratische" Demagogie basierenden Mitteln nicht schaffen. Das kurdische Volk im Irak führt einen jahrzehntelangen - zwar nationalen - aber doch Befreiungskampf gegen die vom Imperialismus durch und durch abhängigen herrschenden Klassen der irakischen Kompardorbourgeoisie und Großgrundbesitzer. Diesen Kampf begegnet das irakische Regime mit Deportationen, Massenmorden usw. Insofern ist es keinesfalls von der Hand zu weisen, daß diesen "Aktionen des irakischen Regimes gegen die kurdische Bevölkerung" faschistische Aktionen sind. Und NICHT "keinesfalls EINFACH von der Hand zu weisen" (Großschreibung von mir). Vielleicht habe ich das Wort "einfach" mißverstanden?

- Was die "gesamte Politik und die Kriegsführung der US-Imperialisten gegen den Irak" betrifft, finde ich es falsch, sie als faschistisch zu bezeichnen.

Erstens sind die faschistischen Aktionen des irakischen Regimes in dem Zusammenhang kein Argument, weil der Krieg der u.a. US-Imperialisten gegen den Irak kein Krieg gegen eine revolutionäre Bewegung war, sondern ein Krieg gegen einen reaktionären Staat im Kampf der Imperialisten um die Neuverteilung der (Neo-)Kolonien. Insofern kann die gesamte Politik der US-Imperialisten gegen den irakischen Staat (ihr schreibt "Irak") nicht mit der Niederschlagung des kurdischen Befreiungskampfes verglichen werden.

Zweitens ist es m.M.n. nicht richtig, jedes Schurkenstück der US-Imperialisten gegen den Irak seit dem es den Irak gibt ("gesamte Politik ") als "faschistisch" brandmarken zu wollen. Die US-Imperialisten haben z.B. die Bestrebungen Kuweits und Saudi-Arabiens den Erdölpreis nieder zu halten unterstützt, das war zwar auch "gegen den Irak" gerichtet, aber nicht "faschistisch".

Drittens finde ich es in diesem Zusammenhang falsch die Demagogie von Weizsäcker's über die Bombardierung von Dresden im Zweiten Weltkrieg nicht zu entlarven.

Viertens verstehe ich nicht warum ihr versucht die US-Imperialisten als noch faschistischer als das Hussein-Regime darzustellen, wo wir doch einen solchen eindeutigen Beweis haben (mit diesem Krieg), daß allen Sorten von bürgerlichen Staaten nur Elend und Tod für die Völker bedeuten, seien sie faschistisch (Irak) oder bürgerlich-demokratisch (USA).

Fünftens möchte ich gern wissen wo von Stalin, Dimitroff oder der Komintern etwas nachzulesen ist über die Frage: Inwiefern kann ein reaktionärer Krieg als faschistisch betrachtet werden?

3. Was meint ihr mit eine schon vor 1918 jahrhundertelange nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes? Kann es nationale Unterdrückung vor der Entstehung der Nationen geben?

4. Was ihr zur Geschichte Kurdistans schreibt stimmt zum Teil überhaupt nicht! Leider kann ich mich nur auf eine bürgerliche Quelle stützen, um diese Behauptung zu untermauern, aber ich denke dieser Quelle in dem Falle vertrauen zu können.

... Des folgt eine längere Ausführung über die Gebietsverteilung und die Grenzen des Osmanischen Reiches bzw. der Türkei vor und nach dem I. Weltkrieg/Anm. d. Red.<

- Ihr schreibt "Die Aufteilung der kurdischen Gebiete auf die Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien hat aber keinesfalls, wie die internationale Reaktion gehofft hatte, die nationale Befreiungsbewegung der Kurden geschwächt." Diese Aufteilung hat aber diese Befreiungsbewegung zersplittert, statt dessen Zusammenschluß in ganz Kurdistan zu erleichtern, insofern wurde sie doch geschwächt.

Pri.

ANTWORT AUF DIE KRITIK AM FLUGBLATT 4/91

Lieber Freund!

Dein zweiter Brief zum Flugblatt 4/91 schließt an Deiner ersten Kritik an:

1. Fortschrittlich - das scheint es für Dich nicht zu geben. Kann es sein, daß Du nur ein entweder ML oder reaktionär anerkennst?

Wir können uns da vermutlich nicht einigen.

Ein Beispiel: Marxist-Leninist ist doch eigentlich nur, wer wirklich in der KP arbeitet. Sollen wir alle anderen Leute, die sich selbst vielleicht als ML ansehen, es aber objektiv eben nicht (noch nicht) sind, deswegen als reaktionär abtun?

Ähnlich auch im größeren Bereich: Viele Menschen, die für eine richtige Sache auf die Straße gehen, fortschrittliche Ideen im

Kopf haben, sind noch lange keine Marxisten. Sind dies alles Reaktionäre? Aus diesen Überlegungen heraus kann und muß eben auch eine differenzierte Sprache benutzt werden: Die Wirklichkeit ist eben differenziert.

2. Ebenso fehlt die Differenzierung zwischen reaktionär und faschistisch. Jeder Faschist ist reaktionär, aber nicht jeder Reaktionär ist faschistisch.

Dies gilt umso mehr für Regime. Das US-amerikanische Regime im Zweiten Weltkrieg war natürlich reaktionär, aber es war eben nicht faschistisch.

3. Warum wir das Wort "einfach" eingefügt haben ergibt sich aus den Überlegungen, die ich im vorangegangenen Brief dargelegt habe. Es ist eben komplizierter als nur eine Frage der Emotion über Verbrechen.

4. Unklar wird es, wenn Du wie im Stakkato nun eine Fülle von Fragen anschneidest, die die Logik Deiner bisherigen Position im Grunde untergräbt. Natürlich ist nicht alles was die USA macht faschistisch, eben daher ist es problematisch, das ganze USA-Regime als faschistisch zu beschreiben.

5. Was die Demagogie Weizsäckers mit Dresden angeht, glaube ich, daß kein ideologischer Widerspruch existiert. Nur ist das Flugblattschreiben eben eine Kunst, die vor allem eine REGEL beherzigen muß: Nicht alles reinpacken - auf wenig beschränken. Meiner Meinung nach packen wir immer noch zu viel hinein, und nicht zu wenig.

Die real existierende Gefahr der Verkürzungen muß durch reguläre Nummern und DISKUSSIONEN in solchen Nummern aufgefangen werden.

6. Deine Frage über "faschistisch": Hier ist Stalin auf dem 18. Parteitag zu nennen sowie der VII. Weltkongreß der Komintern. Das sind wohl zentrale Texte, aber auch das XII. Plenum des Exekutiv-Komitee der KI.

7. Zu Deinem Punkt 3, Nation und Volk ist nicht dasselbe. Das kurdische Volk, ja jedes Volk der Welt existiert länger als eine Nation. Sonst könnte es ja keine Völker geben, die KEINE Nation haben. (Sinti und Roma) Weil dies so ist, kann auch von der jahrhundertelangen Unterdrückung eines Volkes gesprochen werden.

8. Deine Darlegungen über die Geschichte Kurdistans müssen wir in der Tat überprüfen. Wir danken ganz speziell auch für den Hinweis zu diesem Punkt, denn wir vermissen leider eine überzeugende marxistisch-leninistische Darlegung zur Geschichte des kurdischen Volkes und sind so auf bürgerliche Quellen mit all ihren Fehlern angewiesen.

9. Der letzte Punkt Deiner Kritik kann nur als berechtigt bezeichnet werden. Gemeint war statt "geschwächt" ... vernichtet. Denn geschwächt wurde die nationale Befreiungsbewegung - zumindest lange Zeit, vernichtet aber nicht, und heute lebt der kurdische Widerstand erneut auf.

Soweit erste Bemerkungen auf Deinen Brief

Mit revolutionären Grüßen

TS.

(aus: GDS - Informationen 12/91, S. 22 ff.)

Zum Flugblatt vom Mai 1991

Das imperialistische Weltsystem ist die Ursache der »modernen Völkerwanderung«!

Eine berechtigte Kritik eines Lesers

In dem Flugblatt wird die "pseudolinke Variante des Chauvinismus" gegenüber den aus den Ländern Osteuropas kommenden arbeitssuchenden Massen richtig bekämpft.

Folgende Passage halte ich jedoch für problematisch:

"...alle wirklich klassenbewußten Arbeiter in Westdeutschland, die hier schon lange - egal welche Nationalität sie haben, aus welchen Ländern sie kamen - arbeiten, werden sich der Aufgabe stellen, die Kolleginnen und Kollegen aus den zurückgebliebenen Ländern - vor allem Osteuropas - aufzuklären und im gemeinsamen Kampf zu organisieren.

Es ist eben eine ganz andere Herausforderung, wenn breite, überwiegend reaktionär eingestellte Massen auf der Suche nach Arbeit nach Westdeutschland kommen, aus Ländern, in denen angesichts der revisionistischen Verhältnisse so gut wie gar kein gewerkschaftlich organisierter Kampf, von wirklichen Klassenkämpfen gegen die 'neue' Bourgeoisie ganz zu schweigen, stattgefunden hat."

Die beiden Absätze enthalten einen wesentlichen Mangel, eine Verkürzung, die nicht unkommentiert bleiben soll:

Da nicht konkret über den Stand der Klassenkämpfe in Westdeutschland gesprochen wird - ein folgenschwerer Mangel - wird nicht klar, daß die "wirklich klassenbewußten Kollegen" eine sehr kleine Minderheit darstellen.

Antwort der Redaktion

Die Kritik erscheint uns voll und ganz richtig.

Wir haben uns bemüht, die von Dir zitierte Passage (wie auch einige andere Stellen) bei der Überarbeitung zu korrigieren.

Deine Kritik zeigt, wie dringend notwendig und unverzichtbar es ist, daß unsere Flugblätter **sehr kritisch** gelesen und diskutiert werden und uns die (aus: GDS-Nr. 57, S. 23)

Wenn dies aber nicht klar und bewußt ist, kann - trotz bester Absichten - es so herauskommen, als sei die Mehrheit etwa der rumänischen oder polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter rückständiger als die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem deutschen Paß.

Dies ist eben nicht wahr. Gewiß gibt es durch die jeweiligen anderen Erfahrungsbereiche andere Formen, wie sich reaktionäre Ideen in den Köpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus diesen oder jenen Ländern zeigen. Doch die Vorstellung, daß im großen und ganzen die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter "fortschrittlicher" seien als etwa die aus Polen oder Ungarn, oder daß die Arbeiterbewegung in Westdeutschland qualitativ fortgeschrittener sei als etwa in osteuropäischen Ländern, stimmt ganz gewiß nicht.

Um es klarzustellen: Das wird auch in Eurem Flugblatt nicht behauptet, aber die beiden von mir zitierten Passagen klären diese Frage wirklich nicht, bzw. weisen gar in eine falsche Richtung.

Ich hoffe, daß in dem angekündigten Artikel "Über den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus" dieser Fragenkomplex genauer behandelt und der Fehler beseitigt wird.

Xaver U.

Kritik (möglichst in Form von Leserbriefen) mitgeteilt wird, damit wir im nächsten Flugblatt oder in einer Nummer die Fehler diskutieren und beseitigen können.

In diesem Sinne vielen Dank für Deinen Leserbrief.

Redaktion "Gegen die Strömung", 21.9.1991

Zum Flugblatt vom August 1991

Kriegsverbrecher Friedrich II. als Vorbild?

Kritik eines Genossen

1) Im Kasten zur Broschüre "Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum" auf der Seite 1 des Flugblattes steht folgendes:

"Diese 1947 erneut herausgegebene Schrift gibt einen gedrängten Überblick über...die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse und über die Verpflichtung eines künftigen sozialistischen Deutschlands, sich vorbehaltlos der Aufgabe zu stellen, die Verbrechen seiner "Amtsvorgänger", wie Engels schreibt, **nach Möglichkeit** wiedergutzumachen." (Hervorhebung von mir)

Die Formulierung "nach Möglichkeit" hat in diesem Zusammenhang eine doppelte Bedeutung: Einerseits kann es bedeuten, daß eine siegreiche proletarische Revolution natürlich nicht solche Verbrechen "ihrer" Bourgeoisie wiedergutmachen kann, wie z.B. die Ermordung von Millionen Männer, Frauen, Greise und Kinder durch die Nazis. Durch keine noch so große Summe an Geld, an sonstiger materieller oder politischer Hilfe an die Überlebenden des Völkermords, an die Angehörigen der Ermordeten, an die gequälten Völker ist das Leben dieser Ermordeten zu ersetzen, ist das Leid, die Qualen, die die Ermordeten, ihre Freunde und Angehörigen durchgemacht haben wiedergutzumachen - im Gegensatz zu materiellen Schäden, die durchaus auch vollständig wiedergutmacht werden können. Insofern ist das "nach Möglichkeit" richtig.

Andererseits kann die Formulierung aber auch so verstanden werden, daß die Arbeiterklasse an der Macht folgendermaßen vorgehen kann:

Hält sie es nicht für möglich Wiedergutmachung zuleisten - aus was für Gründen auch immer -, so kann sie es ruhig bleiben lassen. Denn ein unbedingtes muß ist die Wiedergutmachung ja keineswegs.

Das ist aber ganz und gar falsch. Die Wiedergutmachung des an die Macht gelangten Proletariats ist eine unbedingte Pflicht, die in **größtmöglichem Ausmaß** geleistet werden muß. Klar kann ein Volk wenn es selbst Hunger leidet nicht sofort alles auf einmal wiedergutmachen. Doch auf lange Sicht gilt das in "größtmöglichem Ausmaß" unbedingt.

Als Ersatz für diese doppeldeutige Formulierung würde ich also vorschlagen die Formulierung "in größtmöglichem Ausmaß" zu nehmen, die aus dem Potsdamer Abkommen stammt. Sie ist klar und eindeutig.

Außerdem würde ich "sich vorbehaltlos der Aufgabe zu stellen" streichen. Das ist doch schwammig und unklar, unterstützt eher noch die Aussage der Formulierung "nach Möglichkeit". Streicht man dies wird die Forderung klar und verständlich. Denn was soll diese Formulierung an dieser Stelle? Soll damit Engels richtige Formulierung zur Notwendigkeit der Wiedergutmachung, die auch in der Broschüre von 1947 steht, abgeschwächt werden oder ist es nur ein unglücklich gewählter Ausdruck? Engels Forderung lautet:

"Sobald diese Partei (die KP A.d.V.) an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wieder wiedergutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andere Nationen begangen."

(Zitiert nach: Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum, Moskau 1947, S.82, H.v.m.)

2) Noch eine kleine Kritik:

Auf der letzten Seite im 2. Abschnitt ist die Rede vom "nationalsozialistischen Verbrecherstaat", "nationalsozialistisch" ohne Anführungsstriche. Das würde ich so nicht benützen, denn so haben sich ja die Nazis selbst bezeichnet, um ihre Propaganda vom "deutschen Sozialismus" zu verbreiten. Warum bleiben wir nicht bei unserer gängigen Bezeichnung "Nazis"?

bx

Lieber Genosse!

Vielen Dank für Deine Kritik. auch wenn es nur um kleine Nuancen bei Formulierungen geht, kann die Bedeutung oftmals groß sein. So auch im vorliegenden Fall.

Wenn im Flugblatt im Kasten zur Broschüre über das reaktionäre Preußentum steht, daß das künftige Deutschland sich die Aufgabe stellen muß, "*nach Möglichkeit*" die Verbrechen seiner Amtsvorgänger "*wiedergutzumachen*", so sollte keineswegs einem "egoistischen Pragmatismus" das Wort geredet werden, nach dem Motto: "Wiedergutgemacht wird nur das, was möglich ist und was möglich ist, bestimmen wir".

Diese Passage sollte vielmehr das Ausmaß der Mitverantwortung betonen, die das deutsche Volk bereits heute an den Verbrechen des west/deutschen Imperialismus trägt, da *es gar nicht möglich ist*, all die Verbrechen, die unter Duldung des deutschen Proletariats und der anderen Werktätigen geschehen, später wieder "*gutzumachen*". Diese sind geschehen, man kann allenfalls versuchen, die Folgen zu mildern, einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Ich würde das auch nicht einfach auf materiellen Ausgleich beschränken, da spielen auch internationalistische Unterstützung, Unterstützung (materiell, politisch, ideologisch) der Revolution in den anderen Ländern oder beispielsweise Erziehungsaufgaben der eigenen Bevölkerung eine Rolle, um "wiedergutzumachen".

Einer möglichen Verfälschung dieser Intention sollte durch das "vorbehaltlos sich die Aufgabe stellen" entgegengewirkt werden, das die Verpflichtung, unter allen Umständen "wiedergutzumachen" - selbst wenn das eigene Volk selbst Hunger leidet, da haben wir vielleicht sogar eine weitere Differenz - unterstreicht.

Wenn mit der von Dir vorgeschlagenen Formulierung "im größtmöglichen Ausmaß", die Sache klarer wird, bin ich sehr damit einverstanden, diese Formulierung künftig zu verwenden. (Doch mir scheint das Dilemma das gleiche: was ist größtmöglich? Auch hier kann es zu einer pragmatischen Verfälschung kommen!) Die Streichung von "sich vorbehaltlos der Aufgabe zu stellen" finde ich in diesem Zusammenhang aber dann falsch!

Deiner Kritik an der Verwendung des Begriffs "nationalsozialistisch" ohne Anführungszeichen stimme ich zu.

el.

Zum Flugblatt vom Oktober 1991

**Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/Grünen, die seit langem eine Politik der »Abschreckung« verkünden:
Pogrome!**

Eine berechtigte Kritik eines Genossen

Kritik am Flugblatt "POGROME"

Auf der letzten Seite des Flugblatts ist 3 mal vom "Berliner Landgericht" die Rede. Natürlich ist das der Name dieses Gerichts. Aber wir dürfen bürgerliche Terminologie nicht so übernehmen. Früher waren wir sehr darauf bedacht - auch wenn es da schon ab zu Fehler gab - von Westberlin zu sprechen und nicht einfach "Berlin" zu übernehmen.

Gerade im Prozeß der Einverleibung der DDR ist es besonders wichtig auch in unserer Ausdrucksweise keine vollendeten Ergebnisse zu schaffen. Insofern gibt das Flugblatt an diesen Stellen einer falschen Haltung nach, auch wenn im Nachdruck der "Bunten Nummer" eine sofortige Korrektur erfolgte.

mm

(aus: GDS - Informationen 11/91, S. 11)

Eine berechtigte Kritik einer Genossin aus Westberlin

Westberlin 5.2.92

Liebe Genossinnen und Genossen!

Sensibilisiert durch die Debatten hier über den Stand der Einverleibung der DDR und deren Aufarbeitung für die "WBK-Mitteilungen", aber auch durch eure Kritiken an uns, fiel mir folgender Mangel an eurem Flugblatt POGROME auf:

Dort wird nicht deutlich, von welchem Standort aus ihr schreibt, wie ihr euren Arbeits-, Propaganda- und Organisationsbereich be- greift, ob ihr sozusagen als "westdeutsche" oder als "gesamt- deutsche" Kommunisten schreibt.

Ihr sprecht zwar einmal im Flugblatt von Westdeutschland: "Die ausführliche 'Berichterstattung' über Hoyerswerda in den Medien hier... diente in erster Linie - ... - vor allem dazu, von den in viel größerem Umfang stattfindenden Übergriffen in Westdeutschland abzulenken." Dies ist jedoch nur eine sachliche Feststellung.

Vorher habt ihr als Beispiel für Pogrome die Ereignisse in Hoyerswerda in der Ex-DDR angeführt, so daß obige Abgrenzung unbedingt nötig ist, um der weit verbreiteten Ansicht, neonazi- stische Überfälle kämen häufiger in der Ex-DDR vor, in Eurem Flugblatt keinen Vorschub zu leisten, sondern sich dagegen abzu- grenzen.

Ich bin sehr dafür, diese Demagogie zurückzuweisen, aber richtig kann man sie meiner Ansicht nach nur widerlegen, wenn unterschieden wird zwischen den verschiedenen Teilen Deutschlands, wenn der eigene Standort klar gemacht wird, wenn deutlich wird, daß ihr von Westdeutschland aus schreibt. Da setzt meine Kritik an.

Bis auf die oben zitierte Stelle, ist in eurem Flugblatt von der "Bundesrepublik" oder der "BRD" die Rede. Darunter kann die "alte" Bundesrepublik oder die alte plus die sogenannten fünf neuen Bundesländer verstanden werden. Solltet ihr zweiteres gemeint haben, dann beziehen sich die aktuellen (nicht historischen) Aussagen zur Lage automatisch auf die Ex-DDR. Auf alle Fälle verwischt diese Begriffswahl die weitgehenden Einverleibung der DDR. Daraus ergibt sich dann eine Verwischung des eigenen Standortes.

In diesem Zusammenhang der weitgehenden Einverleibung wäre es wichtig gewesen zu sagen, daß durch die imperialistische Wiedervereinigung der deutsche Chauvinismus und Rassismus weiteren Auftrieb erhalten hat, nicht nur in der Ex-DDR natürlich.

Im übrigen: Wo überhaupt unterscheiden wird zwischen den in Westdeutschland und in der Ex-DDR stattgefundenen rassistischen und faschistischen Anschlägen, ist in der (mir gut gefallenen) Übersicht in den am Rande mitlaufenden Spalten: Doch ist dies nicht konsequent durchgehalten worden: Der Zusatz Ex-DDR fehlt auf S. 1 bei Dresden, S. 2 bei Hoyerswerda, S. 3 bei Wesendahl, Kreis Stausber, Freital bei Dresden, Thiendorf bei Dresden und einige Male in der Sammelaufzählung "Zwischen dem 23. und 29.9."

So gut ich das Flugblatt finde, was zum Beispiel die "Geschichte" mit dem Dorf betrifft oder den Kasten zu Ayhan Öztürk, war mir fehlt, ist, daß nicht deutlich wird, daß ihr als westdeutsche Kommunisten schreibt.

Mit revolutionären Grüßen

et.

(aus: GDS - Informationen 1/92, S. 26 f.)

Kritik eines Genossen

1.) Gar nicht gefallen hat mir der Aufmacher "POGROME" !
 Das wirkt so drohend, wie ein 'Damokles-Schwert', das über uns steht; oh Gott: Pogrome.
 Richtig finde ich klar zu machen, daß dies alles Progrome sind, und wer sie verursacht, wie das ja auch richtig gemacht wurde.
 Aber als Überschrift/Aufmacher hätte ich für richtiger gehalten: entweder:
 "Entschieden gegen die Nazis kämpfen !"
 "Den entschiedenen Antifa-Kampf gegen Staat und Neonazis organisieren !"
 "Die braune Pest geht von diesem Staat aus !";
 o.ä.;
 Als zweite Überschrift find ich "Solidarität mit den Opfern" völlig richtig.
 Das wäre doch das entscheidende von ML-Seite aus gewesen !

2.) Was fehlt: (wohlwissend, daß das immer eine ein wenig blöde Kritik ist: das und das fehlt; und wohlwissend, daß darauf an anderen Stellen schon hingewiesen worden ist).
 Erwähnt hätte werden müssen:

a.) daß der West/deutsche Imperialismus direkt Verantwortlicher für einen Großteil der Flüchtlingsströme ist, und das die deutsche Bevölkerung von der Armut, die die Menschen in die reichen Länder treibt profitiert.

b.) daß die Nazi-Anschläge auch gegen hier lebende Juden gehen und evt. kurz Antisemitismus anreissen.

c.) daß die Pogrome auch gegen Antifaschisten und alternative und linke Jugendliche gerichtet sind

3.) Bei der Widerlegung der "dreckigen Phrase vom Verständnis für die Bevölkerung" habt ihr euch meiner Meinung nach zu arg in die 'Dörfer' verbissen. Es kommt dann so raus, daß es erscheint, als sei das alles vorwiegend ein Problem in den Dörfern. Aber mit der selben Argumentation wird auch in den Stadtteilen der Großstädte gehetzt, in denen die Sammellager sind; und außerdem sind viele Anschläge eben auch in den Großstädten geschehen ! Ausserdem ist z.B. auch Saarlouis eine Stadt !!

Das war`s,

solidarische grüsse Sn.

Lieber Genosse,

wir haben Deine Kritik am Oktober Flugblatt erhalten und möchten Dir nun kurz darauf antworten.

zu 1.)

Die Hauptüberschrift "Pogrome" hat Dir gar nicht gefallen. Auch bei uns gab es eine längere Diskussion darüber, ob wir den Staatsapparat in den Vordergrund stellen, oder eher die Überfälle von seiten der Nazis anprangern sollen. Wir haben uns entschieden, das Flugblatt "Pogrome" zu nennen, weil es in den letzten Monaten eine große Zahl von Überfällen und Brandanschlägen auf Asylberwerberheime und Unterkünfte von ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen gab und wir das als eine neue Qualität von rassistischer Hetze betrachten.

Im Flugblatt heißt es dazu:

"Dabei ist nicht nur durch den Umfang solcher Nazi-Aktionen eine neue Stufenleiter des Terrors gegen Asylberwerber, aber auch zunehmend gegen Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen ganze Familien aus anderen Ländern, insbesondere aus der Türkei, die hier in der BRD leben und arbeiten, erreicht worden.

Erstmalig wurden insgesamt fünf Tage lang, mit Zustimmung der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, von nazistischen Mörderbanden öffentlich Wohnungen von Asylberwerbern und Arbeitern aus anderen Ländern angegriffen. Mit ganz offensichtlicher Zustimmung der örtlichen Polizei wurden in Hoyerswerda eine Stimmung geschaffen und Handlungen begangen, die nur mit dem Wort Pogrom richtig beschrieben werden können." (FB, S.2)

Beim Vorgehen gegen Ausländer und Ausländerinnen zeigte sich bereits in der Vergangenheit eine breite Palette, angefangen von Beleidigungen, Anpöbeleien, Schikanen auf den Arbeits- und Ausländerämtern, verschärfte Abschiebepraktiken in faschistische Staaten bis hin zu einzelnen Morden und Mordanschlägen. Aber in den letzten Monaten nahmen die Brand- und Mordanschläge auf Ausländer und Ausländerinnen zu, konnten auf eine relativ breite stillschweigende Zustimmung großer Teile der Bevölkerung rechnen und erreichten eine neue Stufenleiter des Terrors. Auf diese neue Qualität wollten wir aufmerksam machen, Solidarität bei allen wirklich linken Kräften mit den Opfern fordern, denn

"Wenn selbst gegen diese offensichtlichsste und für jeden sichtbare Form des Terrors kein Widerstand organisiert wird, ist an jede weitergehende Form des Widerstandes gegen reaktionäre Politik überhaupt gar nicht zu denken." (FB, S.3, 3. Sp.)

Zum Thema. "Die braune Pest geht vom Staat aus"

Du hast recht, die braune Pest geht vom Staate aus, die hauptsächlich Form des Terrors gegen Asylbewerber ist nach wie vor der staatliche Terror. (wie wir auch im FB auf S. 2 geschrieben haben) Es wird daher u.a. (auf S. 1)

klargestellt, daß die Bonner Parteien natürlich diese Pogrome indirekt vorbereitet haben, indem sie seit Jahren eine reaktionäre, abschreckende Politik gegenüber Flüchtlingen, die hier Asyl beantragt haben, betrieben. Es wird auch gesagt, (S.3) daß die Nazi Banden von Staatsapparat der west/deutschen Imperialisten direkt genährt und gefördert werden.

2.) Zu Punkt a): Dieser Punkt fehlt tatsächlich, es liegt an der begrenzten Anzahl von Seiten, das ein Flugblatt hat.

b) Zum Thema Antisemitismus müßte ein eigenes Flugblatt erstellt werden.

c) Wahrscheinlich meinst Du die Überfälle auf Jugendzentren. Im Zusammenhang mit der Verschärfung der rassistischen Hetze bis hin zu Pogromen fanden wir es unpassend, diese Überfälle in einem Atemzug zu nennen.

3.) Es waren natürlich nicht nur die Bevölkerung in den Dörfern gemeint, es handelte sich lediglich um Beispiele.

ky.

(aus: GDS - Informationen 11/91, S. 8 ff.)

Kritik eines weiteren Genossen

Insgesamt bin ich von dem Oktober-Flugblatt enttäuscht. Ich glaube, gerade zu einem so wichtigen Thema wie Nazi-Terror und Rassismus, daß die fortschrittliche Bewegung in der BRD stark aufgewühlt hat, hätte "mehr drin" sein können. Herausgekommen ist ein Flugblatt, das bis auf wenige Passagen auch von den Grünen oder der SPD herausgegeben worden sein könnte. "Positiv" (soweit die Bezeichnung in diesem Zusammenhang überhaupt angebracht ist) an dem Flugblatt ist die Aufzählung der neonazistischen Anschläge, vor allem die Nennung der Namen der Nazi-Opfer. Der Rest des Flugblattes geht in meinen Augen allerdings am Kern vorbei.

Beim Lesen hatte ich den Eindruck: schuld am Nazi-Terror und Rassismus sind die Bonner Politiker und verantwortungslose Medien. Jetzt gilt es, Solidarität mit den Nazi-Opfern zu zeigen und sich der "'Volksgemeinschaftsbewegung'" entgegenzustellen; ansonsten brauchen wir nur andere Politiker und verantwortungsvollere Medien, der Rest wird sich fügen. Es fehlt mir die Aussage, daß letztendlich nur mit der Zerschlagung dieses Systems dem Nazismus

der Boden entzogen wird, auf dem er gedeiht. Zu wenig wurde herausgearbeitet, daß es der imperialistische Staat West/Deutschlands ist, der den Nazi-Terror organisiert und schürt. Hier hätte auf Aussagen von west/deutschen Politikern eingegangen werden müssen, die klar belegen, wie Rassismus in diesem Land erzeugt wird. Auch hätten mir Ausschnitte aus Eurem "Pressespiegel" gefallen, die auf die Hetze eingehen, die von den Massenmedien der BRD erzeugt wird. Das wären Ansatzpunkte gewesen, die klar machen, was von zentraler Bedeutung bei der marxistisch-leninistischen Herangehensweise an diese Problematik ist und was in dem Flugblatt nur ungenügend zur Sprache kommt: daß die Faschisierung von diesem Staats- und Gesellschaftssystem ausgeht, von ihm systematisch erzeugt und organisiert wird.

In diesem Zusammenhang hätte auch wesentlich stärker darauf eingegangen werden müssen, wem diese Hetze einzig und allein nützt: der west/deutschen Monopolbourgeoisie. Angebracht wäre hier ein historischer Rückblick gewesen, der stärker als in dem Flugblatt geschehen aufzeigt, daß es stets zum Arsenal der deutschen Bourgeoisie gehörte und gehört, die Ausgebeuteten und Unterdrückten von den wahren Schuldigen abzulenken.

Auch hätte stärker klar gemacht werden müssen, daß man sich beim Kampf gegen Rassismus und Nazi-Terror unter keinen Umständen darauf einlassen darf, mit den Staatsorganen der BRD zusammenzuarbeiten.

Vollkommen fehl am Platze finde ich auch die positive Erwähnung der IG-Metall. Es ist natürlich unzweifelhaft, daß Patenschaften mit Flüchtlingsheimen notwendig und richtig sind, nur gehen diese nicht von der Organisation IG-Metall aus, sondern von einzelnen Mitgliedern. In diesem Zusammenhang hätte lieber darauf eingegangen werden sollen, wie der DGB seinen Teil zum alltäglichen Rassismus beiträgt. Die ganze Passage mit der IG-Metall erinnert mich doch sehr an eine DKP-Stellungnahme zur Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Einheitsgewerkschaft des west/deutschen Imperialismus.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß ich in dem Flugblatt auch auf die Belehrungen der "Gruppe Mustafa Suphi/Karl Liebknecht" hätte verzichten können, wonach mit dem "Gerücht von der Tapferkeit der Nazis Schluß gemacht werden" müsse. Ich weiß nicht, welcher normal denkende Mensch den Begriff Tapferkeit in Zusammenhang mit Nazis bringt. Klar ist nur, daß allein schon eine wie auch immer geartete "Diskussion" über Tapferkeit der Nazis nur denjenigen in die Hände spielt, die die Lüge vom "heldenhaft kämpfenden deutschen Soldaten" in Umlauf gesetzt haben.

Coh.

ANTWORT AUF DIE KRITIK

Lieber Genosse!

Danke für Deine Briefe über die Schulungsbriefe und Deine Bemerkungen zu unserem Pogrom-Flugblatt...

Um uns die Aufgabe der Antwort zu vereinfachen, haben wir zunächst Deine Kritik am Pogrom-Flugblatt gegliedert und zwar nach folgenden Gesichtspunkten:

1) Dein Gesamteindruck des Flugblatts ("Enttäuscht", "bis auf wenige Passagen von den Grünen oder der SPD herausgegeben worden sein könnte")

2) Was Dir (wohl vor allem) fehlt ("Zerschlagung dieses Systems")

3) Direkte Kritik a) an der "positiven Erwähnung der IG Metall und b) der Behandlung der Frage angeblicher "Tapferkeit der Nazis"

4) Forderung nach stärkerer Akzentsetzung (einmal: "zu wenig...daß der imp.Staat..den Nazi-Terror organisiert" / zum Zweiten: "wesentlich stärker..wem einzig und allein..diese Hetze nützt" / / Zum Dritten "stärker klar..." machen.:"unter keinen Umständen ...mit den Staatsorganen der BRD zusammenzuarbeiten")

5) Ergänzungsvorschläge: "historischer Rückblick wäre angebracht gewesen.." / "wie der DGB seinen Teil zum alltäglichen Rassismus beiträgt"

Bitte erlaube uns, daß wir versuchen, die Sache sozusagen von hinten aufzurollen... wie beginnen mit Punkt 5:

Zu Punkt 5

In der Tat ein wichtiger Vorschlag ist es, Genossinnen und Genossen einmal dranzusetzen, die neusten Materialien des DGB durchzuarbeiten, und ihre angebliche "Kampagne gegen die Ausländerfeindlichkeit" auseinanderzunehmen. Dies haben wir bisher noch gar nicht richtig in Angriff genommen und es ist gut, daß Du auf diesem empfindlichen Mangel hingewiesen hast.

Es wäre ein sehr wichtiger "Kasten" für das Flugblatt gewesen, wenn hierzu etwas vorgelegen hätte. Das war leider nicht der Fall, sodaß wir zunächst darauf verzichtet haben. Wir werden uns bemühen, möglichst bald diesen empfindlichen Mangel zu beheben. Vielleicht kannst Du ja auch etwas dabei helfen, konkretes Material vom DGB zusammenzustellen.

Was Dein Vorschlag eines historischen Rückblicks angeht, so denken wir, daß dies den Rahmen des Flugblattes gesprengt hätte. Allerdings ist es so, daß wir sehr wohl diesen Gesichtspunkt der historischen Kontinuität festgehalten und hervorgehoben haben, wie Du sicher beim nochmaligen Lesen des Flugblattes zugeben wirst.

Was also das Flugblatt angeht, finden wir deinen Ergänzungsvorschlag unrealisierbar. Dazu wäre das Flugblatt eben

zu "eng" und die Gefahr der Phrasenhaftigkeit ist bei kurzen Flugblättern eh bei uns besonders groß.

Anders dagegen sieht es aus, wenn Du Deine Ergänzung für eine reguläre GDS-Nummer vorschlägst. Hier müßten wir diskutieren, ob Dir unsere Darlegungen (auch zu Zeit vor dem 1. Weltkrieg) ausreichen, bzw um welche Aspekte Du unsere Ausführungen KONKRET ergänzt haben möchtest.

Unserer Meinung nach ist das von Dir angeschnittene Thema "teile und herrsche" in der Geschichte der herrschenden Klasse Deutschlands so wichtig, daß wir meinen, daß sogar eine EXTRA-Nummer zu diesem Thema angebracht wäre. Aber das erfordert eben noch einige Arbeit.

Zu Punkt 4

Hier müssen wir eine kleine Vorbemerkung machen: Es ist sehr schwer, ja fast unmöglich, auf derartige Punkte genau einzugehen. In einer Redaktionssitzung würde das so aussehen, daß der Genosse oder die Genossin, die etwas stärker akzentuiert haben wollen, eben einen kurzen Vorschlag machen und dann schaut man, ob es besser ist oder nicht. So ganz allgemein zu fordern, daß etwas stärker betont werden müßte, kann leicht unproduktiv werden.

So fällt es uns sehr schwer auf diese sehr allgemeinen "Hinweise" etwas zu antworten.

Denn : ES WURDE ja herausgearbeitet, daß der imp. Staat den Nazi-Terror schürt.

Denn : Wir haben ja herausgestellt, WEM diese Hetze nützt.

Denn : Wir haben ja klar gemacht, daß der Kampf nicht MIT diesem Staat, sondern GEGEN diesen Staat und die Nazis insgesamt geführt werden muß.

Da Du an all diesen drei Punkten ja auch keine direkte Kritik hast, bleibt ein ungutes Gefühl bei Dir und bei uns zurück: Worum geht es Dir bei diesen Punkten? Bist Du nicht eigentlich DOCH der Meinung, daß unsere Darlegung falsch ist? Beim Versuch einer Kritik bemerktest Du aber, daß die entsprechenden Passagen eigentlich nicht kritisiert werden können, obwohl sie dir "nicht passen". Kommt daher Deine mehr indirekte Kritik an diesen drei Passagen? Gegen Ende des Briefes wollen wir nochmal darauf zurückkommen, warum wir diesen EINDRUCK nun unsererseits haben, obwohl Vermutungen und bloße "Eindrücke" natürlich immer nur ein offenes Feld für weitere Diskussionen sein können.

Zu Punkt 3

Deine Beiden Kritiken finden wir falsch. Warum ?

ERSTENS kann doch nicht im Ernst eine Vertrauensleuteversammlung der IG Metall mit der IG-Metall überhaupt gleichgesetzt werden.

Hier sind wir allerdings an einem wichtigen Punkt unserer Linie.

Wir meinen, die Partei muß vor allem in den Betrieben aufgebaut werden. Dabei ist eine richtige Linie zur Gewerkschaftsfrage zwar nicht das Wichtigste. Es ist eine zweitrangige Frage, aber dennoch ist es eine wesentliche Frage. Bei einer falschen Behandlung der Gewerkschaftsfrage -- und hier kann ihre Bedeutung als einer der KERNPUNKTE einer richtigen Linie verstanden werden -- kann die KP sonstwo aufgebaut werden, aber nicht in den Betrieben.

Um es Dir klar zu sagen: Unsere Genossinnen und Genossen arbeiten wo möglich in den konterrevolutionären Gewerkschaften. Wo irgend möglich, nutzen sie dieses oder jenes Forum aus, um ihre Position innerhalb der Belegschaft zu festigen, Kontakte zu sichten, anzuknüpfen. Gerade weil Deine Kritik an diesem guten Beschluß einer kleinen Unterorganisation der IG Metall uns so falsch scheint, schlagen wir Dir vor, PRINZIPIELL zu diskutieren, was Du von unserer Linie zum Aufbau der Partei in den Betrieben und zu unserer Arbeit außerhalb und innerhalb der Gewerkschaft hältst.

Was an Deiner Kritik unserer Meinung nach unzulässig ist, daß ist folgendes: Du behauptest eine "positive Erwähnung der IG Metall".

Wenig später merkst Du anscheinend, daß wir gerade DAS gar nicht getan haben, sondern streng unterscheiden die IG Metall als Ganzes und Initiativen von Mitgliedern die mal diesen oder jenen Erfolg verbuchen können. Aber statt Deine Kritik somit als FALSCH einzusehen, redest Du so als hätten WIR nicht die IG Metall als ganzes und einzelne Initiativen innerhalb der IG Metall nicht unterschieden. Die Ursache dieses Fehlers von Dir können wir hier und anhand dieser kurzen Passage nicht genau aufdecken, darüber muß diskutiert werden.

ZWEITENS erscheint es uns ähnlich bei Deiner nächsten Kritik, die wir auch falsch finden. Wir meinen, es ist ein "Kopf in den Sand stecken", wichtigen ideologischen Kämpfen, wichtigen Aufgaben ausweichen, wenn Du so tust, als ob kein "normal denkender Mensch" den Begriff der Tapferkeit in Zusammenhang mit den Nazis bringt.

Leider ist dem NICHT so, gerade auch in der sich links fühlenden Jugendbewegung, die gegen die Nazis was unternehmen wollen, herrscht oft nackte Angst vor der direkten Konfrontation. Diese Angst hat historische Ursachen. Wir erwähnen ja diese "Tapferkeit" nicht einfach, sondern wir drucken ab, daß diese "Tapferkeit" eine LUGE ist, nicht stimmt, historisch und aktuell widerlegt ist und widerklegt werden kann.

Dein Versuch, sozusagen jede "Erwähnung" dieses real existierenden Problems als pronazistisch einzustufen, hat weitreichende und üble Folgen: Es bedeutet nicht mehr und nicht minder, als vor dem Einfluß der Nazi-Ideologie auf die Bevölkerung und die "linke Szene" zu kapitulieren, diesen Einfluß nicht "wahr haben zu wollen", sich dabei vielleicht auch noch selbst besonders links zu fühlen, in Wirklichkeit aber zu kapitulieren. Der "normal denkende Mensch", den Du beschwörst, gibt es vermutlich erheblich weniger, als Du denkst.

Nehmen wir solche Thesen, wie "Den Juden erkennt man an seiner Nase". Du glaubst gar nicht wie viele Menschen -- nicht nur Nazis, sondern "normal denkend" in anderen Fragen, diesen rassistischen Qatsch glauben.

Nein, Dein Herangehen an diesen gesamten Fragenkomplex ist grundfalsch. Wenn etwas an dem Flugblatt kritisiert werden könnte, dann höchstens die KURZE. Aber es ist eben ein Flugblatt, das AUFGABEN benennt. Es hat uns SEHR GUT gefallen und es schmerzt uns, daß es Dir nicht gefällt. Dabei geht es, glauben wir, nicht um "Geschmackssache", sondern hier geht es darum, was heute insgesamt unsere Aufgaben sind und wie wir sie anpacken müssen. Und da haben wir eben noch recht große Differenzen.

Zu Punkt 2

Deine Kritik stimmt nicht. Die Zerschlagung des Systems, die Dir zu fehlen scheint, wird im Flugblatt propagiert, allerdings in den Worten: "den Krieg erklären", und "wirkliche sozialistische Revolution" (in: "Unsere Aufgaben" S. 4). Damit deutlich wird, daß Deine Kritik nicht richtig ist, hier nochmal die entsprechenden Passage aus dem Flugblatt:

"Die herrschende Klasse will spalten und hetzen, wir müssen frontal dieser Hetze entgegentreten" (S.3, linke Spalte, 3. Absatz, hervorgehoben durch Einrücken und fett)

"So oder so wird von der herrschenden Klasse deutscher Nationalismus und Rassismus angeheizt" (S.4, linke Spalte, 4. Absatz, fett)

"Denn so sehr die Pogrome der Neonazis im Moment im Vordergrund stehen, so ist dennoch die hauptsächliche Form des Terrors gegen die Asylbewerber nach wie vor der staatliche Terror" (S.2, rechte Spalte, 4. Absatz, hervorgehoben durch Einrückung und Fett-Druck.)

"Es geht vor allem darum, angesichts der sich weltweit zuspitzenden Krise, der zunehmenden Gefahr von reaktionären Raubkriegen und großen, imperialistischen Kriegen, diesem ganzen System, das auf Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats und der anderen Werktätigen beruht, den Krieg zu erklären" (S.4, rechte Spalte, 4. Absatz)

Wir sind also mit Deiner Kritik nicht einverstanden. Diese Kritik weist allerdings darauf hin, daß nochmal gründlicher die Frage des bei uns sogenannten "roten Schwänzchens" diskutiert werden muß: Es geht im Kern NICHT darum, daß in jedem Flugblatt von uns der Begriff "Diktatur des Proletariats" auftauchen muß, der Begriff "Zerschlagung" etc, sondern die Flugblätter sollen möglichst viele Leute an unsere zentralen programmatischen Dokumente heranzuführen, von verschiedenen Seiten, oft durch die Beleuchtung nur EINES Problems an EINEM Punkt den vorherrschenden Antikommunismus anknacksen, um weiterführende Diskussionen zu ermöglichen. Die Flugblätter sollen die verschiedenen Antagonismen dieser Gesellschaft bloßlegen und in JEDER Frage Hilfen auch für den taglich anstehenden Kampf geben, um von den noch nicht kommunistischen revolutionär orientierten Kräften als HILFE, als direkte Unterstützung angesehen zu werden.

Zu Punkt eins:

Du hast insgesamt einen "negativen Eindruck", ja Du bist so empört und enttäuscht, daß Du noch einen drauf gibst und Dich dazu versteigst, daß das Flugblatt bis auf wenige Passagen

"auch von den Grünen oder der SPD herausgegeben worden sein könnte"

Dies überzeugt nun ganz und gar nicht ...in keinerlei Hinsicht. Um es gleich zu sagen: Wir sind nicht besonders empfindlich, wenn es harte Kritik an uns gibt. Allerdings stellen wir uns auch auf die Art und Weise der Kritik ein und gehen davon aus, daß dann auch Du nicht besonders empfindlich oder gar beleidigt reagierst, wenn wir mal in der Polemik etwas übertreiben oder etwas zu drastisch darstellen.

Hinter Deiner Gesamteinschätzung steht im Grunde, daß Du ganz und gar nicht verstehst, warum gerade auch im demokratischen Kampf die Kommunistische Partei vorangehen muß, daß es im demokratischen Kampf nicht nur darum geht, ihn dem Kampf für die sozialistische Revolution per Proklamation unterzuordnen, sondern, daß auch innerhalb des Rahmen des demokratischen Kampfes alle reformistischen sich selbst als "demokratisch" vorstellenden Kräfte an IHREM ANSPRUCH entlarvt werden müssen.

Es ist unsere Aufgabe, mit richtig geführtem demokratischen Kampf (dies gilt auch für ökonomische Kämpfe) Vertrauen als KP zu erwerben, direkt oder indirekt die Reformisten zu isolieren, zu schwächen und zu zerschlagen. Ohne diesen Anteil unseres Kampfes, können wir die Hauptaufgabe nicht erfüllen, nämlich wirklich den demokratischen Kampf der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen revolution unterzuordnen.

Du wirst trotz aller Suche kein Flugblatt der GRÜNEN oder der SPD finden können, das annähernd mit großen Teilen unseres demokratisch gehaltenen Flugblatts mithalten kann. Wollen wir wetten? Du verwendest nämlich nur einen rhetorischen Bluff.

Und nun sind wir doch beim Problem, wie Deine Kritik angelegt ist. Da handelt es sich um ein schwieriges Problem, weil wir Dich vor allem ERMUNTERN wollen, auch zukünftig Kritiken zu schreiben und Dich von unserer Antwort auf keinen Fall dazu bringen zu lassen, weitere Kritiken erst gar nicht mehr zu schreiben.

Der SINN einer Kritik ist eine Diskussion zu erzeugen. Eine sofortige oder gar bedingungslose Akzeptierung einer Kritik zu erwarten, wäre illusionär, denn es handelt sich ja bei uns nicht um bloße Jasager. Es geht um ein HIN und HER, um eine echte Atmosphäre der Diskussion, die uns sehr wichtig ist, ja die lebenswichtig ist.

In diesem Rahmen stören uns allerdings Deine etwas großmäulige Gleichsetzung unseres Flugblatts mit denen der GRÜNEN und SPD. Denn es ist eine Behauptung, die von DIR nicht belegt werden kann. Es erschwert auch die weitere Debatte, da Du nicht erwarten kannst, daß wir nicht ähnlich kontern können und werden, wobei wir allerdings uns bemühen werden, für weitreichende Schlußfolgerungen auch ausreichende Beweise und Belege anzuführen.

Stört Dich der Begriff "großmäulig"? Dann streiche ihn weg, er muß nicht in diesem Antwortbrief stehen, und Genosse Mao tse-tung sagt sehr richtig, daß man alles mehrmals lesen und alle überflüssigen und unüberlegten Dinge einfach streichen soll. Und da hat er recht.

"Wem diese Hetze einzig und allein nutzt"

Du meinst, daß diese Hetze "einzig und allein" der west/deutschen Monopolbourgeoisie nützt.

Das ist eine unserer Meinung nach unzulässige, aber typische und weit verbreitete VERINFACHUNG, die radikal klingen soll, "marxistisch", "klassenmäßig", aber in Wahrheit eine TAUSCHUNG ist, die sich an den Interessen gewisser kleinbürgerlicher Schichten der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie und Teilen des Kleinbürgertums orientiert.

Es ist einer der KERNPUNKTE der primitiven Propaganda der DKP, die sich nicht nur als heuchlerische Flaschen vor jedem ernstesten demokratischen Kampf gegen die Nazis drücken und ihn "ökonomistisch" zurechtstutzen, sondern auch den Kampf innerhalb der Arbeiterklasse, innerhalb der anderen Teile der breiten Werkstätigen nicht führen wollen.

Indem die HAUPTSACHE primitiv verabsolutiert wird, soll scheinbar eine besonders "linke" und radikale Position eingenommen werden, aber der Schein trügt, weil die Größe des gesamten Problems mit dieser ökonomistischen Sichtweise verkleinert wird.

Es handelt sich um einen theoretischen Hintergrund der praktischen Ansmierung an auch reaktionäre Teile in der Arbeiterklasse unter dem Vorwand der "Massenlinie".

Um kurz etwas auszuholen: Hat die "Arisierung" jüdischen Eigentums "einzig und allein" dem Monopolkapital genützt? Nicht auch dem deutschen Friseur, der nun dem jüdischen Friseur los war? Und selbst im Betrieb, wo der jüdische Vorarbeiter verhaftet wurde, konnte dieser Posten nun neu besetzt werden, ebenso im Angestelltenbereich: Für jeden Deportierten konnten andere Nachrücken!

Es gab ein von den Nazis und der Monopolbourgeoisie gut arrangiertes System, möglichst vielen Werkstätigen "Nutzen" zu verschaffen.

Ähnlich allerdings auf anderer geschichtlicher Basis, sozusagen im kleinen Maßstab jetzt: Dort wo in Sachsen teilweise unter Beifall der Bevölkerung Flüchtlingsheime und Arbeiterheim von Vietnamesen etc "entvölkert" werden, werden jetzt Sozialbauwohnungen für die "deutschen Arbeiter" geschaffen.

Wird klar, warum Deine Position ("einzig und allein.. der west/deutschen Monopolb.") eine gefährliche Vereinfachung darstellt, die im Grunde aus dem Arsenal der DKP stammt?

Es würde uns sehr interessieren, was Du von dieser Kritik hältst, denn unserer Meinung ist ganz klar und beweisbar, daß Du hier

durch die Verabsolutierung der Hauptsache auf eine ganz schiefe Bahn kommst.

Zur weiteren Diskussion

Wir schlagen Dir vor, daß Du weiterhin Deine konkret belegbaren Kritiken, aber ruhig auch deine Eindrücke zu unseren Flugblättern schreibst.

Allerdings meinen wir, daß es für eine weitere Auseinandersetzung dringend nötig ist, durch eine andere Diskussion unsere Diskussion über die Flugblätter zu ergänzen. Wir schlagen vor, daß Du unsere Dokumente der 1. Parteikonferenz einmal in Ruhe durcharbeitest.

Denn dann wird klarer, ob Du meinst, daß unsere Flugblätter im GEGENSATZ zu unserer programmatischen Arbeit steht, oder Du eben unsere programmatische Grundlage falsch findest und kritisierst.

Es erleichtert ganz bestimmt auch die Diskussion über die Flugblätter, da wir so rascher auf grundlegende Fragen kommen und nicht so sehr diskutieren, ob nun diese Formulierung oder jene im Flugblatt geschickt oder falsch ist.

Wir meinen, daß besonders in der Frage des ÖKONOMISMUS, des richtigen Herangehens an den demokratischen Kampf Du prüfen müßtest, ob Du mit uns einverstanden bist, was unsere programmatischen Grundlagen angeht.

Der Bruch mit dem Revisionismus ist eine sehr vielschichtige, umfassende Aufgabe, da langt es keinesfalls, die Revisionisten "nur" zu entlarven, weil sie nicht die "Zerschlagung des Systems im bewaffneten Kampf" fordern.

Genosse Lenin schrieb:

"Wir unterscheiden uns von den Scheidemännern und Kautskyanern nicht nur dadurch (und nicht in der Hauptsache dadurch), daß sie den bewaffneten Aufstand nicht anerkennen, während wir ihn anerkennen. der wichtigste und grundlegende Unterschied ist der, daß sie auf ALLEN Arbeitsgebieten (sowohl in den bürgerlichen Parlamenten als auch in den Gewerkschaften, in den genossenschaften, in der Presse usw.) eine inkonsequente, opportunistische oder sogar eine direkt verräterische Politik betreiben." (LW 30, S. 45., Oktober 1919, Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten)

...

Mit revolutionären Grüßen

Ts.

EINE WEITERE STELLUNGNAHME DES GENOSSEN COH. ZUR DEBATTE

Werte Genossen.

Vielen Dank für Eure Antwort auf meine Kritik am GDS-Oktoberflugblatt. Auch wenn es mir am Anfang schwerfiel, Eure Kritik nicht persönlich aufzufassen, sondern als Beitrag zu meiner eigenen politischen Entwicklung, so sehe ich doch inzwischen zwei wesentliche, vollauf berechtigte Kritiken von Euch an meinen Positionen.

Der erste Punkt war die Position, daß die rassistische Hetze "einzig und allein" der west/deutschen Monopolbourgeoisie nutzt. Durch eigene Überlegungen und "Nachschlagen" bei den Klassikern bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die Position in dieser Form tatsächlich unhaltbar ist. Hinter meiner falschen Position steckte der Fehler, negative und reaktionäre Strömungen unter breiten Massen der Werktätigen einfach nicht wahrhaben zu wollen; die Werktätigen von jeglicher Schuld und Verantwortung frei zu sprechen und die Schuld "einzig und allein" der herrschenden Klasse zuzusprechen (auch wenn sie -so meine ich- die Hauptverantwortung trägt). Diese Position ist gefährlich, da sie den Bewußtseinsstand der "breiten Masse" vollkommen außer acht läßt und gleichzeitig ein Idealbild entwirft, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Zudem haben auch die Klassiker immer wieder betont, daß auch die Arbeiterklasse, die Werktätigen Verantwortung für die Politik "ihrer" herrschenden Klasse tragen, solange sie gegen deren Klassenherrschaft nicht kämpfen. Friedrich Engels schreibt:

"Die Schuld der mit Deutschlands Hilfe in anderen Ländern verübten Niederträchtigkeiten fällt nicht allein den Regierungen, sondern zu einem großen Teil dem deutschen Volke selbst zur Last. Ohne seine Verblendungen, seinen Sklavensinn, seine Anstelligkeit als Landsknechte und als 'gemütliche' Büttel und Werkzeuge der Herren 'von Gottes Gnaden' wäre der deutsche Name weniger verhaßt, verflucht, verachtet im Auslande." (Zitiert nach GDS Nr. 54, S.32)

Und im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 heißt es über die Verantwortung des deutschen Volkes für die Verbrechen des deutschen Faschismus:

"Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt." (Zitiert nach GDS Nr. 58, S.10)

Die Arbeiterklasse, das Volk ist nicht etwas "Unfehlbares", etwas "von sich aus Gutes", sondern in ihm existieren schuldhaft Verantwortung und reaktionäre Strömungen, die bekämpft werden müssen, auch wenn man selbst mit diesen Strömungen nichts anfangen kann (weshalb auch Eure Kritik an meiner Position zu dem Flugblatt "Tapferkeit der Nazis" vollauf berechtigt ist).

Zum Flugblatt vom November 1991

■ Die Entwicklung der SED - ein Teil der »deutschen Misere« ■

Kritik des Lesers L.Á. aus der Ex-DDR

Der zweite Punkt war meine Haltung zu dem Flugblatt insgesamt. Auch hier ist Eure Kritik vollauf berechtigt. Ich habe den Fehler gemacht, sozusagen "mit der Tür ins Haus zu fallen". Ich denke mir, die Formen des politischen Kampfes müssen sich immer auch nach dem Bewußtseinsstand der Massen richten. Da heute kommunistisches Gedankengut weitgehend isoliert ist, ist es notwendig, sich mit solchen Flugblättern zunächst einmal in den demokratischen Kampf einzuschalten, um grundsätzliche Positionen publik zu machen, sie vorzustellen. Daher war meine Kritik falsch, die darauf abzielte, Euch vorzuwerfen, das Flugblatt sei zu gemäßigt. Denn es ist wichtig, innerhalb des demokratischen Kampfes Vertrauen zu gewinnen und sich nicht ausschließlich auf die Propagierung der sozialistischen Revolution zu konzentrieren. Dahinter stand mein Fehler, daß ich die falsche Vorstellung hatte, die KP müsse sich n u r auf die Propagierung der sozialistischen Revolution konzentrieren, ohne sich im demokratischen Kampf zu engagieren. Doch ich denke, eine solche Haltung ist engstirnig und führt zur Isolation. Ich hoffe, meine Ausführungen waren verständlich. Für mich ist es sehr wichtig, wenn Ihr meine inhaltlichen Positionen kritisiert, damit ich mich mit ihnen auseinandersetzen kann und in meiner politischen Entwicklung vorankomme.

Im wesentlichen mit dem Flugblatt 11/91 einverstanden. Wer vom Marxismus-Leninismus abweicht und sich an den Imperialismus verkauft, wird so untergehen wie wir und die bisher angeblichen sozialistischen Staaten, einschließlich der SU.

Ebenfalls bin ich keinesfalls überrascht über die Bedingungen, die sich bisher oder auch künftig auf dem Gebiet der Ex-DDR zeigen. Denn nachwievor stimmt die Einschätzung Lenins über den Imperialismus.

Und hier muß ich 2 Probleme aufwerfen, das soll keinesfalls irgend eine Entschuldigung sein zum Verrat der SED an der Arbeiterklasse.
- Das Problem SED-DDR kann nicht allein, losgelöst ohne sogenannte sozialistische Staaten und SU und ihre Parteien

- sowie der Entwicklung der BRD und des Weltimperialismus betrachtet werden.

Meines Erachtens könnten sonst schon wieder weitere Fehler mit schwerwiegenden Folgen entstehen!!!

Auch die Ausgangssituation in Deutschland 1945 kann man nicht so wie im Flugblatt darstellen. "Die KPD bzw SED wurde in der sowjetisch besetzten Zone bzw. der DDR an der Macht beteiligt". Diese Darlegung ist leichtfertig und wird genau von der SPD behauptet! Die lauten Schreie über Zwangsvereinigung seit 1989. Ich muß daher hier echt zu den Problemen KPD und SPD etwas sagen.

Schon am 20. und 21. Dezember 1945 fand eine gemeinsame Konferenz des ZK der KPD und des Zentrallausschusses der SPD unter der Teilnahme der Vertreter der einzelnen Parteiorganisationen der Länder statt. Diese Konferenz proklamierte als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit die Vereinigung der KPD und SPD.

Am 19. und 20. April 1946 fand der 15. Parteitag der KPD und der 40. Parteitag der SPD in Berlin statt. Beide beschloßen am 21. und 22. April 1946 zum Vereinigungsparteitag zusammenzutreten.

Auch ist hierbei zu beachten, daß in der Zeit 1945 - 1946 und auch noch danach die SU wiederholt forderte, den deutschen demokratischen und freien Gewerkschaften, das Recht einzuräumen sich auf gesamt deutscher Ebene zusammenzuschließen. Diese Bildung scheiterte an den Machenschaften der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten sowie ihrer deutschen Helfershelfer, (den reaktionären bürgerlichen Führern und rechten Sozialdemokraten).

Neben der KPD und SPD bzw. SED existierten in der SBZ seit 26. Juni 1945 die CDU / Juni 1945 die LDP / Juni 1948 die NDPD / Juni 1948 die DBD. Diese Parteien waren antifaschistisch demokratisch.

Coh.

Dem gegenüber stand im Mai - Juni 1946 das Verbot der SED in der amerikanischen und englischen Besatzungszone.

Aus der deutschen Volkskongreßbewegung ging 1949 - 1950 die Nationale Front des demokratischen Deutschlands hervor. Damit werden auch die Majoritätsrechte der einzelnen Parteien und Organisationen bei den Wahlen in der DDR festgeschrieben, welche bis 1989 bestanden.

1947 im September zum II. Parteitag der SED hatte die SED bereits 1.8 Millionen Mitglieder.

Nun zum Abschnitt "Der Kampf gegen die Nazis wurde allzu früh reduziert und später dann praktisch eingestellt".

Dieser Auffassung kann ich nicht völlig zustimmen. Ja, im Februar 1948 war der Abschluß der Denazifizierung in der SBZ. Ende 1954 erscheint das Buch: "Verschwörung gegen Deutschland - Die Pariser Verträge ein Komplott des Krieges und der Spaltung". Zum Beispiel unter Teil I - Aufbau der neuen Hitlerarmee. Oder Ende Januar 1960 erscheint das Buch "Die Wahrheit über Oberländer". Beide Bücher wurden vom "Ausschuß für Deutsche Einheit" veröffentlicht.

Völlig falsch war, daß in der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 im Artikel 6, Absatz 1 festgelegt wurde "Das der deutsche Militarismus und Nazismus in der DDR ausgerottet ist". Dann hätte es keine Bestrebungen zur Restaurierung gegeben. Das zeigt z.B., daß bis zur Öffnung der Mauer, die Nazis bzw. Neo-Nazis verfolgt und inhaftiert wurden. Besonders sichtbar wurde dies nach dem 17. Juni 1953.

Dafür erhalten jetzt diese Leute von der Bundesregierung finanzielle Haftentschädigung! Auch hier sollte man bei der Geschichtsaufarbeitung ehrlich bleiben!

Bis Ende 1989 gab es keine offiziellen Faschistischen oder Neofaschistischen Organisationen in der ehemaligen DDR.

Einverstanden damit, daß man aktiver den Kampf hätte führen müssen. Es hätte uns gut zu Gesicht gestanden über die Prozesse in der DDR gegen die Nazis zu berichten. So war es besonders in den 50er Jahren.

Soweit erstmal meine Stellung zum Flugblatt 11/91.

Ich bitte Euch, bemüht Euch bitte umfassender auf wissenschaftlicher Grundlage und an der Geschichte echt die Probleme zu betrachten. Nur die umfassende Wahrheit und wenn sie noch so hart ist, kann uns helfen die Massen zu gewinnen.

...
L.A.

Lieber Genosse,
13.1.92

...

Nun zu Deinem Brief vom 22.12.91:

Selbstverständlich hat uns Deine Mitgliedschaft in der SED nicht erschüttert. Wir haben uns sehr gefreut, daß Du mit unserem Flugblatt 11/91 im Kern einverstanden bist. Klar, daß nur ein sehr grober Rahmen gesteckt wurde und viel debattiert werden muß. Daß Du zu dieser Debatte mit uns bereit bist, freut uns sehr.

Daß wir vielleicht nicht in allen Punkten übereinstimmen, ist ja die Voraussetzung für eine lebendige Debatte, die wir uns erhoffen.

Zu Deiner ersten kritischen Bemerkung: Du hast völlig recht, daß konkret die gesamte Entwicklung der DDR und der SED ohne Analyse der KPDSU/B und der Kominform weder in den ersten Jahren noch später verstanden werden kann.

Dabei denken wir, daß die Sowjetunion in den ersten Jahren sehr viele positive MÖGLICHKEITEN der SED geboten hat, die diese nicht maximal genutzt hat.

Nach dem XX. Parteitag sah es eher umgekehrt aus: Ab 1956 spätestens war klar, daß die KPdSU eine sehr negative Rolle gespielt hat. Ob die der SED zu irgendeinem Zeitpunkt nach 1956 positiver gewesen sein soll, würde ich jedoch sehr bezweifeln, bzw. wäre sehr auf Deine Darlegungen gespannt.

Dabei mußt Du eins von uns wissen: Wir haben eben ganz im Gegensatz zu Dir keine praktische Erfahrung innerhalb der SED gemacht. Unser Wissen ist ANGELESEN, wir vergleichen "Papiere mit Papieren" mit allen damit zusammenhängenden Unzulänglichkeiten.

Dabei können wir im Grunde nur Probleme aufdecken. Anstöße geben, die reale Problematik jedoch, wie sie konkret in der Praxis anstand, kann so nicht erschlossen werden. Dies ist uns schmerzlich bewußt, dennoch können und müssen wir die nötige theoretische Arbeit leisten und hoffen sehr, daß Genossen wie Du auf grund ihrer Sichtweise energisch dazwischen fahren, wenn unsere theoretische Sichtweise "theoretizistisch" wird.

Deine sehr ausführlichen Darlegung zur KPD/SPD=SED allerdings haben wir nicht richtig einordnen können: Du rennst da sozusagen bei uns offene Türen ein.

Bei dem von Dir kritisierten Satz ging es nicht um die Frage der Vereinigung von SPD und KPD, sondern um eine ganz andere Frage:

Wer hat die Macht im Staat? Das war eine gerade auch militärische Frage, wie der 17. Juni 1953 gezeigt hat.

Die SED war am Teil des Staatsapparats beteiligt, aber die eigentliche, nämlich militärische Macht lag bei der Sowjetunion.

Dies ist keine Verleumdung der SPD, dies ist die Realität. Wieso mußten die heldenhaften Soldaten der Roten Armee gegen die Konterrevolution in der DDR antreten? Warum haben nicht die 1,9 Millionen SED Mitglieder mit der MP in der Hand dem reaktionären Spuk ein Ende bereitet, warum mußten wieder sowjetische Soldaten innerhalb Deutschlands ihr Leben riskieren? DARUM geht es uns.

Doch dies müßte man ausführlicher mündlich besprechen.

Zu Deiner dritten Kritik: Auch hier haben wir uns offensichtlich mißverständlich ausgedrückt oder Du hast uns mißverstanden:

Selbstverständlich hat die SED noch für Westdeutschland neonazistische und nazistische Machenschaften aufgedeckt. Unsere Kritik bezog sich auf die DDR: Wie war es möglich, die alten PGs wieder in die SED zuzulassen, einen Redakteur des SS Organs "Der schwarze Korps" nun in DDR-Zeitschriften schreiben zu lassen usw.

Die Begnadigung der NS-Massenmörder im Kuhhandel von Chruschtschow und Adenauer wurde von Pieck mit unterstützt.... das alles sind Schandtaten der SED auf dem Gebiet der DDR, die aufgedeckt werden müssen....dieses ständige Hinterherrennen hinter den Dingen in Westdeutschland begann auch auf diesem Gebiet schon in den 50er Jahren.

Wir haben diese Behauptung ausführlich dokumentiert und stecken mitten in der Arbeit daran, dies alles in den richtigen Proportionen und streng wissenschaftlich, Marx vor Augen, auszuwerten und zu publizieren. Sehr, sehr gerne würden wir Dir unsere bisherige Arbeit zur Verfügung stellen und eine Fülle von Fragen stellen, mit Dir "streiten" und diskutieren.

...

Mit revolutionären Grüßen

ME

Kritik des Lesers Ha.G. aus der Ex-DDR

Liebe Genossinnen und Genossen!

Für die Zusendung von Flugblättern danke ich Euch sehr. Anbei übersende ich Euch ein paar Zeitungen aus Ost-Berlin.

Wie ihr bin ich der Meinung, daß die antiimperialistischen Kräfte sich nicht zersplittern dürfen, sondern - trotz eventueller Meinungsverschiedenheiten - gemeinsam handeln müssen, um Kapitalismus und Imperialismus zu beseitigen.

Aus den Thesen über die Entwicklung der SED könnte man den Eindruck gewinnen, daß sich die historischen Prozesse im Osten Deutschlands völlig abgekoppelt vom Westen vollzogen haben. Dabei war doch die Herstellung der Einheit Deutschlands das wichtigste Ziel der SED von den "Grundsätzen und Zielen" des Vereinigungsparteitages 1946 bis zum Eintritt der BRD in die NATO 1955. Die Aktivitäten der antikapitalistischen Kräfte im Westen werden in den Thesen nicht erwähnt.

Die Einschätzung, daß die DDR ein kapitalistischer Staat war, halte ich für grundfalsch. Sonst hätte ihre Einverleibung durch die BRD nicht solche katastrophalen Folgen.

In der Einschätzung des Wirkens Stalins gehen unsere Meinungen wahrscheinlich auch auseinander.

Aber trotzdem sind wir im Grundsatz einer Meinung.

Für das neue Jahr wünsche ich Euch in eurer Arbeit viel Erfolg!

Ha.G.

Lieber Freund,

vielen Dank für Deinen Brief und Deine guten Wünsche.

Tatsächlich ist unser Flugblatt zur Entwicklung der SED sehr thesenartig und knapp gehalten. Gleichzeitig haben wir auf die ausführlichere Nummer 58 von Gegen die Strömung hingewiesen, die schon etwas ausführlicher verschiedene Themen anspricht. Aber auch diese Arbeit ist erst Ausgangspunkt für eine Analyse der Geschichte der SED.

Ich denke auch, daß der Zusammenhang mit der Entwicklung des Westens deutlicher hätte angesprochen werden müssen. In der genannten Nummer sind wir darauf mehr eingegangen.

Was ich in Deinem Brief nicht genau verstehe ist der Satz:

"Dabei war die Herstellung der Einheit Deutschlands das wichtigste Ziel der SED von den 'Grundsätzen und Zielen' des Vereinigungsparteitages 1946 bis zum Eintritt der BRD in die NATO 1955."

Gerade in dem von Dir genannten Dokument "Grundsätze und Ziele" ist eine Masse von Problemen enthalten bzw. unserer Meinung nach ganz krasse Fehler. Das Dokument fällt hinter den Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 zurück, trägt starke nationalistische Züge (die SED als "beste nationale Kraft") und vertuscht die Widersprüche zur SPD. Gerade die Verabsolutierung des Vaterlands ist ein Kernpunkt der Problematik der SED und auch Wilhelm Pieck verstieg sich 1946 zur Aussage, daß die Kommunistische Partei "das Vaterland über alles" (W. Pieck Reden und Schriften, Berlin 1950, Bd. 2, S. 34) stellt.

Die Einschätzung der DDR als kapitalistischer Staat hältst Du für grundfalsch, weil sonst die Einverleibung nicht solche katastrophale Folgen hätte. Erstmal nur zu deiner Begründung: Die DDR der letzten 35 Jahre war unserer Meinung nach eine schlechte Kopie des Kapitalismus der westlichen Länder und der Prozeß der Einverleibung geht nicht so reibungslos vor sich, hat katastrophale Folgen, die aber auch nicht immer den Interessen der west/deutschen Imperialisten widersprechen.

Weiter jetzt die Frage an Dich: Wenn die DDR kein kapitalistischer Staat war, was dann? Ein verbesserungswürdiger Sozialismus? Das halten wir für grundfalsch.

Schließlich zur Einschätzung Stalins: Wahrscheinlich gehen unsere Meinungen hier auseinander, meinst Du. Zur Abwechslung wäre es schön, wenn Du der Auffassung wärst, wir würden Stalins Wirken zu wenig verteidigen. Aber ich glaube doch, daß Du es eher umgekehrt meinst.

Na ja, ich laß mich überraschen. Hoffentlich wartest Du mit der Beantwortung des Briefs nicht so lange wie wir..

Viele Grüße
mm.

Brief des Lesers A.N.

Liebe Genossinnen und Genossen.

Das Habt ihr gut gemacht mit der Bezeichnung der "deutschen Misere". Eine anfänglich beschlossene Einheit der Arbeiterbewegung für den gemeinsamen Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Nachkriegsdeutschland endete dann letztlich, angefangen über den Antikommunisten Schuhmacher, damals Vorsitzender der West-SPD, bis zum Verrat am Sozialismus durch die Revisionisten, Ulbricht, Honecker und Co., in eine für die deutsche Arbeiterklasse bisher unbeschreibliche Misere, "deutsche Misere" und wie weiter?

Mit den Thesen zur Diskussion über die Entartung der SED habt zumindestens ihr den marxistisch-leninistischen Kräften in Deutschland die Vorlage für einen möglichen "runden Tisch" gegeben, da es ohne diese Aufarbeitung in nächster Zukunft keinen Parteaufbau geben kann. Eng verbunden damit ist natürlich die Entlarvung der Verantwortlichkeit für die revisionistisch-trotzkistischen Entartungen innerhalb der weltweiten kommunistischen und Arbeiterparteien, welche letztlich auch zur Zerstörung der UdSSR und deren ehemaligen sozialistischen Umfeldes führten.

Genossinnen und Genossen, Stalin erstellte die These von dem Riß, der durch die Völker und Nationen, und selbst durch die Familien geht und die Welt in zwei Lager teilt. Brecht faßte diese These in ein Gedicht von dem Regen, der immer von Oben nach Unten fällt. Stärker denn je hat diese These heute gerade in der Auseinandersetzung mit Resignation und Defätismus an Bedeutung gewonnen.

Den wissenschaftlich begründeten Sozialismus als Weltanschauung und als Waffe zugleich zu handhaben, stößt weltweit innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung immer noch auf Schwierigkeiten. Vergangene Zeitgeschehen und damit verbundene revolutionäre Kampfpraktiken und Methoden finden selbst heute noch ihre dogmatischen Auslegungen trotz aller Warnungen unserer Klassiker vor jeglichem Dogmatismus. So führt auch, angefangen von "es lebe..." bis hin zu sonstigen radikalen schrift- und wortgewaltigen Schachtelhalmsätzen solcherlei Phrasologie unweigerlich über den Linksradikalismus in das Linkssektierertum. Dieses drückt sich außerdem natürlich noch auf vielerlei Art aus wie z.B. durch überspitzten Parteienanspruch, der doch überwiegend seine Ursachen in der Unart des ewigen kleinbürgerlichen Führungsanspruches hat und der eben auch Schwierigkeiten mit dem runden Tisch haben wird. Gelingt es Euch aber, wenigstens den aufgeschlossenen Teil der marxistisch-leninistischen Kräfte an diesen runden Tisch zu bringen, signalisieren diese Kräfte zugleich ihre ernsthafte Bereitschaft für den Aufbau der kommunistischen Partei in Deutschland und ihr habt einen wichtigen Beitrag in dieser Richtung geleistet.

Rot Front

A.N. 22.12.92

Lieber Freund,

Frankfurt, 13.1.1992

....

Ich denke, wenn Du die Nr.58 genauer gelesen hast - und zu dem Thema SED haben wir noch weitere Nummern vorgesehen - wird es weitere Gründe zur Diskussion geben. Hier gestatte einige kritische Anmerkungen zu Deinem Brief:

"Eine anfänglich beschlossene Einheit der Arbeiterbewegung für den gemeinsamen Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Nachkriegsdeutschland endete dann letztlich... in eine für die deutsche Arbeiterklasse bisher unbeschreibliche Misere..."

Zunächst einmal glaube ich, daß die sogenannte "deutsche Misere" - eine Charakteristik von Marx - keinesfalls 1945 einsetzt und dort auch nicht ihren Tiefpunkt erlangt hat. Sie zieht sich vielmehr durch die ganze deutsche Geschichte, ist gekennzeichnet von zahlreichen großen Niederlagen, von verhinderten und mißglückten Revolutionen etc. etc. Wir haben im Dokument unserer Parteikonferenz "Tod dem westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus" das genauer festgeschrieben, als ich das hier wiedergeben kann. Wenn Du von einer "für die deutsche Arbeiterklasse bisher unbeschreiblichen Misere" schreibst, kannst Du ja wohl nicht die Niederlage durch den deutschen Faschismus vergessen, oder? Sie erklärt doch auch gerade die Lage nach 1945: Die deutsche Arbeiterklasse hat es eben nicht verstanden, sich selbst zu befreien oder wenigstens maßgeblich daran beteiligt zu sein wie die Arbeiter anderer europäischer Länder. Und so haben wir ja auch gleich zu Anfang in unserem Flugblatt geschrieben: "Die KPD stand 1945 vor einem Desaster", dieses Desaster setzte nicht erst danach ein, sondern was nach 1945 sich entwickelte, war eher die Unfähigkeit, sich aus diesem Desaster zu befreien. Daher haben wir unser Flugblatt auch nicht betitelt "Die Entwicklung der SED - die 'deutsche Misere'", sondern: "...ein Teil der 'deutschen Misere'".

Du schreibst von einer "anfänglich beschlossenen Einheit der Arbeiterbewegung" - wer aber hatte das beschlossen, ist das überhaupt eine "Beschlusssache"? Ich denke, es hilft uns nicht viel weiter, wenn wir lediglich den Verrat der West-SPD und der SED-Revisionisten festmachen - dahinter steht doch die tiefere Frage, wie es von den Kommunisten hätte richtig gemacht werden müssen, unter Berücksichtigung auch des drohenden Verrats:

War die Vereinigung von SPD und KPD zur SED der richtige Weg, gab es dazu Alternativen? Waren die gangbar? Das sind die Fragen, die wir klären müssen.

Zu Deinem Vorschlag eines "runden Tisches" für die "marxistisch-leninistischen Kräfte in Deutschland": Damit kann ich nicht viel anfangen; wenn sich jemand mit unseren Thesen auseinandersetzt, begrüßen wir das, ja das ist ja gerade das

eigentliche Ziel unserer Propaganda. Nur, wer sollen die "marxistisch-leninistischen Kräfte" sein, von denen du sprichst? Wir zumindest haben da unsere Vorbehalte und Bedenken: MLPD, Bund für den Wiederaufbau der KPD und BWK sind für uns jedenfalls indiskutabel.

Zum Schluß: Deine Warnung vor dem Dogmatismus halte ich in der heutigen Zeit für mehr als verfehlt. Sicher ist und bleibt der Dogmatismus eine Form des Opportunismus (wobei zu diskutieren bleibt, was genau man darunter versteht), aber sind wir heute nicht eher in einer Situation, wo bedenkenlos Prinzipien und Grundsätze der kommunistischen und Arbeiterbewegung einfach über Bord geworfen werden, wo allzuvielen allzusehr bei der Hand sind, "einfach neu beginnen" zu wollen, ohne nur den Versuch zu machen, im "Alten" Fehler zu suchen?

Was Du in diesem Zusammenhang unter "überspitztem Parteianspruch" verstehst, ist mir nicht ganz klar. Zielt das auf die MLPD? Für uns ist nicht so sehr die Tatsache entscheidend, daß sie mehr vorzugeben versuchen als sie sind, also ihr Parteianspruch, als vielmehr daß sie völlig im revisionistisch-chauvinistischen Sumpf versackt sind - und daraus werden sie sich nicht befreien können; und selbst nur Teile von ihnen werden sich nicht ohne radikalen Bruch von ihrer eigenen opportunistischen Geschichte befreien können.

Ich hoffe, Du verstehst meine offenen Worte nicht falsch: nur durch gegenseitige Kritik werden wir uns richtig kennenlernen.

rm

Zum Flugblatt vom Dezember 1991

Die Macht der bürgerlichen Medien brechen!

Eine Kritik zur Diskussion gestellt

Zum Charakter des 2. imperialistischen Golfkriegs

Ihr schreibt: "Diese Art des Eingreifens der Medien, sich einerseits scheinbar an die Spitze von Protestbewegungen zu setzen, ihnen andererseits aber dann die Luft abzulassen, wurde auch deutlich zu Beginn des Jahres 1991 angesichts der erheblichen Protestbewegung gegen den Krieg der US-Imperialisten gegen den Irak." (Auf der ersten Seite, 2. Spalte, am Ende des ersten Satzes des 3. Abschnittes)

Ich denke, es ist richtig, von der "Protestbewegung gegen den Krieg der USA-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen den Irak" zu schreiben, wenn ihr die Protestbewegung im Auge habt. Zeigt doch gerade Eure Broschüre zum Golfkrieg, daß sich die Protestbewegung in West/Deutschland eben gerade nicht nur gegen den US-Imperialismus richtete, sondern auch und gerade gegen die Rolle des west/deutschen Imperialismus im Golfkrieg.

Auch wenn der US-Imperialismus der Anstifter der UNO, Hauptorganisator, Initiator des Angriffs, Hauptträger und Sieger des Golfkriegs war, so hat er ihn dennoch nicht alleine geführt.

Das Hausieren des US-Präsidenten bei den imperialistischen Staaten der UNO für die multinationale Einheit zeigte, daß der US-Imperialismus, nicht bereit war, ohne zumindest auch finanzielle Beteiligung der anderen Imperialisten diesen Krieg zu führen, daß er den Krieg so nicht ohne die Beteiligung der anderen hätte führen können.

Für die Protest- und Widerstandsbewegungen gegen den Golfkrieg in den imperialistischen Staaten ist daher die Rolle des jeweils "eigenen" Imperialismus in diesem Krieg Ansatzpunkt.

Andererseits ist es natürlich auch wichtig, nicht diese Rolle des US-Imperialismus zu vertuschen, indem man nur auf den "eigenen" zeigt und sicher war diese Rolle des US-Imperialismus auch teilweise entscheidend in der "Kriegsberichterstattung" des west/deutschen Imperialismus. Wenn in Anbetracht dessen dennoch vom "Krieg der US-Imperialisten" gesprochen wird, kann die Rolle des US-Imperialismus, die diesem Krieg ihren Stempel aufgedrückt hat, unterstrichen werden.

Die internationale Protestbewegung gegen den imperialistischen Krieg am Golf ist dann in ihrem allgemeinsten Sinn "Protestbewegung gegen den Krieg der US-Imperialisten gegen den Irak", als auch die Rolle der anderen Imperialisten eine der USA - imperialistischen Strategie untergeordnete für die Zeit des Krieges war.

Für ein Flugblatt mag wohl die (gegenüber der Broschüre) weniger ausführliche, damit jedoch nicht die allgemeinste Ausführung der Problematik sinnvoll. Keinesfalls darf hierbei nur der kleinste Fehler hinsichtlich nationalistischer Auslegbarkeit unterlaufen.

LG

Zum Flugblatt vom Februar 1992

**Zur Wannsee-Konferenz 1942
Nichts vergessen!**

**Eine berechtigte Kritik von Genossinnen und Genossen eines
Antifa-Kollektivs**

Im Flugblatt steht folgende Formulierung: "Wir unterstreichen mit allem Nachdruck, daß die Feststellung der Kommunistischen Internationale, daß die NS-Diktatur 'die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ist', korrekt war und ist und den Kern unserer Gesamteinschätzung ausmacht."

Davon abgesehen, daß die Definition des Faschismus durch die Komintern von GDS an dieser Stelle konkret auf den Nazifaschismus bezogen wird und davon ausgehend, daß sie für den Faschismus als Herrschaftsform der Bourgeoisie überhaupt Gültigkeit zu besitzen beansprucht, steht diese Definition des Faschismus zumindest auf dem ersten Blick im Widerspruch zu dem, was Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 über den Faschismus gesagt hat:

"Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst."

Daß Dimitroff in diesem Zitat nicht den offen terroristischen Charakter der Machtausübung der Bourgeoisie erwähnt, tut hier nicht zur Sache, es geht vielmehr um den Widerspruch, ob nun im Faschismus das "Finanzkapital selbst" die Macht ausübt o d e r dessen reaktionärste, chauvinistischste, am meisten imperialistischsten Elemente.

Letzteres scheint den Revisionisten das Wort zu reden, die behaupten, daß der Faschismus die Machtausübung nur eines Teils des Finanzkapitals sei, um so ihre

Theorie - von den "Zwei Fraktionen" innerhalb der Bourgeoisie - besser verbraten zu können.

Daß dies nicht das Interesse der Konintern war, versteht sich von selbst, und auch wenn dieser Widerspruch als nur scheinbar entlarvt wird dadurch, daß erklärt wird, der Begriff "Elemente" beziehe sich hierbei auf die 'Statthalter' des Finanzkapitals im Faschismus (auf die NSDAP z.B. im Nazifaschismus), die die Diktatur ausüben für das Finanzkapital, dessen "Element" sie auch gleichzeitig sind, dann ist das derart komplex und abstrakt, daß es bei der Verwendung dieser Definition nicht nur erwähnt, sondern genau erklärt werden muß, damit die Abgrenzung zum Revisionismus auch in diesem Punkt deutlich und nachvollziehbar wird.

Das ist im "Wannsee"-Flugblatt nicht gemacht worden, sondern diese für mein Verständnis problematische These wird darin völlig unkommentiert als "der Kern" der Gesamteinschätzung von GDS präsentiert. Im Flugblatt "Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen!" (Jan.93) kommt die Definition des Faschismus und seiner spezifisch deutschen Ausprägung als Nazifaschismus viel besser rüber, gerade auch weil darin die Besonderheit des Nazifaschismus wesentlich mehr Raum einnimmt als im "Wannsee"-Flugblatt, wo zwar auch darauf eingegangen wird, allerdings die Analyse überhaupt zu kurz kommt.

Genossinnen und Genossen eines
Antifa-Kollektivs

Liebe Genossinnen und Genossen,

vielen Dank für Eure kritischen Bemerkungen zu unserem Flugblatt vom Februar 1993. Die von Euch angeschnittene Frage wurde schon sehr lange, seit 1973/74 bei uns diskutiert: Die Merkmale des Nazifaschismus, die von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß benannt wurden müssen zusammengefasst analysiert werden. Die verschiedenen Aussagen widersprechen sich in der Tat nicht, aber - da habt ihr vollkommen recht - , es ist nicht korrekt ausgerechnet das Merkmal des Nazifaschismus als KERN zu bezeichnen, in dem auf einen bestimmten Teil der herrschenden Klasse eingegangen wird.

Unser Flugblatt vom Januar 1993 korrigiert in der Tat den Fehler vom Februar 1992. Ein Fehler ist ein Fehler, egal welche Umstände ihn hervorgerufen haben und ob es "woanders richtig steht". Danke also für Eure Kritik.

Bei der Bewertung dieses von Euch aufgezeigten Fehlers ist unsere Meinung, daß ihr eine Abweichung von unserer in allen anderen Publikationen, vor allem auch in den Grunddokumenten festgelegten Linie zum Nazifaschismus aufgedeckt habt.

Zu den Umständen, wie dieser Fehler zustande gekommen ist, können wir Euch -- auch als Lehre für uns -- mitteilen, daß bei einer wieder einmal viel zu hektischen Fertigstellung des Flugblattes, das zu 90% schon fertiggestellt und verabschiedet war, festgehalten wurde, daß beim abschließenden Layout das Dimitroff-Zitat über das Finanzkapital eingefügt werden sollte. Und der verantwortliche Genosse nahm gerade das Zitat, das zwar eine wichtige Seite des Nazifaschismus, aber eben nicht seinen Kern aufdeckt.

Neben der Veröffentlichung Eurer Kritik und unserer Antwort in unserem GDS-Info werden wir auch diese und andere Kritiken an unseren Flugblättern in einer der nächsten GDS-Nummern veröffentlichen.

Mit revolutionären kommunistischen Grüßen
Leitung von *Gegen die Strömung*

Zum Flugblatt vom Januar 1993

Gegen Verfälschung und Verkürzung
Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen!

Ein Leserbrief

Liebe Genossinnen und Genossen von GEGEN DIE STRÖMUNG

Euer FB vom Januar "Gegen Verfälschung und Verkürzung - Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen" - hat uns ausgezeichnet gefallen. Es hat uns konkret geholfen eigene ideologische Unsicherheiten bzw. Probleme, die wir in der Vergangenheit in Diskussionen hatten - ibs. in den 60er/70er Jahren -, bewußt zu erkennen.

- Es geht einmal um den Punkt der Überzeugung, in die revolutionären Potenzen der proletarischen Massen, sie letztlich - wie es im Manifest der Kommunistischen Partei getan wird - zur Revolution gegen die Bourgeoisie und das kapitalistische System vorzubereiten und aufzurufen. Wir selbst standen in den 60er/70er Jahren in der Diskussion und in Kontakt mit sich als marxist.-leninist. verstehenden Gruppen. (Von unserer heutigen Sicht, waren es Pseudomarxisten, aber das war uns lange Jahre nicht bewußt, im Gegenteil - wir hatten und haben sicherlich auch heute noch, manche Vorstellungen dieser Pseudos nicht abgelegt, ibs. was die KPD/ML angeht.) Mit der sehr allgemeinen Losung: das Volk macht die Revolution in West- bzw. Deutschland, wie es damals hieß - hatten wir unserer Bauchschmerzen, konnten sie aber nicht benennen. Wir fühlten uns theoretisch nicht besonders stark.

Worum es konkret geht: vor und ibs. direkt nach 1945 hatten wir aufgrund unserer eigenen Beobachtungen und vieler Gespräche in unserem Bekanntenkreis den Eindruck gewonnen, daß ein Großteil der werktätigen Bevölkerung in Deutschland bzw. später in West-D. selbst Pro-Nazis war. Und mit dieser Bevölkerung sollte die Revolution gemacht werden??? Wir waren begeistert von den Bolschewiki in der Sowjetunion, von der Oktoberrevolution und dem siegreichen Kampf gegen den Nazifaschismus. Doch was hatte es in Deutschland gegeben? Die besten revolutionären Kräfte, die Kommunisten waren in die Konzentrationslager gewandert, von breiten Widerstandsaktionen innerhalb Nazideutschlands haben wir auch im nachhinein nichts gehört. Und mit diesem Volk soll eine Revolution gemacht werden, wo es noch nicht einmal gelang, die werktätigen Massen gegen den Faschismus auf die Beine zu bekommen? Ja, nach der Befreiung z.B. die KZ-Häftlinge allgemein angefeindet wurden, wir selbst erlebt haben, wie sie isoliert wurden. Diese Einstellung empfanden wir als charakteristisch für das politische Klima in Deutschland, auch innerhalb der werktätigen u. ausgebeuteten Klassen.

Das Januar-Flugblatt hat da bei uns einen Knoten gelöst - es hat für uns veranschaulicht, daß eine wirklich kritische Analyse der Geschichte die bittere Wahrheit nicht verschweigen darf. Im Gegenteil, die Wahrheit muß sehr deutlich benannt werden. Überzeugend wirkte auf uns, daß es nicht in der typisch besserwisserischen Art, vom grünen Tisch aus als unabänderbarer Zustand dargestellt wurde, wodurch ja nur die Vorstellungen von einem übermächtigen deutschen Imperialismus verstärkt werden würde und letztlich ein mehr Resignation zurückbleiben würde.

AUS DER GESCHICHTE, INSBESONDER DER EIGENEN, LERNEN! Dies gilt auch für die Siege der Reaktion und die Niederlagen der Revolutionäre. Für die Arbeiterbewegung war die Errichtung des Nazifaschismus eine gewaltige Niederlage - einmal durch den Blutzoll, der erbracht wurde und noch mehr aber, daß die Arbeiterbewegung zerschlagen werden konnte und es nicht gelang ein Arbeiterbewegung und eine breite antifaschistische Bewegung in Nazideutschland wieder aufzubauen, es nicht zu breiten und zumindest gegen Ende des Krieges zu offenen bewaffneten Widerstandsaktionen gekommen war. Tatsache ist, daß es ein gewaltiger Erfolg der Nazis war, gerade durch chauvinist. und rassist. Propaganda und durch ihre Erfolge der Eroberungspolitik gelang es ihnen das Gros auch der Werktätigen hinter sich zu bringen. Zumindest hatten ihre Erfolge in der Massenverhetzung auch die Passivität mancher Nazi-Gegner festgeschrieben bzw. Resignation zur Folge.

Wir haben noch heute alle Hochachtung vom dem Kampf der KPD-Gen. gegen den Nazifaschismus. Oft genug haben wir in Gesprächen darum gestritten, gegen eine Haltung der Ignorierung des Widerstands, gerade auch des kommunistischen Widerstands und haben die Haltung - Widerstand war ja zwecklos - als völlige Aufgabe jeglicher Perspektive abgelehnt. Allerdings hatten wir immer unsere Schwierigkeiten in solchen Diskussionen nicht in eine Glorifizierung des Widerstands der KPD zu verfallen. Es fehlte uns bei der ideologischen Auseinandersetzung, ein sicheres 2. Standbein - die selbstkritische Einschätzung der eigenen Geschichte, ohne dem sich nicht ernsthaft bestehen läßt.

Die argumentative Darlegung im Flugblatt von Schwächen und Fehlern der KPD, das Aussprechen der Niederlage der Arbeiterbewegung und der KPD, der Versuch sich auch über das Ausmaß der Niederlage Rechenschaft abzulegen - hat uns im Verständnis des Widerstands gegen den Nazifaschismus ein gr. Stück weitergebracht. Es hat uns gezeigt, wie wichtig KRITIK UND SELBSTKRITIK ist, insbesondere gegenüber der eigenen Geschichte, der Geschichte der revolutionären und kommunistischen Bewegung in Deutschland.

Mit kommunistischen Grüßen

Na./Si.

Zur im Oktober 1992 erschienenen Broschüre

Dokumentation zu den Ereignissen in Rostock

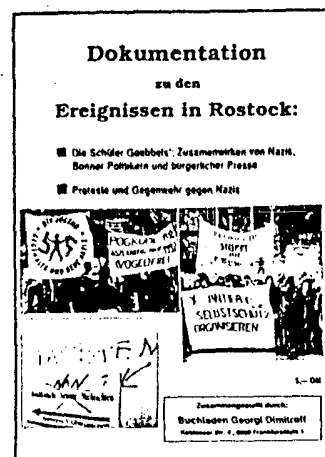
Zur Ausgabe 6/1992 des Pressespiegels

Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr'n

Selbstkritik der Redaktion von »Gegen die Strömung«

* An der 1. Auflage der Rostock DOKUMENTATION (letzte Seite) und dem entsprechenden PLAKAT über die Nazi-Morde wurde von der Redaktion selbstkritisch festgestellt, daß hier keine Trennung zwischen Westdeutschland und der Ex-DDR vorgenommen wurde. Die Orte, die in der EX-DDR liegen, wurden nicht ausdrücklich als solche gezeichnet. Dieser Fehler knüpft an an der nicht konsequent durchgeführten Trennung zwischen Westdeutschland und EX-DDR im Pogrom-Flugblatt/10-91. (siehe Kritik aus Westberlin im Info 1/92)

Bei der jetzt herausgegebenen 2. Auflage der Dokumentation und des Plakats wurde der Fehler korrigiert.



Bemerkungen zum Pressespiegel

Liebe Genossinnen und Genossen, der neueste Pressespiegel (märz 93) hat mir ausgesprochen gut gefallen. Das Problem das sich stellt, die Unmasse an Nazi u. rassistischen/chauvinistischen Terror u. Aktionen einerseits deutlich werden zu lassen und nichts zu vergessen - und andererseits der Gefahr der Demoralisierung, der Ohnmächtigkeit entgegenzuwirken - ist m.E. mit dem Pressespiegel gelöst worden. ...

*** Ein wirkliches Manko bei den Dokumenten des Pressespiegels ist m.E., daß die Ereignisse in Rostock im Oktober und die Reaktion der Medien usw. - auf die Aktion der jüdischen Widerstandsgruppe aus Frankreich nicht ausgewertet wurde. Es geht schließlich einerseits um den Pogrom in Rostock, verbunden mit der SOLIDARITÄT gegen die Verfolgung u. Hetze von Romas und gegen die Verfolgung und Hetze der jüdischen Bevölkerung - um die Solidarität der Überlebenden des Völkermords des Nazifaschismus und ihrer Nachkommen. Da war diese Aktion eine der herausragendsten Widerstandsaktionen gegen Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Der Text der Gedenktafel wurde ja nun auch in Westdeutschland, als Protestaktion und als Ausdruck der Solidarität mit der Aktion in Rostock und den inhaftierten jüdischen Antifaschisten aus Frankreich verbreitet und ihr erwähnt ja auch eine Aktion in Köln vom 24.10. für die Freilassung der 3 verhafteten jüdischen Antifaschisten.(S.7) Mit einer kurzen Vorbemerkung in punkto Ex-DDR u. Westdeutschland, ähnlich wie bei dem Pogrom in Rostock, sollte als Nachtrag im nächsten Pressespiegel darüber berichtet und ibs. dokumentiert werden.

- - Wichtig auch, daß ihr die Morde besonders angeprangert habt u. diese nicht in der Menge der Meldungen untergehen. (Andererseits sollte in der Spalte "Die Saat geht auf..." auch jede Braune Tat, die wir wissen aufgeführt werden, also auch Mölln. Es ist ja eine Art Chronologie der uns bekanntgewordenen rassistischen Taten oder Ereignisse). ...

- - Noch eine Idee zum Abschluß: Eine inhaltlich sehr wichtige Arbeit ist in meinen Augen, einzelne Themen oder Aspekte im Pressespiegel weiterhin in Form von Artikeln oder Vorwörtern näher zu beleuchten.* Ich stell mir vor, wenn ihr in jedem Pressespiegel euch jeweils ein Spezielles Thema vornehmt, dann haben wir im Laufe eines Jahres eine wirklich interessante Sammlung, die uns dann wieder einen Schritt näher bringt, daraus Artikel für ein Zentralorgan zu übernehmen oder im jetzigen Stadium zu Artikeln in einer Bunten Nummer bzw. fürs Flugblatt zu überbehen bzw. nur noch leicht zu überarbeiten. Außerdem ist es eine nicht zu unterschätzende Hilfe für die aktiven Jugendlichen und örtlichen Gruppen im Kampf gegen Faschisierung. Viel Erfolg bei der weiteren Arbeit

Gruß - D.

* Nachträglich Beispiele für mögliche Themen - Roma:Verfolgung und Abschiebung, die Praxis aktuell / Wie die Herrenmenschenideologie alltäglich festgeschrieben wird an Beispielen wie Sozialhilfe, Arbeitsamt, Wohnung / "Kriminelle Energie" - die schleichende Propaganda bei den täglichen Pressemeldungen generell gegen Nichtdeutsche / die bewaffneten Organe des west/deutschen Imperialismus und der offene Rassismus.

Aus der Antwort auf die Bemerkungen zum Pressespiegel

Lieber D.,

*** Wir stimmen mit Dir überein, daß wir die Aktion der französischen Juden in Rostock hätten berichten müssen. Unser Fehler war, daß wir uns blind daran gehalten haben, nicht über die Ex-DDR zu berichten, um die endgültige Einverleibung nicht vorwegzunehmen. Auch wir halten diese Aktion für herausragend. Wir werden einen Bericht darüber nachholen.

– Zu dem Vorschlag, auch Mölln in die Chronologie aufzunehmen: Das halten wir nicht für notwendig. Ein Ereignis wie Mölln bleibt im Gedächtnis aller haften, insgesamt bei denen, die sich mit dem Thema Pogrome auseinandersetzen. Mölln der Vollständigkeit halber aufzunehmen ist nur ein formaler Aspekt.

... Auch ist es unser Ziel, in Zukunft neben dem Vorwort mehr Kurzartikel zu bringen, anstatt Zeitungsmeldungen einfach nur "abzuschreiben". Das ist allein schon wegen der Quantität der Meldungen notwendig. Wir hoffen dieser Anforderung auch in qualitativer Hinsicht gerecht zu werden.

Viele Grüße vom

Pressespiegel Kollektiv